

seduta n. 146 del 12 febbraio 1998

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.20)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Frasnelli, Minniti, Andreotti vormittags, Giovanazzi, Benussi, Pallaoro, Kofler und Munter.
Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Bemerkungen zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.
Abgeordneter Divina, bitte.

DIVINA: Sull'ordine dei lavori, Presidente. Volevo ricordare ai colleghi che il 15 febbraio dell'anno scorso è scomparso il nostro collega Christian Waldner, l'abbiamo reputato un accadimento agghiacciante per il costume di queste nostre terre che non conoscono fatti ed abitudini del genere, non si è fatta ancora - crediamo - luce sulla intera vicenda, ma vorremmo ricordarlo come un compianto collega, un caro amico e un caro compagno di banco. Pur essendo oggi il giorno 12, la morte risale al 15, essendo l'ultimo giorno utile di questo Consiglio, il più vicino, per esprimere semmai un momento di ricordo, le chiedo, Presidente, se volesse dedicare un minuto in quest'Aula di raccoglimento per Christian Waldner.

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten sich einen Augenblick von den Sitzen zu erheben.

Ich möchte dieser Aufforderung nachkommen, um unseres Kollegen Christian Waldner zu gedenken, der uns am 15. Februar 1997 auf leider sehr traurige und gewaltsame Weise verlassen mußte. Wir gedenken seiner als Kollege, der hier mitgewirkt hat an unseren Arbeiten, dem wir täglich in freundschaftlicher oder kollegialer, aber immerhin in der Zusammenarbeit des Regionalrates begegnet sind, wo zwar die Meinungen aufeinanderprallen, aber wo doch der Stil und die menschliche Zusammenarbeit überwiegen sollen. In diesem Sinne möchten wir auch seiner gedenken.

(Il Consiglio osserva un minuto di silenzio)

PRÄSIDENT: Danke schön. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich in diesem Zusammenhang die vom Abgeordneten Palermo geforderte Untersuchungskommission zusammengestellt habe und daß ich am Vortag seines Todestages, also am 14.02.98, das Dekret unterschreiben werden, mit dem die Untersuchungskommission eingesetzt wird, die sich wie ich bereits betont habe, auf die rein politischen Zusammenhänge beschränken wird und muß und auf keinen Fall mit den laufenden Untersuchungen der Gerichtsbehörde zu tun haben darf. Diese Kommission wird also wie gesagt am Vortag, vor sich sein Tod um ein Jahr jährt, bekanntgegeben und eingesetzt.

Jetzt gehen wir zurück zur Tagesordnung. Ich darf Ihnen mitteilen, daß das Präsidium gestern abend getagt hat und ich habe bereits heute morgen die Fraktionssprecher davon in Kenntnis gesetzt, daß die Auslegungsschwierigkeit der Geschäftsordnung bezüglich der Redezeiten geklärt worden ist. Sie wissen, daß das Präsidium laut neuer Geschäftsordnung die Kompetenz hat, in Ergänzung der geschriebenen Normen Ausführungsnormen festzulegen. Der Sachverhalt war folgender: Es ist vorgesehen, daß bei Anfragen, Interpellationen und Beschlußanträgen, die das gleiche Thema betreffen, eine einheitliche Diskussion mit den einmaligen Zeiten stattfindet, während bei den Gesetzen nichts steht. Das Präsidium hat dann folgende Auslegung getroffen, und zwar in einer Logik zu den Anfragen, Begehrensanträgen und Beschlußanträgen und zur Füllung dieser Gesetzeslücke auch in Anlehnung an das was bisher die Praxis war. Es hat die Interpretation so getroffen, daß auch im Falle von Gesetzentwürfen eine Zusammenlegung der entsprechenden Themen erfolgen muß, was übrigens schon durch meine einleitenden Akte geschehen ist. Die Zeiten sind für einen Gesetzentwurf 30 Minuten pro Abgeordneten.

Was den Sitzungsplan hingegen betrifft, liegt ein Ansuchen vor, Ende März eine zusätzliche Woche einzuschieben, zwischen dem 24. und dem 26. März. Ich habe mir vorbehalten, einmal die Disponibilität der Abgeordneten zu prüfen, indem ich einen ganz informellen Fragebogen zwischen den Bänken zirkulieren lasse. Je nach Notwendigkeit, Opportunität und Disponibilität der Abgeordneten wollen wir im März in einer Fraktionssprechersitzung darüber entscheiden. Es steht noch nicht fest, ob diese Sitzung stattfindet oder nicht und ich bitte euch auch diesbezüglich im Fragebogen, der hier zwischen den Bänken zirkuliert, Stellung zu nehmen.

Was hingegen das Anliegen betrifft, auch die Behandlung der anderen Themen zu garantieren, die durch außerordentliche Einberufung erfolgt ist, d.h. neben dem Wahlgesetz auch den Block, den die SVP vorgelegt hat, wie die Delegierungen und das Familienpaket und den Block der Gemeindeautonomie, den der Abgeordnete Pinter gebracht hat, möchte ich dazu folgendes sagen: das Familienpaket wird in der ordentlichen Sitzung weiterbehandelt und dafür werde ich auch den Dienstag der nächsten Runde im März reservieren. Die Trennung der anderen Themen behalte ich mir vor, sodaß ich einerseits dem Schwerpunkt Rechnung trage, der gestern gesetzt worden ist, durch die Bestätigung des Punktes Nummer 1 der Wahlgesetzgebung. Andererseits

aber wenn ich sehe, daß das Risiko wäre, daß die anderen Themen nicht mehr zur Diskussion kommen sollten, daß ich sie dann trenne und an getrennten Tagen festlege. Zur Zeit ist das noch nicht der Fall, aber für den Märztermin und die folgenden Termine behalte ich mir das je nach Notwendigkeit vor.

Abgeordnete Chiodi, zum Fortgang der Arbeiten? Ich muß euch da folgendes sagen, zum Fortgang der Arbeiten sieht die Geschäftsordnung vor, daß man das mit einem konkreten Vorschlag verbinden muß und dann reden zwei dafür und zwei dagegen und die Sache hat sich.

Abgeordnete Chiodi, bitte.

CHIODI: Per cortesia, signor Presidente, volevo chiedere se questa sera facciamo notturna o meno come c'è scritto sull'ordine del giorno?

PRÄSIDENT: In der Einberufung steht wie üblich die Formel, daß man sich das vorbehält. Geplant und geredet ist darüber im Fraktionssprecherkollegium nicht geworden. Wenn jetzt also nicht die lautstarke Forderung danach kommt, werde ich sie zur Abstimmung bringen. Ich sehe keinen Druck und keinen Antrag, keine Nachtsitzung.

Die Abgeordnete Klotz hat das Wort.

KLOTZ: Herr Präsident, zu ihrem Vorschlag. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen und daran erinnern, daß wir uns für das ganze Jahr einen verpflichtenden Terminkalender gegeben haben. Vorgesehen sind die Termine nach Kalender und infolgedessen möchte ich Sie ersuchen, diesen Kalender einzuhalten, denn auch wir haben noch andere Termine wahrzunehmen. Das, zu was wir uns verpflichtet haben, halten wir ein, aber darüber hinaus müssen wir auch sicher sein, daß sich auch der andere Teil - in diesem Fall die Mehrheit - daran hält.

Was Ihre Entscheidung anbelangt eine halbe Stunde in der Generaldebatte zuzulassen: Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß wir auch in anderen Fällen die Debatte zusammengelegt haben. Herr Präsident, es war aber noch nie der Fall, daß nicht nur 11 Gesetzentwürfe zusammen debattiert wurden, sondern es handelt sich hier um das Grundgesetz, nämlich die Modalitäten für die Wahl der Regionalratsabgeordneten. Ich ersuche Sie deshalb, auch in Analogie, denn auch hier könnte man eine Analogie finden zu Artikel 86, Punkt 5, wo vorgesehen ist, daß die Zeiten verdoppelt werden können, Rücksprache mit den Fraktionssprechern bei besonders wichtigen Themen zu halten. Ich finde den Vorschlag Zendron einen guten Kompromißvorschlag, um hier einerseits der Wichtigkeit Rechnung zu tragen und andererseits der bisherigen Praxis Rechnung zu tragen. Ich habe nichts dagegen, daß man der bisherigen Praxis Rechnung trägt, denn, Herr Präsident, ich könnte hier die Analogie der Arbeiten in der Kommission heranziehen. Ich habe es gestern den Kollegen gesagt, es steht nirgendwo, daß Gesetzes zusammengelegt werden können. Infolgedessen ersuche ich Sie, diesen gütlichen Vorschlag anzunehmen. Wir ersparen uns, Herr Präsident, eine Menge Zeit und eine Menge Auseinandersetzungen.

PRÄSIDENT: Danke Frau Klotz, der Abgeordnete Willeit bitte.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente. Lei ha comunicato che ieri sera l'Ufficio di Presidenza ha stabilito in mezz'ora l'orario di trattazione dei dieci disegni di legge, desidero precisare al riguardo che il sottoscritto non ha partecipato a questa seduta della Presidenza, né ha avuto modo di partecipare.

PRÄSIDENT: Jemand zur Geschäftsordnung oder zum Fortgang der Arbeiten? Ich kann nur bestätigen was ich bereits mitgeteilt habe. Im Artikel 124 steht: Das Präsidium sorgt für die bindende Auslegung der Bestimmungen dieser Geschäftsordnung falls Unstimmigkeiten, Zweifel oder Fragen hinsichtlich der Anwendung derselben auftreten sollten - das ist erfolgt -, der Abg. Willeit war nicht dabei, das stimmt. Ich bin gerufen worden, weil ja die Sitzung unterbrochen worden ist und ich irgendwo anders war. Ich bin dann nach zehn Minuten eingetroffen, der Abg. Willeit war nicht mehr da, aber das restliche Präsidium war vollständig vertreten und da ist diese Auslegung getroffen worden. Abg. Klotz, ich sage Ihnen nur, jeder hat seine politischen Ziele. Die einen wollen dringend schnell das Wahlgesetz, die anderen wollen es nicht mehr. Ich möchte mich aus dieser Diskussion heraushalten. Ich habe lieber kürzere Zeiten und weniger Nachtsitzungen, das ist ein bißchen meine Linie, aber ein Kompromiß, wie Sie ihn vorgeschlagen haben, wäre rechtlich nicht gegangen, weil man entweder sagt, man nimmt die Regel und legt alles zusammen und dann ist es eine halbe Stunde oder man sieht jeden einzelnen vor, dann wären es fünfeinhalb Stunden pro Gesetzentwurf. Eine Neuerfindung sozusagen müßte laut Geschäftsordnung durch die Kommission und müßte entsprechend genehmigt werden usw. Ich glaube, wenn wir uns alle ein bißchen zusammenehmen, in einer halben Stunde kann man viele Dinge sagen und wenn ich Sie damit eher unterstütze, wenn wir vermeiden Nachtsitzungen zu machen, soweit es geht, dann glaube ich kommen wir uns alle ein bißchen entgegen.

Was den Terminkalender betrifft, gebe ich Ihnen recht, deswegen möchte ich auch vorsichtig umgehen mit der Einberufung. Ich habe jetzt diese rein informelle Umfrage im Laufen und behalte mir vor, daß wir dann mit den Fraktionsführern im März darüber reden. Bevor ich einseitig irgend etwas mache, werde ich jedenfalls mit den Fraktionssprecherkollegen zusammentreffen und schauen inwieweit die Bereitschaft und die Möglichkeit für eine zusätzliche Sitzung herrscht oder nicht gegeben ist. Danke schön.

Wie kommen jetzt zum Punkt 1) der Tagesordnung: **Behandlung und Beratung folgender Gesetzentwürfe betreffend die Wahlreform des Regionalrats in Kenntnisnahme des Berichtes des Präsidenten der vereinigten Gesetzgebungskommission vom 16.Jänner 1998 - (auf Antrag der Abgeordneten Divina, Binelli, Delladio, Holzer, Morandini, Atz, Giovanazzi, Fedel, Conci-Vicini, Giordani, Ianieri, Benedikter, Leitner, Zanoni und Valduga) (weilers auf Antrag der Abgeordneten Dalbosco, Passerini, De Stefani, Benedetti, Levegghi, Vecli,**

Muraro, Taverna, Holzmann, Benussi, Minniti, Zendron, Kury, Pinter, Conci-Vicini):

- **Gesetzentwurf Nr. 4:** Beschränkungen der Wahlwerbung bei Regionalratswahlen - Änderung des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983 in geltender Fassung über die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Brugger und Pahl);
- **Gesetzentwurf Nr. 60:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 auf dem Sachgebiet der Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Delladio);
- **Gesetzentwurf Nr. 61:** Einheitstext für die Wahl des Regionalrats (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Bondi und Leveghi);
- **Gesetzentwurf Nr. 65:** Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7 betreffend die Wahl des Regionalrats (eingebracht vom Regionalausschuß);
- **Gesetzentwurf Nr. 71:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates) in bezug auf die Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Methode der fortlaufenden Division mit einem Abstand von einem Viertel zwischen den Nennern (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);
- **Gesetzentwurf Nr. 72:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates), im Bereich der Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Einführung der Mehrheitsprämie (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);
- **Gesetzentwurf Nr. 90:** Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, in geltender Fassung (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini und Delladio);
- **Gesetzentwurf Nr. 93:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Fedel);
- **Gesetzentwurf Nr. 103:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrats (eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi);
- **Gesetzentwurf Nr. 106:** Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht von

den Regionalratsabgeordneten Dalbosco, De Stefani, Delladio und Benedetti);

Zum Meritum ist der nächste Redner der Abgeordnete Leveghi. Bitte.

LEVEGHI: Grazie, Presidente. Siamo finalmente giunti in aula ad affrontare il tema principale di questa legislatura e cioè quello relativo alle regole elettorali che deve darsi questo Consiglio rispetto al rinnovo dei due Consigli provinciali e del Consiglio regionale; dico tema cardine fondamentale, perché è stato per alcuni versi da parte della stampa, sostenuto come questa situazione complessivamente non potesse procedere e cioè non si possa permettere che una Regione - dalla stampa, dai mass media, dall'opinione pubblica - come quella del Trentino-Alto Adige, una Regione autonoma, che dovrebbe essere autonomia e laboratorio di politica, mantenga un sistema elettorale che è da riserva indiana rispetto al resto del Paese, cioè viviamo in un sistema oggi quasi schizofrenico per noi trentini, perché votiamo al Parlamento in un modo, nello stesso modo analogo per i Comuni e in un modo completamente diverso per la Regione, cioè si è affermato ormai nel Paese un sistema elettorale con la tendenza maggioritaria, un sistema elettorale che favorisce le alternanze dei governi con un bipolarismo che sicuramente è imperfetto così come è, ma che comunque segna una tendenza, anche con scelte referendarie fatte dagli italiani, che credo non si possa mettere in discussione.

Sicuramente possono essere messi in discussione oggi i sistemi elettorali esistenti anche in campo nazionale o possono essere corretti, sicuramente i sistemi elettorali devono essere studiati in modo che i governi siano al riparo dalle mutevoli situazioni politiche in modo che ci sia una stabilità di governo, perché questa è la prima questione, ma sicuramente anche non possiamo pensare a sistemi elettorali che ingessino l'evoluzione, la creazione ed i movimenti politici. Allora da un lato dobbiamo avere l'obiettivo di sistemi elettorali che garantiscano, che mettano il governo al riparo dalle fibrillazioni politiche e peraltro i sistemi elettorali, sia pure come questi che vanno a tendenza di garantire alternanza di governi, che permettano e non ingessino un sistema politico che è in corso di transizione, che ha bisogno di evoluzioni, che deve maturare e crescere, magari favorito anche da sistemi elettorali, ma non ingessato in sistemi elettorali.

Detto questo, che non riguarda il Trentino, ma la situazione che abbiamo in campo nazionale, in Trentino il problema che si sono poste alcune forze del centro-sinistra era quello di giocare la scommessa di andare ad un accordo di governo con i trentini, con il PATT e le forze del centro cattolico e con gli altoatesini, quindi con il SVP per il governo regionale, legando quindi i governi provinciali e regionale alla scommessa di fare una riforma elettorale all'altezza dei tempi, che permettesse di diversificare i sistemi elettorali fra il Trentino e l'Alto Adige, rispettando quindi anche volontà o sensibilità diverse che venivano all'interno della maggioranza, ma che favorisce per il Trentino un sistema elettorale che garantisse un premio di maggioranza, sia pure all'interno di un sistema proporzionale, che avesse come obiettivo finale quello di garantire una governabilità.

Questo si è concretizzato in un disegno di legge che la signora collega Chiodi ha presentato in Giunta regionale, a nome di quella Giunta e della maggioranza che la sosteneva, sappiamo bene come è andata, nel senso che quel disegno di legge è stato presentato, non ha avuto la solidarietà dei colleghi di Giunta, è arrivato in Commissione e dal momento in cui ha cominciato a prendere i primi passi di fatto alcune forze della maggioranza, il SVP per alcuni aspetti, ma soprattutto il PATT per altri, ha cominciato a marcare le distanze, facendo un piccolo giochetto delle tre carte, dicendo prima che è d'accordo, poi che non è d'accordo, poi che bisogna però trattare con il SVP, che bisogna vedere sulle deleghe e quindi è iniziata una sorta di via crucis fra Trento e Bolzano per vedere se era possibile o meno giungere ad approvare un disegno di legge, o meglio, - ed è questo il paradosso - giungere ad avere l'adesione ad un disegno di legge che era nel programma di una maggioranza e che la stessa maggioranza sabotava. Comprendo che ieri il collega Durnwalder, autorevole capo indiscusso del SVP e Presidente della Giunta provinciale, abbia rivolto alla sua maggioranza, quella regionale, ai colleghi trentini della maggioranza regionale abbia detto che non sono stati ai patti, mi pare che il fatto di non stare ai patti in questa maggioranza non sia cosa d'oggi, sia cosa datata, perché ai patti né il SVP e né il PATT c'è stato rispetto alla riforma elettorale e se la componente trentina del centro-sinistra, che era in Giunta è uscita dalla Giunta provinciale e dalla Giunta regionale formalizzando due crisi di governo, lo ha fatto proprio su queste questioni, quindi non abbiamo giocato, non abbiamo scherzato, non abbiamo tentato un'ipotesi per poi dire 'va bene, tiriamo indietro la mano perché abbiamo giocato', si è messa in discussione la presenza di queste forze politiche all'interno del governo, perché ci si è resi conto che non c'era in alcun modo la volontà di perseguire una riforma elettorale che avesse questa dignità, che potesse garantire governabilità, che potesse finalmente dare respiro anche al Consiglio provinciale di Trento e potessero esserci governi stabili, un programma riformatore che è stato invece fatto a pezzi dalle volontà direi conservatrici - ma conservatrici da basso impero, da bassa cucina, cioè da piccoli interessi di bottega -, mantenere divisi per governare, mantenere fragile un sistema politico, favorire la frammentazione, evitare riforme elettorali che favoriscano aggregazione e governabilità, perché solo così il PATT, che nella storia è il partito con minor consenso elettorale che detiene il maggior potere politico nelle sue mani, nemmeno la DC, perché la DC aveva 19 o 20 consiglieri, quando teneva il 70 o l'80% del potere politico, il PATT con 6 consiglieri detiene l'80 o 90% del potere, del sottopotere e del sottogoverno, ma chi lo fa fare al PATT di perdere un'occasione come questa? Certo che ha interesse a mantenersi così e la possibilità per il PATT di mantenersi in questa situazione è che questa situazione non muti, che non ci siano riforme dove deve scegliere con chi stare, ma che non ci siano nemmeno riforme che favoriscono processi aggregativi elettorali che possono mettere in discussione, ovviamente, gli equilibri politici e le leaderships, in situazioni di estrema frammentazione anche un gruppo di 6 consiglieri sarà sempre un gruppo che ha grande centralità e quasi un gruppo di maggioranza relativa, per paradosso, ma così è nei fatti.

Allora voglio dire due questioni: se parliamo di riforma elettorale che abbia come finalità risolvere il problema della governabilità, non c'è dubbio che la riforma elettorale era quella presentata dalla collega Chiodi, su questo abbiamo peraltro visto che non c'è niente da fare, ne abbiamo preso atto, con dignità siamo usciti dai governi ed abbiamo detto: 'andate avanti voi, visto che su queste questioni non ci siamo', abbiamo anche detto a lor signori del PATT e di altre forze che compongono la maggioranza che se si vuole presentare la riforma del 5%, che non la riteniamo una riforma per garantire la governabilità, ma una riforma che almeno è sicuramente necessaria, ancorché largamente insufficiente, riduce la frammentazione elettorale, non quella politica, significa che probabilmente ci possono essere meno liste che concorreranno, perché ci saranno processi aggregativi indotti dalla soglia al 5%, la frammentazione politica il giorno dopo può esserci comunque, perché abbiamo visto che cosa è successo al Consiglio provinciale di Trento il giorno dopo le elezioni, però certamente riduce la frammentazione elettorale, è comunque necessario, ancorché largamente insufficiente.

Allora abbiamo detto 'non condividiamo sul piano politico questa impostazione, perché la riforma doveva essere un'altra, però non osteggiamo questo, la votiamo, andate avanti, portatela in Aula, sostenetela, se avete il coraggio', adesso che cosa ci si verrà a dire? Che una riforma del 5% non sarà possibile farla, perché non la vuole il SVP, sul Corrierino dei Piccoli possiamo scrivere queste cose, il SVP fa il gioco delle parti con il PATT in questa vicenda e ci si viene a dire che poiché non si è discusso prima delle deleghe il SVP non voterà il 5%, allora credo che se il PATT e i Popolari e tutti gli altri della maggioranza ritengono invece che questa riforma deve essere fatta, se hanno un accordo di governo con il SVP si metteranno d'accordo quando ci sarà il voto sulle deleghe, se un minuto prima o uno dopo, problemi di maggioranza legittimi, all'interno dei quali non entro, ma avranno il coraggio, la forza e un minimo di autorevolezza di portare avanti una proposta che loro hanno sostenuto, che doveva essere comunque portata avanti.

Ho l'impressione, invece, che serpeggi un certo ottimismo che finalmente non si discute più di questa riforma, si farà tutt'al più la soglietta del 2,8%, che non cambierà assolutamente nulla e credo che questa sarebbe un'ulteriore rinuncia, ma da parte di chi? Sono forse i partiti minori che impediscono che si faccia la soglia al 5%? Non ha detto forse il PATT in tutta questa legislatura che il problema della governabilità era dovuto al fatto della frammentazione elettorale e politica perché c'è questo sistema elettorale? E che cosa sta facendo il PATT per evitare che questo sistema elettorale si perpetui nella prossima legislatura e per evitare quindi che ci siano quei problemi di ingovernabilità che esso imputa al sistema? Ma non mi pare che la governabilità e i problemi di ingovernabilità che ha avuto la Provincia autonoma di Trento o la Regione - sempre che qualcuno si accorga che la Regione ha problemi di governabilità, la qual cosa mi pare difficile - siano imputabili alle presenze o meno dei partiti minori, anche perché finché siamo stati al governo abbiamo collaborato lealmente, ci siamo tolti nel momento in cui abbiamo visto che sui programmi fondamentali, cioè sulle riforme

concordate - in Regione parlo di quella elettorale, perché ci sarebbero anche quelle a carattere provinciale - non c'era in realtà nessuna volontà di perseguirle fino in fondo.

Questo abbiamo constatato, su queste questioni non c'è la volontà di affrontare i problemi veri di questa Regione e di questa Provincia, credo però che chi ha la maggioranza, che ha l'onore e l'onore di governare abbia anche la responsabilità di sostenere determinate ipotesi di lavoro, se ci crede, altrimenti se ne assume anche le responsabilità, non si può pensare di continuare a fare questo giochetto di dire che avrebbero voluto le grandi riforme e che gli altri hanno impedito loro di farle, se ogni volta che la proposta viene avanti tirano indietro la mano, ma sostenetele, ve le votiamo, presentate questo emendamento del 5%, per parte mia lo voto, vi assicuro che lo votano anche il collega Bondi e qualche altro, avete 4 o 5 consiglieri che lo votano, oltre la maggioranza, che cosa aspettate a farlo?

Su questo ci sarà una convergenza, pur distinguendo le responsabilità politiche, perché, ve lo dico, non condivido che si perdano 5 anni per riuscire a licenziare solo una soglietta, perché altre potevano essere le riforme, però non mi oppongo ad una ipotesi di aggiustamento che ritengo necessario ancorché - lo ripeto - largamente insufficiente rispetto alla situazione politica complessiva e invece debbo dire, e voglio e spero di essere smentito dai fatti, colleghi, che l'impressione è proprio quella che mantenere lo status quo non fa decollare nessuna riforma sostanziale, evitare anche una soglia che abbia un minimo senso, cioè quella del 4 o 5%, sia proprio la volontà che serpeggia all'interno di alcune forze della maggioranza, perché comprendono che in una situazione di permanente fibrillazione e frantumazione elettorale possano sortire effetti di garantire una loro centralità politica anche per la prossima legislatura, senza dover fare grandi scelte e grandi progetti politici, è quindi un gioco al ribasso, un volare basso anche dal punto di vista delle prospettive, perché si sa bene che in assenza di riforma anche i progetti che tentano di avere un'ambizione di aggregazione possono e rischiano di essere vanificati, è inevitabile in questa situazione, oggi c'è una transizione del sistema politico, non c'è un sistema politico in cui abbiamo un sistema partitico forte, autorevole e capace di grandi progetti, c'è un sistema partitico che è stato devastato dalle vicende che ci sono state, oggi, salvo in Alto Adige, nel resto d'Italia.

I partiti si stanno riorganizzando fra mille problemi, a singhiozzo, eccetera, pur tuttavia c'è la necessità che delle regole elettorali favoriscano anche questi processi di carattere politico, che sono talvolta ancora incerti, ma finché non si sarà superata questa fase avremo una situazione di questo tipo, quindi molto probabilmente la situazione elettorale rispecchierà la situazione delle regole, qualche anno fa non era così, in un sistema con proporzionale puro non è che c'erano perché il sistema era proporzionale puro e c'erano 27 liste, perché non si poneva il problema, c'era un sistema comunque politico partitico che svolgeva capacità di sintesi, c'erano partiti grandi o piccoli, ma c'era una sintesi, oggi invece c'è l'exasperazione dell'individualismo e quindi l'exasperazione di singoli spezzoni di società, di singole categorie, di singoli condomini, di singoli paesi, di valli, c'è la balcanizzazione della politica del Consiglio provinciale, questo è il rischio.

Rispetto a questo chi ha perso o ha consumato tutta la legislatura per dire che l'ingovernabilità è colpa del sistema elettorale, oltre che propria, e non fa nulla per modificarlo o fa finta di modificarlo, penso che vadano denunciate queste responsabilità, non è così? Siamo pronti a vedere in quest'aula se non sarà così, se le volontà sono altre, se ieri non si è giocato un consumato teatrino del gioco delle parti tra il SVP e i colleghi trentini di maggioranza, se c'è una maggioranza regionale troverà al proprio interno la soluzione dei problemi, ha un programma, un'ipotesi, oppure una maggioranza regionale si presenta in aula e non sa cosa fare sulla riforma elettorale, non sto qui oggi a difendere la Regione o a dire che la Regione deve andarsene a casa, anche se sono fra coloro che ritengono che deve essere completamente trasformata, che così non può andare avanti, ma un governo regionale quale dignità ha se su un problema come quello della riforma non sa che strada prendere o fa finta di non saperlo e gioca in Aula sugli ordini!

Ma vi rendete conto, siamo alla follia su un problema come quello della riforma elettorale, cioè il problema fondamentale di questa legislatura, perché altre leggi di grande rilevanza da qui non ne usciranno, bella o brutta che sia questa, è l'unica che dà un po' il segno, è dal giorno successivo alla elezione che movimenti politici, stampa e popolazione ci chiedono un sistema elettorale diverso, siamo fra poco ai tempi supplementari e ancora il sistema elettorale non siamo stati in grado di farlo uscire.

Ebbene, quali sono le grandi competenze regionali, visto che le Camere di Commercio andranno da una parte, le deleghe dall'altra? L'unica competenza regionale che ancora rimane oggi che ha un certo rilievo dal punto di vista politico ordinamentale è quella della riforma elettorale, ebbene, su questa questione la Giunta regionale rischia di non raggiungere l'obiettivo perché in Aula, all'interno della maggioranza non trovano un'intesa su a cosa dare precedenza, se alla riforma elettorale o alle deleghe, cioè si scarica sull'Aula e sul voto d'Aula un problema che è tutto interno alla maggioranza, ma il problema non è solo che è interno alla maggioranza, il problema è che probabilmente la maggioranza è abilmente coesa su questo...

(interruzione)

LEVEGHI: O furbescamente coesa su questo e sa giostrare e fare il gioco delle parti, altrimenti non si giustifica, questo in parte, in parte è anche vero che probabilmente il programma e gli obiettivi politici di questa maggioranza sono completamente diversificati ed allora lo stare insieme è solo una necessità per tenere in piedi la Regione, allora paradossalmente ha ragione Durnwalder quando dice che questa Regione va buttata. Io non credo che abbia ragione, però certo che il risultato politico di questi rapporti, dei rapporti all'interno della maggioranza, i risultati dell'azione di questo governo danno ragione a lui, ma se Durnwalder non ha ragione, evitiamo allora di dargliela fino in fondo, ha ragione su alcune questioni, cioè questa Regione così com'è non può essere mantenuta, però non possiamo neanche permetterci che anche in questa situazione di transizione, in attesa di una prospettiva diversa di carattere regionale si perda completamente la dignità del governo di un'istituzione e quindi il governo è fatto

semplicemente dall'occupazione - neanche perché siano ambiziose questa poltrone - ma dall'occupazione fisica del governo, ma non da uno spirito di programma e di progetto per dare qualche timido segnale a questa Regione che qualcosa sta cambiando, qualche timido segnale sulla riforma elettorale c'era, avevamo un'occasione di grande respiro per noi trentini, ambiziosamente, abbiamo scommesso su questa stagione delle riforme e per qualcuno di noi è stata una sconfitta anche personale, però in politica bisogna essere realisti, perché la politica deve essere fatta anche di realismo, cioè prendere atto quando si fanno delle battaglie che sono perse, perché hai creduto in partners che avevano fatto degli accordi, perché queste posizioni si sono modificate e quindi bisogna prenderne atto, la politica è anche realismo e noi realisticamente abbiamo preso atto di questo.

Altrettanto realisticamente abbiamo detto: 'non ostacoliamo riforme diverse, ancorché largamente insufficienti, vadano avanti lor signori, si assumono loro la responsabilità di questo tipo di riforma, gliela voteremo, ma non la sosterrò sul piano politico, perché non era questo il nostro obiettivo, non possiamo andare dagli elettori a dire che siamo stati qui 5 anni o abbiamo fatto un accordo di governo per fare una soglia, non serviva nulla di tutto questo e si poteva fare il primo giorno, tra una brioche e un'altra, votare una soglietta il primo giorno della legislatura, così ci si metteva tutti tranquilli, il ragionamento che abbiamo fatto era diverso e tuttavia in questa situazione vogliamo vedere fino a dove le forze di maggioranza stanno bluffando, perché ho l'impressione che in realtà nessuna riforma si voglia, salvo forse quella del 2,8%, e che si scarichino su queste tensioni d'aula, sui voti che sono successi ieri o su altre sciocchezze il fatto che non si faccia un minimo di riforma che abbia la dignità di questo nome.

Devo ringraziare e dare un riconoscimento sul piano personale, umano e politico dell'impegno che la collega Wanda Chiodi con sofferenza ha portato avanti e con lealtà nei confronti della Giunta regionale quando vi ha fatto parte rispetto a questa riforma, sappiamo bene che quando si assumono impegni di governo, tra l'altro in una situazione storica di grandi novità, per la prima volta alcune forze del centrosinistra come il PDS entravano nel governo regionale e provinciale ed entravano sulla base e sulla prospettiva di dare un contributo relativamente ad una riforma istituzionale come quella elettorale di grande importanza.

Devo dire che mi pare opportuno e doveroso in questa sede ed in questo momento, nel momento del naufragio della riforma elettorale, ringraziare la coerenza, la lealtà e l'impegno generoso di Wanda Chiodi su questa questione, che si è trovata - mi scusi l'assessore Panizza, con il quale ho sempre avuto un ottimo rapporto dal punto di vista personale - a subire l'umiliazione di sentirsi leggere una relazione di una riforma che la Giunta non vuole più, ma perché non avete ritirato quella legge? Almeno evitare questa sceneggiata di leggere la relazione, anche per rispetto dei ruoli e dei rapporti politici di chi in questa riforma ci ha creduto e di chi invece su questo ha giocato o comunque ha cambiato idea, tutto è possibile...

(interruzione)

LEVEGHI: Prendo atto, volevo solo sottolineare questo aspetto. Mi sembrava opportuno precisarlo e mi sono permesso di dirglielo, collega Panizza, proprio perché conosco la sua sensibilità e quindi per questo mi sono permesso di sottolineare questa questione.

Detto questo e ringraziata la collega Chiodi rispetto a questo impegno, 'aspettando Godot' aspettiamo Grandi. Si è passata la stagione estiva con una fibrillazione elettorale altissima, su tutti i problemi, le tensioni, le crisi di Giunta provinciale e regionale, concluse queste crisi, si è discusso dove staranno i popolari, o meglio dove starà Grandi, Grandi ha scelto, Grandi ci ha dato l'annuncio, Grandi è nel Partito Popolare e Lavagnini ha già annunciato e ci ha confermato che il Partito Popolare è nel centrosinistra e nell'Ulivo e allora, Presidente Grandi, tragga anche lei le conclusioni. Non voglio convincerla delle mie ragioni, vorrei che ci fosse coerenza da parte di tutti: ognuno si scelga una posizione e fino in fondo sia coerente con quella posizione, non penso sia chiedere tanto, evitando - ripeto - le sceneggiate d'Aula sulla questione dei voti, perché non scaricate, per cortesia, sull'Aula regionale i problemi che sono della maggioranza, e la maggioranza, se è autorevole, non può pensare di risolversi i problemi interni con i voti sull'anticipo o meno di un disegno di legge, se li risolve, ne discuta, sapranno parlare, c'è il bilinguismo, ci sarà anche la traduzione simultanea, sapranno parlarsi per concertare un'azione in quest'Aula.

Bene, detto questo, l'invito e l'auspicio che rivolgo è che il Presidente Grandi e la sua maggioranza abbiano uno scatto di dignità e portino in Aula effettivamente, sia pure un aggiustamento rispetto a questa situazione. Certo, i disegni di legge sono 10 o 11, ma cosa volete, è solo ormai una discussione che rischia di non portare da nessuna parte, o c'è un'intesa della maggioranza su qualcosa che vuole fare, che può essere più o meno sostenuta o accettata o tollerata dalle minoranze, oppure in realtà qui staremo solo a parlarci addosso senza concludere nulla. Quello che non ho ancora capito, salvo ciò che leggo sui giornali, è dove la maggioranza vuole andare a parare, faccia una scelta e la proponga all'Aula, può darsi che qualche consenso venga anche dalle opposizioni, se c'è qualcosa di ragionevole.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Benedetti. Ne ha la facoltà.

BENEDETTI: Grazie, Presidente. Gli inutili sforzi del collega Leveghi improntati alla coerenza penso che in quest'Aula l'abbiamo già affrontati per oltre 4 anni e ormai siano degli sforzi che non possono portare sicuramente dei risultati.

Il problema della legge elettorale si dibatte in quest'Aula penso ormai da due o tre legislature, probabilmente c'era il tempo, se qualcuno lo voleva, già ad inizio legislatura di porla come una condizione primaria per la costituzione di una Giunta regionale che doveva dare un nuovo volto a questa Regione, invece siamo stati illusi o

comunque si è portato il tiro su un'altra problematica che era quella euroregionale, facendoci capire che si voleva volare alto, che si voleva addirittura proporre un nuovo modello istituzionale più coerente con l'impostazione europea, con una collaborazione che doveva essere più intensa con le regioni a noi limitrofe e con la possibilità di istituire anche qualche cosa di più, un'istituzione euroregionale. Questo è stato il grande bluff che il Presidente Grandi ci ha portato in quest'Aula, peraltro non perseguito nemmeno nei minimi presupposti di euroregione, che potevano essere quelli di una seria collaborazione almeno sulle cose da fare, neanche lì siamo stati capaci di proseguire, non tanto sul livello istituzionale, quindi con questa illusione abbiamo passato i primi due o tre anni in questa Regione a discutere del fumo e di poco altro, senza porci invece il problema di quella che doveva essere una seria riforma elettorale che doveva portare la possibilità di una governabilità soprattutto in Trentino, perché gli eventi nazionali avevano rotto i partiti maggiori all'interno della coalizione o comunque all'interno del Consiglio provinciale e quindi portare aria nuova e istituire un sistema che potesse dare un governo anche al Trentino, governo che è indispensabile per il Trentino proprio per contrastare l'egemonia a livello regionale del SVP, che legittimamente tutte le volte che le è possibile la fa presente e la pesare naturalmente con i propri voti in aula.

Peraltro coerentemente con il proprio pensiero ogni volta che c'è da discutere di Regione e se può distruggere qualche cosa in Regione il SVP - dico coerentemente con il proprio disegno - è chiaro che fa le proprie proposte e anche lì ci si è persi questo ultimo paio d'anni dopo aver capito che di euroregione non si poteva più parlare si è iniziato a parlare di nuova Regione senza che ci fosse un tavolo di confronto, senza che...

(interruzione)

BENEDETTI: ...La volontà e la possibilità di porre in campo un progetto serio di nuova Regione da contrapporre a questo modello che non c'è difficoltà a giudicare oggi superato, quindi anche questi ultimi mesi sono stati appannaggio di questo dialogo che è sfociato nell'ultimo incontro tra il Presidente Durnwalder e il sindaco di Trento Dellai, che non ha fatto altro che ribadire quella che è la situazione oggi presente sul campo, ma senza proposte di natura pratica sul come vorremmo questa nuova Regione, quindi direi da questo punto di vista senza dubbio 5 anni persi, soprattutto da parte trentina, alla quale penso anche gli italiani dell'Alto Adige debbano guardare con un certo interesse e con una voglia di coalizione, proprio per difendere quella che oggi è la vera minoranza regionale. E' chiaro che se il nostro sistema è stato fondato sulla Regione, nel momento in cui veniva fondato, la minoranza era quella di lingua tedesca, ma avendo spostato tutte le competenze ormai sul livello provinciale, è anche chiaro che oggi l'italiano dell'Alto Adige deve essere considerato una minoranza all'interno di quella Provincia e deve guardare con un occhio sempre più attento, a mio avviso, all'istituzione regionale, proprio per difendere quelli che sono i suoi diritti di minoranza all'interno della Provincia altoatesina.

Non si è quindi raggiunto nulla, nemmeno in termini di Regione non si è detto quali potrebbero essere le competenze oggetto di una federazione o comunque di un sistema che possa prevedere un ordinamento regionale sopra le parti provinciali nei temi più svariati, penso che il nostro statuto ci dia comunque l'occasione per fare una proposta seria, oggi ci sono delle problematiche che travalicano i confini non provinciali e regionali, ma nazionali e quindi non ci sia assolutamente la difficoltà di trovare materie sulle quali a livello regionale potremmo trovare un accordo con l'Alto Adige e quindi istituire questa Regione federata che abbia un compito diverso da quello di oggi, con un ordinamento diverso, con materie diverse, penso soltanto alla materia urbanistica, alla materia ambientale, a quello che sarà anche un processo indispensabile di proposta turistica che ho proposto di fare addirittura a livello euroregionale, ma che indubbiamente a livello regionale troverebbe una facilità, vuoi per le norme che abbiamo in campo, vuoi per una certa sintonia del sistema, ad essere proposto a livello molto più alto di quello che oggi singolarmente le Province stanno facendo.

Faccio questo discorso per introdurre il tema elettorale, che indubbiamente doveva essere una delle problematiche da affrontare in tempi diversi e con una calma diversa, nel senso che oggi siamo già tutti in fibrillazione per le prossime elezioni e quindi difficilmente riusciamo a ragionare con un minimo di tranquillità, tutti vediamo in pericolo l'apporto del nostro singolo movimento o partito alle elezioni regionali e quindi difficilmente ci riesce di ragionare con la dovuta tranquillità. Dico anche questo, perché sono promotore di un disegno di legge che è già datato 1995 e quindi le sollecitazioni a questa Giunta sono state fatte non solo dal sottoscritto, se è vero che oggi ci troviamo a discutere 10 disegni di legge, la materia andava affrontata prima. Non lo si è voluto fare, ma non si è voluto fare assolutamente niente, come ho tentato di dimostrare in questo preambolo di intervento né in termini regionali, né in termini di euroregione, né in termini di risorse per quel che riguarda la Regione, ritengo che l'autonomia, non solo quella regionale, ma anche quella provinciale, si debba difendere con i fatti e non tanto con l'enunciazione di principio o con strumenti filosofici e se una critica devo fare a questa Giunta è quella di aver sperperato risorse o comunque di non aver utilizzato al meglio quelle risorse economiche che le erano state messe sulle poste in entrata di bilancio, prova ne sia che anche l'ultimo bilancio regionale trova un avanzo di esercizio che è di un terzo del valore stesso del bilancio.

Quindi è chiaro che non potevamo pretendere che questa Giunta regionale...

(interruzione)

BENEDETTI: ...Quindi l'impossibilità di questa Giunta regionale, ma anche della prima Giunta regionale, come ricordava il collega Levegghi, abbiamo pagato lo scotto di esserci legati alla Regione e quindi di non aver proposto nel 1996 una maggioranza provinciale che andasse solo ad avere come obiettivo l'amministrazione giornaliera delle cose provinciali, ma avevamo proposto di volare un tantino più alto e di proporci anche una seria riforma elettorale e una seria riforma istituzionale per quanto riguarda il programma regionale e, coerenti - noi sì - fino in fondo con quelle che erano state le

volontà nel momento in cui abbiamo istituito quella maggioranza, nel momento in cui abbiamo capito che queste riforme non potevano andare in porto, ci siamo ritirati ed abbiamo lasciato che si ricostituisse una maggioranza, anche risicata, ma che probabilmente era l'unica possibile, per l'ordinaria amministrazione, certo, con questo clima difficilmente riusciremo a portare in campo questa che viene spacciata come riforma, ma anche altre riforme.

Ecco quindi che ci addentriamo in questa materia elettorale con un clima che non aiuta sicuramente a portare a termine una vera riforma, ma diamo a questo ministero della soglia elettorale quell'importanza che indubbiamente non ha, la governabilità, lo è stato ricordato in quest'Aula, non dipende tanto dalla frammentazione, ma dipende dalla politica, allora non è lo strumento elettorale, non è la riforma elettorale che possono sopperire alle carenze politiche oggi esistenti soprattutto in Provincia di Trento, il sistema elettorale è uno strumento che va adeguato secondo i tempi e di questo mi sembra che anche in Regione abbiamo delle prove sostanziali, nel senso che la legge elettorale dei sindaci sta funzionando, come ho detto, dal punto di vista della governabilità, anche se una nuova mentalità dovrà entrare nei cittadini che si apprestano ad eleggere direttamente anche i nostri sindaci, nel senso che l'analisi preventiva sul sindaco dovrà essere fatta con maggiore attenzione, in effetti abbiamo anche pagato la defezione all'interno di qualche comune di maggioranze o di sindaci stessi.

Quindi penso sia un processo abbastanza lungo, però ci ha indicato un percorso che potrebbe essere quello buono, quello di garantire già il giorno dopo delle elezioni che ci sia un governo, che ci sia una proposta di governo, pur nel rispetto di quelle che sono oggi le regole statutarie, che ci impongono una proporzionalità molto accentuata, anche ed in relazione a quelle minoranze che sul territorio regionale sono pure presenti e che in quest'Aula sento ricordare molto poco, se non negli interventi del collega Willeit, che si sforza ogni giorno di ricordarci che queste minoranze esistono, da parte della Giunta regionale si ricordano queste minoranze in termini di risorse finanziarie, di convegni e comunque non in termini sostanziali e come vorrei fossero presenti anche e soprattutto nella discussione di una legge elettorale che lì vede indubbiamente se la proposta della Giunta regionale troverà i voti necessari tagliati fuori, quindi con la non possibilità di avere una propria voce all'interno del Consiglio regionale.

Anche questa è una mina all'autonomia regionale, ma anche alle autonomie provinciali, che sul discorso delle minoranze a suo tempo avevano avuto questo grande riconoscimento di autonomia speciale che adesso viene bistrattato.

Quindi la soglia elettorale non è tanto una soluzione, è un'eliminazione dei piccoli partiti, che avranno l'obbligo di aggregarsi e che probabilmente ritroveremo divisi il giorno dopo delle elezioni, si obbliga a mettere insieme delle coalizioni che non sono assolutamente pronte o delle coalizioni che alle spalle non hanno un movimento forte, che dia loro una certa prerogativa, che dia loro una certa elaborazione politica e che poi decida anche sulle teste dei singoli eletti, quindi avremo sostanzialmente una partecipazione anche ai prossimi Consigli provinciali, e soprattutto di Trento, di soggetti

singoli eletti in aggregazioni diverse, ma senza l'apporto necessario alle loro spalle di un movimento o di un partito che possa dare loro delle indicazioni e che possa anche decidere sulle loro teste quale dovrà essere la partecipazione reale di quel soggetto eletto all'interno delle istituzioni.

Quindi penso che la risoluzione dei problemi non possa essere legata alla soglia elettorale, ma debba essere sempre e comunque legata alla politica e, fino a prova contraria, i deputati a fare politica sono i movimenti o i partiti che legittimamente si instaurano sul nostro territorio.

Quindi governabilità non avremo nemmeno nella prossima legislatura e probabilmente con l'approvazione della soglia ripercorreremo gli errori anche di questa legislatura senza porci il problema fondamentale di una vera riforma.

C'è poi da sottolineare il discorso che questa mini-soglia viene, come sempre, barattata con lo smagrimento ulteriore della nostra Regione, che quindi anche in termini di deleghe ci troveremo ancora una volta la Regione sguarnita di due competenze, mi auguro quanto meno che nel momento in cui andremo a votare le deleghe si smagrirà anche la Giunta regionale e che quindi verranno eliminati i due assessori di competenza, quanto meno per una mini-coerenza o una volontà di smagrire realmente la Regione anche nei suoi apparati e non solo nelle competenze.

Queste sono delle considerazioni che chi ha voluto questo stato di cose dovrà subire in campagna elettorale, l'augurio è che realmente gli elettori possano essere messi in condizioni di decidere su quello che in questi 5 anni è stato realmente fatto, in quelle che siano state le volontà e le non volontà o il boicottaggio di arrivare realmente ad una riforma elettorale che desse immediatamente governabilità a queste nostre Province e a questa nostra Regione nel momento in cui i Consigli regionale e provinciali avessero espletato le proprie condizioni post-elettorali.

Volevo dare un minimo di dignità anche a quella che era la proposta che nel 1985, assieme ai colleghi Bondi e Leveggi, avevamo presentato e quindi un minimo di presentazione di quello che è il disegno di legge n. 61, che aveva il pregio di essere anche un testo unico. Sappiamo che la nostra legge elettorale è datata e soffre, anche a detta dei tecnici, anche a livello tecnico e quindi è una legge che avrebbe bisogno di essere rivista totalmente e per questo probabilmente bisognava iniziare molto prima, comunque ho visto che ci sono molti emendamenti a tutti i disegni di legge e mi auguro che non ci si limiti solo ed unicamente a quella che è la proposta di una soglia, ma che si possa almeno inserire qualche elemento di novità nel disegno di legge, che non abbiamo ancora capito quale sia, che verrà proposto e votato dalla maggioranza in questo Consiglio regionale.

Dicevo, la proposta che avevo avanzato all'epoca era innovativa rispetto alle altre proposte che sono in campo ed era quella di prevedere che parte dei Consigli provinciali e quindi, di conseguenza, anche del Consiglio regionale, venisse eletto con dei distretti circoscrizionali e che quindi trovasse sui 35 consiglieri di Trento l'elezione di 11 consiglieri provinciali con collegi uninominali sul territorio trentino a fronte invece di 24 consiglieri eletti su un unico distretto provinciale.

Su questa proposta sono state fatte anche alcune critiche di incostituzionalità, per il fatto che non fosse coerente con le norme statutarie, su questo penso di avere già risposto in Commissione che le valutazioni sono state fatte e la cosa poteva essere approvata anche dal Governo centrale, non si vede come altrimenti si possa inserire una soglia come quella che viene oggi proposta del 5% senza incappare nella incostituzionalità della legge, posto che il nostro statuto prevede una proporzionalità di sistema.

Questa era la novità, che andava anche nel senso di dare voce proprio a quel distretto ladino che poteva essere ristretto nei numeri e quindi, con un collegio appositamente studiato, dare risposta a quella che doveva essere anche la minoranza trentina all'interno del Consiglio provinciale e quindi con una partecipazione dei ladini anche al Consiglio provinciale di Trento. La scelta era stata anche quella di non riferirci e quindi di differenziare i due sistemi elettorali rispetto a Trento e a Bolzano, perché la proporzionale pura ha un suo fondamento, posta la presenza di maggiori minoranze sul territorio bolzanino e posto che a Bolzano il problema della governabilità non esiste, avendo preso piede il partito di raccolta e quindi avendo questo partito una grande maggioranza, non avevo previsto nella mia proposta di riforma di legge elettorale che venisse toccato il collegio di Bolzano, se non in alcune parti tecniche e se non nel voto di preferenza, che a mio avviso oggi dovrebbe essere inserito in tutte le proposte che sono sul campo.

Peraltro ho sofferto in questa legislatura e soprattutto in Consiglio provinciale, vengo spesso indicato negativamente con il fatto di essere l'ultimo consigliere eletto, entrato con i resti, con le mie 866 preferenze e quindi, a detta di qualche collega, con dei diritti probabilmente minori rispetto a chi si presenta con le 20.000 preferenze. Penso che per fare un minimo di chiarezza anche su questo tema la preferenza unica sia assolutamente da inserire facendo sì che anche chi ha un minimo di supporto o di rilievo personale a livello politico, come il sottoscritto, possa non sentirsi additato o messo in una certa sudditanza o minoranza all'interno dei nostri Consigli provinciali per il fatto di non avere un grosso partito alle spalle che può fare il giochetto delle 4 preferenze e che quindi fa sì che molti dei consiglieri presenti vengano eletti con il sistema di legarsi uno con l'altro all'interno del partito e quindi di brillare di una luce che secondo me non è totalmente propria, quindi questa era una seconda proposta che ha un suo fondamento e che mi auguro, come ho detto, possa essere recepita anche all'interno dei disegni di legge che sicuramente avranno sorte migliore di quello presentato dal sottoscritto.

Altre novità che avevo previsto nel disegno di legge erano quelle della rieleggibilità del consigliere regionale per tre legislature, che mi sembra un tempo sufficiente per poter dare, ho visto come sono entrato in questo Consiglio regionale, con che animo e con che volontà, è chiaro che questo mio animo e questa mia volontà con il passare degli anni non potranno rimanere gli stessi, un po' perché si entra in un sistema, un po' perché è giusto il ricambio e quindi penso che 15 potrebbero essere più che sufficienti ad un soggetto singolo per manifestare le proprie idee all'interno di un Consiglio regionale.

C'era anche la proposta di ridurre a 4 anni la legislatura regionale e provinciale, adeguandoci ai sistemi europei e mondiali, uno dei crucci che mi sono sempre posto è quello di capire quanto meno quanto siamo organizzati male per il fatto che il Presidente degli Stati Uniti rimane in carica 4 anni e riesce con dei sistemi organizzativi diversi a ribaltare quelli che sono gli Stati Uniti d'America e noi nella piccola Provincia o nella piccola Regione abbiamo bisogno di 5 anni e poi scopriamo che in 5 anni non riusciamo nemmeno a fare quello che inizialmente ci eravamo programmato di fare, come ho tentato di dire all'inizio del mio intervento, ricordo euroregio, ricordo Regione e quant'altro.

Quindi anche su questo punto ci sarebbe un'innovazione forte da fare, limitando a 4 anni quello che è il periodo di legislatura, che in effetti è nelle cose, quanto meno in Consiglio provinciale siamo fermi ormai da novembre e già con un anno di anticipo, peraltro non si fa assolutamente mistero che tutti stiano lavorando già oggi per le prossime elezioni regionali e di fatto già il nostro è un quadriennio, certo, se lo mettessimo a 4 anni di regola, probabilmente inizieremmo dopo 3 anni, ma penso che questo stimolerebbe molto al lavoro e stimolerebbe anche a dimostrare che le volontà ci sono e che comunque si possa arrivare ad una proposta seria anche in pochi mesi, come peraltro nell'anno di presenza in Giunta provinciale il sottoscritto, ma con molti altri colleghi, ha tentato di far capire.

La speranza è che questo messaggio raggiunga anche gli elettori e che non vengano gli stessi invasi invece da filosofiche proposte su quelli che saranno gli assetti istituzionali della prossima legislatura o le varie costituenti che si vogliono porre in campo.

Questi erano gli elementi che mi premeva sottolineare e per i quali era giusto dare un minimo di rilievo alla proposta legislativa che ho avanzato nel 1985 e che mi riservo di capire se è il caso di portarla al voto per l'articolato o meno nella discussione che in queste ore verrà fatta all'interno dell'Aula e mi auguro e mi rivolgo al Presidente del Consiglio Tretter che l'istituzione della replica sia rimasta o che la prassi abbia cancellato anche questa e quindi mi riservo in quella fase un ulteriore intervento per capire quale dovrà essere il futuro della proposta legislativa che ho posto in campo. La ringrazio.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il collega Pinter. Ne ha la facoltà.

PINTER: Grazie, Presidente. Credo che questo inizio di dibattito abbia già individuato alcuni dei nodi della discussione, ma anche alcuni dei nodi che rendono difficile una soluzione al problema della riforma elettorale del nostro Consiglio regionale. Il cons. Leveggi ha voluto usare il termine 'riserva indiana', che può essere inteso in tanti modi, ma come lo voleva usare il cons. Leveggi è quello di dire che c'è una sorta di riserva rispetto ad un sistema elettorale prevalente nel nostro paese.

Dirò subito che questo è un brutto passo di partenza, perché è un ragionamento che francamente non riesco a capire, abbiamo ricevuto anche in questi giorni delle sollecitazioni da parte di zelanti amministrazioni comunali, che hanno

ritenuto di dover richiamare l'attenzione dei consiglieri rispetto all'esigenza di una riforma del sistema elettorale e in queste sollecitazioni - non so se perché si è a corto di argomentazioni o per prassi ormai consolidata - si richiama soprattutto l'esito di un referendum, quello del 18 aprile 1993, in cui si dice che una maggioranza schiacciante di elettori ha votato per la sua modifica.

Devo dire che a me non risulta che gli elettori abbiano votato per la modifica del sistema elettorale della Regione Trentino-Alto Adige, né delle Province autonome, mi risulta che si siano espressi rispetto ad alcuni principi del sistema elettorale per l'elezione del Parlamento italiano, allora non so se è così scontato e così pacifico che il pronunciamento degli elettori su un sistema elettorale, che riguarda il Parlamento italiano, possa di per sé considerarsi un pronunciamento sul sistema elettorale regionale o sul sistema elettorale dei comuni.

Ritengo che sia un'estensione un po' impropria, certo, in quel momento l'elettorato ha espresso un'opzione favorevole di fatto al sistema a carattere maggioritario rispetto a quello proporzionale, ma lo ha fatto a seguito di una precisa campagna di convincimento elevata e mossa a livello politico, ci tengo a sottolineare questa cosa, perché si vogliono mettere nella bocca e nelle mani dei cittadini delle cose che francamente non so se esistono, cioè si vuol dire che una delle principali preoccupazioni dei cittadini italiani negli anni scorsi è stata quella di modificare il sistema elettorale. Io dico che una delle principali preoccupazioni di alcuni gruppi politici era quella di modificare il sistema elettorale e che hanno abilmente convinto gli elettori che andava riformato in quella direzione, però ristabiliamo la correttezza di questo, cioè non è che ci sia stata un'iniziativa dei cittadini che ha portato i politici a subire ed accettare una modifica del sistema elettorale, ci sono stati politici che hanno affidato le loro fortune ad una campagna per l'introduzione del sistema maggioritario in Italia, della qual cosa se ne sono convinte via via numerose forze politiche che per loro era conveniente quel sistema rispetto ad un altro e in nome di questo si è detto che i cittadini volevano il sistema maggioritario in Italia.

E' un'altra delle abili manipolazioni del sistema politico nei confronti dei cittadini, i quali chiaramente si sono pronunciati, ma si sono pronunciati dopo una martellante campagna che li ha convinti che comunque c'era bisogno di una modifica del sistema elettorale, modifica che ovviamente poteva essere adeguatamente fatta senza scomodare i cittadini dagli stessi che poi lo hanno fatto dicendo: 'recepriamo la volontà dei cittadini', ma in realtà recepivano semplicemente la loro volontà ed il loro interesse.

So che tanti politologi ed osservatori considerano profana questa mia lettura dei fatti e degli accadimenti in Italia, però abbiamo vissuto alcuni anni di eccesso di centralità del problema del sistema elettorale, che ovviamente le ripercussioni stanno investendo anche la nostra Regione, per cui ora abbiamo in pratica lo stesso problema - ed in questo senso vanno le dichiarazioni dei sindaci - che c'era a livello nazionale qualche anno fa, non più di tanti, però sono già passati 4 anni.

Veniamo allora al sistema elettorale regionale, cioè, chiarito questo aspetto, che il problema della modifica del sistema elettorale è un problema che nasce all'interno della classe politica, non all'interno dei cittadini o alle esigenze dei cittadini, i cittadini

chiedono un governo qualificato, capace, chiedono di poter essere rappresentati in maniera pluralistica, chiedono quindi di potersi esprimere in questo senso e chiedono stabilità dei governi, certo, queste cose le chiedono, ma non chiedono un sistema elettorale od un altro, queste sono solo invenzioni dei teorici che vivono di queste cose o dei politologi o dei politici stessi, ma non dei cittadini, questa è una sciocchezza a cui i politici fanno ricordo per sostenere la bontà delle loro tesi, ma sostengano le tesi senza scomodare i cittadini quando non serve!

Ciò detto è chiaro che però un problema esiste nella nostra Regione, ma non, allora, per il fatto che dobbiamo adeguarci ad un sistema che vige per altre elezioni o in altri paesi, tant'è che oggi nella stessa Europa si ridiscute di alcune verità-certezze, cioè, che per esempio il sistema maggioritario sia il migliore sistema elettorale, si sta ritornando a discutere di sistema proporzionale, per vari motivi; il sistema proporzionale lo considero sostanzialmente e tendenzialmente il sistema più corretto, però sono disposto a confrontarmi su questa questione, d'altronde viviamo nella nostra Regione proprio l'evidenza di questo fatto, che non riusciremo a trovare, in modo particolare nella Provincia di Bolzano, un altro sistema che possa garantire la rappresentanza delle minoranze etniche e linguistiche, allora nel momento in cui ci rendiamo conto che questo è il migliore strumento di tutela delle minoranze, qualche dubbio ci dovrebbe venire anche sul piano politico, e cioè se questo sistema non sia anche il miglior strumento di tutela delle minoranze politiche.

Qui citiamo ad esempio la legge sui comuni, perché è vero che abbiamo approvato una legge che ha introdotto alcuni principi di modifica del sistema proporzionale ed ha introdotto l'elezione diretta del sindaco, recependo quella nazionale e l'abbiamo fatto con un certo vantaggio e beneficio per le stesse realtà comunali, perché indiscutibilmente alcuni problemi sono stati risolti con questo meccanismo dell'elezione diretta del sindaco, però voglio qui dire, io che sono stato uno degli artefici, spesse volte accusato dai sindaci di non avere il coraggio di una riforma più radicale, cioè una riforma che permettesse a un sindaco con il 23% dei voti di avere il 60% dei seggi, va bene, capisco che le loro ambizioni siano molto forti, però, sinceramente, almeno per i comuni sopra i 3.000 abitanti non me l'ero sentita di dire che è giusto che una forza o una coalizione con il 23% dei voti possa portarsi a casa il 60% dei seggi, con la democrazia non c'entra niente, governabilità a costo di sacrificare totalmente la rappresentanza democratica è veramente una cosa inaccettabile.

Questo sistema dell'elezione diretta dei sindaci ha comunque già evidenziato alcuni problemi, non possiamo fare finta di nulla che, ad esempio, la vita democratica dei comuni è drasticamente peggiorata, che le possibilità di espressione delle minoranze è stata radicalmente soffocata, che il dibattito - dove c'era dibattito - oggi è largamente inesistente nei comuni della nostra Regione, che non si riesce più a presentare delle liste, perché queste liste vengono frustrate dalla mancanza di strumenti che le minoranze hanno in consiglio comunale...

(interruzione)

PINTER: ...E continuano a volere il maggioritario, saranno autolesionisti.

Allora credo che su queste questioni dobbiamo riflettere, dovremmo anche pensare degli accorgimenti, delle modifiche, perché si coniughino le esigenze di governabilità con le esigenze del dibattito politico, della piena rappresentanza, del pluralismo e della tutela dei diritti delle minoranze, perché un'amministrazione comunale che è guidata da una coalizione che ha nemmeno un terzo dei voti e dove il 70% quindi degli elettori non ha rappresentanza nel governo di quel comune è un errore politico, è una carenza, è un vuoto che dobbiamo colmare, perché se un comune viene governato da un'esigua minoranza, è chiaro che cresce la disaffezione nei confronti della politica, il disinteresse nei confronti dell'amministrazione, l'esclusione, la mancanza di partecipazione. Quando discutiamo del sistema regionale, dobbiamo pure porci questi problemi, non possiamo ignorarli, allora - dicevo prima - se lo statuto di autonomia ha riconosciuto il principio del proporzionale come principio valido per garantire la rappresentanza e la tutela delle minoranze, credo che da questo principio dobbiamo partire ed al quale principio non possiamo rinunciare in alcun modo, soprattutto nella realtà della Provincia autonoma di Bolzano...

(interruzione)

PINTER: ...Sono contento che si sia riempita l'Aula, Presidente.

(interruzione)

PRESIDENTE: E' un richiamo all'aula a fare silenzio, collega Pinter, non volevo interromperla.

PINTER: Dicevo che questo principio è valido, il criterio proporzionale è un criterio valido e per quello che riguarda la Provincia di Bolzano dico subito che sono contrario a qualsiasi modifica, questo sistema elettorale va bene così com'è e non deve essere in alcun modo modificato; per quello che riguarda la Provincia di Trento, io stesso ho sostenuto l'esigenza di una riforma elettorale, ma anche qui, ribaltando quello che hanno detto altri che mi hanno preceduto, il problema della modifica elettorale in Trentino non nasce da un'esigenza in positivo espressa dai cittadini o da quant'altri, nasce da un'esigenza in negativo, cioè dal fatto che il sistema politico oggi è incapace di affrontare questa situazione e di garantire governi stabili ed efficienti e che quindi, non avendo in sé la capacità di soluzione dei problemi, ricorre alla modifica del sistema elettorale per trovare una soluzione ed è vero che esiste il problema, perché dopo la frantumazione del blocco democristiano abbiamo vissuto già tre crisi a livello provinciale in termini di maggioranza, c'è una disgregazione, frammentazione e ridefinizione del quadro politico che rendono per alcuni versi anche oggettivamente difficile trovare una governabilità e garantirne una certa stabilità e in questa disgregazione va peraltro ricordato che c'è una ulteriore accentuazione negativa, che è data dal trasformismo politico, che caratterizza tanti rappresentanti politici, tanti

consiglieri e tanti gruppi politici, quel trasformismo che permette di saltare tranquillamente da una parte all'altra a seconda della propria convenienza e del proprio tornaconto e non tanto dell'esigenza del governo o dell'esigenza della democrazia o delle rappresentanze delle idee.

Ripeto: è vero che c'è una debolezza politica, c'è una carenza, una resa da parte della politica, perché non è stata più in grado di affrontare quello che è nato dalla disgregazione di un sistema politico e non riesce, se non cercando delle regole, a ridefinirsi.

E' chiaro che allora sostengo le ragioni di una modifica del sistema elettorale che coniugano il principio proporzionale, il principio della tutela delle minoranze con una possibilità di chiarezza in termini politici, di scelta di un governo, di stabilità del governo stesso, mi sembrava che da questo punto di vista l'unica risposta possibile per il Trentino fosse quella di individuare un sistema dove si presentassero delle coalizioni tra di loro alternative, con alleanze chiare e dichiarate prima delle elezioni, con l'individuazione di candidati a presiedere questo governo e quindi con un riconoscimento di un premio che non fosse sproporzionato, riprendendo il discorso dei comuni, è chiaro che non posso dare il 100% del premio rispetto ai voti o ancora di più, però con un premio proporzionato che potesse incentivare la costituzione delle coalizioni e poi la stabilità dei governi; rispetto a questo però abbiamo incontrato fortissime resistenze da parte di chi, ovviamente, gioca le sue fortune politiche sulla mancanza di chiarezza, sulla mancanza di trasparenza, sull'opportunismo e sul trasformismo, allora è chiaro che forze politiche come il PATT e la Lega, per citarne due, hanno molto interesse ad affermare una soglia elettorale e non hanno alcun interesse a sostenere una riforma del sistema elettorale che garantisca la scelta di coalizioni o la possibilità di un governo stabile, perché loro assegnano le loro fortune politiche al fatto di non schierarsi rispetto a grandi coalizioni, al fatto di poter giocare un ruolo a seconda di quello che succede, di poter quindi giocare nella contrattazione post-elettorale le loro fortune. Comprensibile, è sempre stato così nella politica, prima c'era un socialdemocratico che doveva parlare della sua storia, della storia della socialdemocrazia italiana, che è sempre stata ruota di scorta di tutti i governi e forma massima di sottogoverno, comunque le cose cambiano, per fortuna...

(interruzione)

PINTER: Allora è chiaro che non è una novità che in politica qualcuno non si assuma la responsabilità di dire con chi vuole governare e per cosa vuole governare, ma preferisca rimanere generico nei programmi e non dire assolutamente niente rispetto alle alleanze, perché sa che in questo modo potrà giocarsi i propri voti ed i propri seggi nel modo più conveniente possibile all'indomani delle elezioni. Allora dico che deve essere evidente a tutti chi all'interno di questa Aula è a favore di una riforma elettorale - stiamo parlando della realtà trentina - che possa garantire quelle risposte a problemi oggettivi che dicevo prima, cioè la difficoltà oggettiva di creare un governo, di dare stabilità per il Trentino, è ora di dire chi chiaramente sta attorno a questa possibilità e chi invece è preoccupato

solo delle proprie sorti elettorali e quindi propone delle soglie elettorali che, nel loro calcolo, dovrebbero danneggiare delle realtà piccole ed avvantaggiare delle realtà più grosse e significative, perché è chiaro che la soglia elettorale serve per due cose: da una parte impedire la cosiddetta frammentazione e quindi che forze con piccolo consenso riescano ad ottenere una rappresentanza, dall'altra a tenersi le mani libere, perché possono giocare il loro potere elettorale nel modo migliore possibile.

Allora sappiamo che una Giunta entrata in crisi, in modo particolare per il fatto che coloro i quali si erano impegnati a sostenere una riforma elettorale non lo hanno poi fatto, stiamo parlando del PATT, il quale non ha voluto, né vuole, né vorrà mai sostenere una riforma elettorale che garantisca la governabilità in Trentino, perché si è trovato, come diceva Leveghi, con un potere sproporzionato rispetto ai propri voti e quindi confida che anche in futuro potrà essere così e allora abbiamo assistito a delle cose stranissime, a delle dichiarazioni ipocrite, quando la realtà dei fatti è che da 4 anni questo Consiglio non riesce a fare un passo significativo in avanti in direzione della riforma elettorale, non tanto per l'iniziativa delle minoranze, perché - figuriamoci - il potere delle minoranze è quello che è, quanto per una mancanza di volontà da parte della maggioranza; oltre tutto una maggioranza che non solo non è d'accordo su una riforma elettorale che garantisca un premio e quindi la scelta di coalizioni in Trentino, ma che non è nemmeno d'accordo sul 5%, perché è chiaro che non possono dirlo a voce aperta, ma numerosi consiglieri di questa maggioranza sono molto preoccupati per il loro futuro personale e quindi figuriamoci se sosterranno il 5%, perché sanno se saranno esclusi dalle liste dei partiti a cui attualmente fanno riferimento avranno sempre la carta di riserva di poter mettersi assieme una piccola lista di valle, o personale, in fondo l'ultima volta con 4 o 5 mila voti si è entrati in Consiglio regionale, non è un'impresa ciclopica per - magari - assessori che da 5 anni gestiscono settori importanti a contatto con i cittadini, trasmissioni televisive, agenzie, istituti, previdenze e quant'altro.

Allora è chiaro che è all'interno della stessa maggioranza che c'è una fortissima contraddizione fra quello che si dice e quello che si fa, tra il dire ai cittadini e ai sindaci: 'vogliamo darvi un sistema elettorale tale da garantire il governo del Trentino' e poi non ci pensano nemmeno a sostenere una cosa del genere o dire: 'almeno facciamo una soglia, così non ci sarà l'impazzimento delle liste' e al tempo stesso non hanno nemmeno i voti per sostenere questa proposta, perché molti dei consiglieri della maggioranza la boicotteranno nel segreto dell'urna alla prima occasione, almeno questa è la mia tranquilla previsione.

D'altronde sono cose che abbiamo già visto, anche nella scorsa legislatura c'è stato un tentativo di applicare il quoziente naturale per quello che riguarda il sistema delle elezioni regionali ed è vero che allora alcuni consiglieri, tra cui il sottoscritto, avevano contrastato questa introduzione del quoziente naturale, ma anche lì questo tentativo si è fatto un po' pro forma, perché lo si è fatto a qualche mese dalle elezioni, senza tanta convinzione, è chiaro che se uno vuol vincere una battaglia la combatte, non fa finta di condurre la stessa.

Dette queste cose, anche perché non intendevo esaurire totalmente il mio tempo, Presidente, in conclusione dico che per Bolzano non si deve toccare niente, che

per quello che riguarda il Trentino sarebbe giusto introdurre un sistema che possa permettere la presentazione di coalizioni e che possa assicurare un premio di maggioranza purché proporzionato al consenso ottenuto dalla coalizione, se questo non è possibile credo che non ci sia una grandissima esigenza per altre soluzioni, le posso capire, ma non ritengo che queste diano risposte, anche perché, è vero, c'è un problema prevedibile, cioè ci sarà un impazzimento di liste, perché è chiaro che con la politica così frantumata, con il protagonismo di sindaci, amministratori e di tante altre belle persone, ci sarà una corsa a fare la lista del cacciatore, del pescatore, del metà cacciatore e metà pescatore, del protezionista e del metà protezionista e quant'altro, allora dovremo porci il problema di evitare di trovarci con 30 o 50 liste che concorrono alla elezione del Consiglio regionale, perché una cosa è garantire la rappresentanza di una minoranza politica, altra cosa è garantire i tentativi di piccoli gruppi di potere, di interessi personali, di rappresentanza di valle, sono cose molto differenti, molto diverse.

Ho presentato pochissimi emendamenti a questi disegni di legge, perché il mio accordo va con le proposte di De Stefani e Dalbosco, quindi già mi ritrovo in quelle proposte, però ho presentato degli emendamenti per alzare il numero delle firme necessarie per la presentazione di una lista, per raddoppiarlo, perché non trovo giusto che abbiamo fissato 300 firme in un comune di 20.000 abitanti e che con 400 firme possiamo presentare una lista in Regione, non c'è alcuna proporzione tra queste due cose, quindi credo che si debba elevare il tetto delle firme necessarie, perché si deve mettere certo una minoranza in grado di poter concorrere alle elezioni, ma che sia una minoranza politica significativa e non tanto il protagonismo di qualche persona.

Seconda cosa, voglio sostenere, anche se non lo considero il miglior testo possibile, il disegno di legge che limita la possibilità di spese elettorali, perché, secondo me, questa è una questione importante, l'avevo detto nella scorsa legislatura, all'ultimo minuto quest'Aula aveva bocciato un disegno di legge analogo a quello ripresentato, sarei molto più drastico di quello che hanno presentato Peterlini ed altri consiglieri, però c'è un'esigenza di tentare almeno di limitare lo strapotere economico come elemento di perturbazione e di alterazione dei risultati elettorali, noi dobbiamo mettere i partiti ed i gruppi in grado di competere, in grado di poter informare i cittadini, di partecipare alle trasmissioni televisive, ma non possiamo garantire il privilegio che gruppi economici con le loro connessioni politiche possano alterare il risultato elettorale mettendo miliardi a disposizione per le campagne elettorali individuali o di forze politiche. Questa è una violenza nei confronti della democrazia, noi dobbiamo fare un tentativo per limitare questa possibilità, non è giusto che la Regione venga inondata di spot televisivi, venga inondata di acquisto a suon di milioni di pagine intere di giornali o, peggio ancora, di acquisto di prezzolati che si vendono al miglior offerente, abbiamo bisogno di correttezza, di garanzia di pluralismo e di parità di competizione, ciascuno che parteciperà alla competizione elettorale deve avere gli stessi strumenti e gli stessi mezzi, almeno quelli di informazione televisiva e giornalistica e deve essere comunque evitato lo sperpero di soldi e soprattutto, più che lo sperpero - perché uno è libero anche di disporre - la possibilità che la ricchezza sia un elemento che condiziona il risultato

elettorale, mi auguro che in questa direzione qualcosa si faccia, almeno per ridare sobrietà e serietà alla competizione elettorale.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Morandini. Ne ha la facoltà.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Dico che finalmente quest'aula si trova a discutere, e spero ad approvare, una riforma elettorale. Vorrei mutuare una frase di manzoniana memoria per dire, signor Presidente e signori colleghi, che una riforma elettorale 's'ha da fare' certamente, diversamente - e mi riferisco in particolare all'esperienza vissuta in questa legislatura in modo particolare e soprattutto all'interno della Provincia autonoma di Trento - la frammentazione e la non governabilità o la difficilissima governabilità che abbiamo sperimentato in questi anni temo che se non mettiamo mano alle regole del sistema elettorale se non verrà confermata, probabilmente sarà destinata fortemente a peggiorare.

Questa è stata la ragione di fondo per cui con altri colleghi abbiamo sottoscritto la prima richiesta di convocazione straordinaria del Consiglio, proprio perché il Consiglio sia chiamato nella sua autorevolezza e dentro le sue competenze, che sono fortemente caratterizzate su questa materia, ad esprimersi fino in fondo su quale è il contenuto di una riforma, per quanto magari possa essere minimale, del sistema elettorale che intende approvare.

Faccio presente che per parte nostra vari tentativi erano stati esperiti in questi anni, ricordo che in più occasioni, sia a livello provinciale che regionale, avevo proposto un tavolo per le riforme, disciplinando e proponendo nel concreto sia la composizione di questo possibile tavolo per le riforme, sia le modalità di lavoro, sia ancora tutta una serie di audizioni che ritenevo e ritengo ancora necessarie di comuni, di forze sociali, economiche e sindacali che dicano fino in fondo qual è il loro pensiero non solamente se debba o meno essere fatta una riforma elettorale, ma anche che vadano queste forze sociali, sindacali ed economiche anche nelle proposizioni dei contenuti ed avevo anche proposto dei tempi e debbo dire che di fatto questa proposta è stata in parte accolta, perché la proposta di una bicamerale regionale che poi è stata avanzata a livello di Giunta regionale e quindi delle Commissioni congiunte è andata in questa direzione, per cui sono contento che almeno un certo cammino è stato fatto di fronte a questo urgentissimo problema.

Faccio presente, signori colleghi, venendo all'illustrazione della proposta di legge per poi andare ad alcune valutazioni di tipo politico, che il disegno di legge che ho presentato e che con me ha sottoscritto anche il collega Delladio era già stato da noi presentato pubblicamente ancora nel gennaio del 1996, durante il congresso programmatico del nostro partito a Trento, per la precisione nella sala della Federazione dei Consorzi cooperativi. Dico questo perché già allora, e quindi in periodo non sospetto, ci si era posti da parte di qualche forza politica il problema forte che in modo particolare, ripeto, riguarda la Provincia autonoma di Trento, ma penso che se non nel breve termine, quanto meno nel medio termine, sarebbe interessata anche la Provincia di Bolzano, il problema - dicevo - di porre mano a questa fortissima frammentazione che

in questa legislatura in particolare si è disegnata e si è costituita all'interno del Consiglio provinciale, in particolare - ripeto - della Provincia autonoma di Trento.

Allora il disegno di legge, di cui sono primo firmatario e firmato con me dal collega che ho poc'anzi ricordato, cerca di creare proprio le condizioni istituzionali affinché da un lato i cittadini attraverso il voto e dall'altro le forze politiche attraverso una maggiore trasparenza e una maggiore coerenza con impegni politici e programmatici che si sono assunte, ecco perché secondo me è importante che le forze politiche siano costrette prima del voto a dire con chi intenderanno allearsi dopo il voto, dicevo il disegno di legge cerca di creare le condizioni istituzionali affinché da un lato i cittadini dall'altro i rappresentanti delle istituzioni possano insieme, ciascuno per la propria parte, dare un contributo concreto per risolvere questa grave crisi istituzionale che attanaglia sia le autonomie provinciali che l'autonomia regionale.

Erano di fatto tre le finalità che questo disegno di legge cercava di conseguire e mi pare che le proposte concrete su cui mi soffermerò con particolare attenzione su alcune lo cerchino di evidenziare. La prima finalità è quella di vedere quale meccanismo pensare per ridurre la frammentazione e qui è chiaro che la soglia di sbarramento che per nostra parte si è proposta e che è quella del 5% è una proposta ed è un segno che va in questa direzione; la seconda, quella di garantire la stabilità dei governi, in questo senso va la proposta contenuta nel disegno di legge della cosiddetta sfiducia costruttiva e, terza finalità, quella di assicurare la governabilità, cioè di fare evolvere un sistema dove, chiaramente, non ci sono necessità di garanzie delle rappresentanze dei gruppi linguistici differenti, perché è chiaro che laddove ci sono problemi di rappresentanza di gruppi linguistici differenti questo tipo di criterio deve essere temperato, laddove non c'è questa necessità si propone per assicurare l'esigenza della governabilità un premio di maggioranza per la prima e per la seconda coalizione.

Queste tre finalità con gli altrettanti correttivi, sto ricordando i principali, si propongono di correggere un sistema elettorale che per vincolo statutario deve a nostro avviso restare proporzionale, su questo punto penso che lo statuto sia insuperabile, nel senso che o ci sarà una modifica statutaria, oppure attualmente, de iure condito, il sistema proporzionale che è previsto dallo statuto è un sistema che non è sicuramente possibile dal punto di vista giuridico superare, nello stesso tempo si deve - e questa proposta va in questa direzione - cercare di salvaguardare l'unità della Regione nel quadro di un sistema istituzionale di tipo tripolare che vede presenti le due Province e la Regione, quindi vede una singolare triade sullo stesso territorio regionale che si articola nella presenza sullo stesso territorio di tre enti autonomi e quindi di tre enti dotati per le proprie competenze di potestà legislativa.

Infatti questa proposta di legge intende mantenere un unico e identico sistema elettorale regionale, introducendo solamente un meccanismo di verifiche allo scopo di evitare che l'attribuzione di un premio di maggioranza possa modificare la consistenza dei gruppi linguistici nei collegi in cui è prevista la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico dei candidati. Faccio anche presente, signori consiglieri, che questo sistema presenta numerose analogie con molte leggi elettorali vigenti nelle regioni a statuto ordinario e che questa scelta che il disegno di legge ha

inteso perseguire è motivata sia da ragioni tecniche, sia dalla necessità di uniformare il più possibile i sistemi elettorali ai vari livelli, perché l'attuale caotica differenziazione che è di fatto in atto, a cui prima facevo riferimento certamente non è in grado oggi di favorire una consapevole e facile partecipazione da parte dei cittadini al voto e quindi molte volte questa è una delle cause che allontanano sempre di più la popolazione dalle istituzioni.

Per quanto riguarda la soglia di sbarramento del 5%, essa, come prima dicevo, è finalizzata alla fondamentale esigenza di ridurre il più possibile la frammentazione, esigenza che, ripeto, non si risolve con il premio di maggioranza, peraltro nemmeno la sola soglia è un sistema sufficientemente efficace, come dirò fra poco, comunque diciamo subito fin d'ora che se per necessità di mediazione fosse esigenza di arrivare a ridurre al minimo i contenuti della riforma elettorale, saremmo pur anche disponibili soltanto ad una soglia purché - ripeto - almeno questa sia approvata, direi che questo è il minimo che oggi dentro un dovere che abbiamo non soltanto di discutere di una proposta di riforma elettorale, ma anche di approntare, decidere e votare di suoi contenuti, è il minimo che oggi come dovere istituzionale a noi compete quanto a disegno e a configurazione della disciplina del sistema di elezione dei consiglieri regionali. Ripeto, la sola soglia sicuramente non risolve tanti inconvenienti, come dirò fra poco, però piuttosto che niente almeno la soglia, anche se - ripeto - la nostra proposta, e la sosterremo fino in fondo, è nel senso di prevedere accanto alla soglia altri tipi di meccanismi per conseguire le finalità di governabilità e di garanzia dell'alternanza cui prima facevo riferimento.

Ci sono alcune norme generali nella proposta di legge, signori consiglieri, che illustrerò brevemente. La prima, quella più importante, è quella che propone la cosiddetta sfiducia costruttiva nei confronti della Giunta regionale che delle Giunte provinciali, la mozione dovrebbe in questo caso contenere la proposta di un documento programmatico, la proposta e l'indicazione di un Presidente e di una Giunta. L'approvazione di questa mozione comporta la proclamazione del nuovo esecutivo che si propone e, qualora invece la mozione di sfiducia non abbia i requisiti che è previsto debba avere per stare all'interno del disegno di legge, essa deve almeno intendersi...

(interruzione)

MORANDINI: Vi chiedo se potete abbassare un po' il tono della voce, vi ringrazio, perché almeno questo penso di poterlo chiedere.

Qualora non abbia i requisiti richiesti è previsto nel disegno di legge che sia considerata almeno esplicativa della circostanza prevista all'art. 33 dello statuto in base al quale l'impossibilità di formare una maggioranza può configurare una causa di scioglimento del Consiglio regionale o del Consiglio provinciale interessato ad opera del Capo dello Stato.

Per quanto attiene alla presentazione delle liste, il disegno di legge si articola in alcuni passaggi di cui ricordo i più importanti: le liste possono collegarsi tra loro in coalizioni o gruppi di liste, è obbligatoria la presentazione di un programma da

parte di ciascuna lista, nel caso di coalizione di liste deve essere presentato un programma di coalizione, viene proposta l'introduzione della simulazione dell'elezione diretta del Presidente della Provincia attraverso l'indicazione di un Presidente politicamente designato e, al fine di scoraggiare la frammentazione si propone di aumentare il numero di firme richieste per presentare una lista da 400 a 600.

Per quanto attiene al sistema elettorale, come dicevo prima, poiché c'è un vincolo statutario, a nostro avviso insuperabile dal punto di vista giuridico con norma legislativa regionale, il sistema rimane proporzionale, ma nella proposta che si fa viene corretto in senso maggioritario, chiaramente compatibilmente con le indicazioni che abbiamo visto confermate successivamente alla presentazione pubblica che prima ricordavo della nostra proposta di legge, alle indicazioni che abbiamo visto confermate dalla Commissione Paladin, visto che è stato confermato dallo studio di detta Commissione sia l'introduzione di una soglia di sbarramento, sia un premio di maggioranza, questi sono entrambi correttivi che, attenendosi ai parametri in ordine allo scostamento della proporzionalità, sono, a nostro avviso, legittimamente compatibili con il sistema proporzionale e vanno nella direzione, come poco fa ricordavo, di correggerlo in senso maggioritario.

E' prevista, come prima ricordavo, la soglia di sbarramento e nel collegio dove è prevista la possibilità della dichiarazione di appartenenza del candidato al gruppo linguistico la soglia si applica ai gruppi di liste collegate.

Al fine di garantire l'altra esigenza accanto a quella della frammentazione cui provvede la soglia, che è quella della governabilità, viene introdotto nella sola Provincia di Trento un premio di coalizione e questo proprio per favorire l'alternanza e il bipolarismo e per evitare la frammentazione il premio di coalizione viene suddiviso in due parti: vengono premiate le due coalizioni o le due liste più rappresentative e in questo senso quindi si tiene percentualmente e proporzionalmente presente le due liste che sono risultate le più rappresentative con un limite nel senso che in ogni caso con l'assegnazione del premio la coalizione più forte non potrà superare il 60% dei seggi, mentre la seconda non potrà superare il 40% dei seggi medesimi, evidentemente viene introdotto il metodo d'Hondt di ripartizione proporzionale dei seggi stessi.

Per quanto riguarda i collegi in cui è prevista la dichiarazione di appartenenza del candidato al gruppo linguistico, allo scopo di evitare che il premio di maggioranza cui poc'anzi facevo riferimento porti a squilibri artificiali il rapporto fra i gruppi linguistici, viene introdotto nelle operazioni di spoglio un sistema di verifiche, il quale condiziona l'applicazione del premio e tutela la proporzionalità della rappresentazione e della rappresentanza linguistica.

Per quanto riguarda la votazione ci sono delle analogie con il sistema delle elezioni comunali, nel senso che sulla scheda di votazione vengono riportati i contrassegni delle liste con il nominativo del Presidente designato e ci sono delle differenze, nel senso che qui non avendosi l'elezione diretta del premier non è possibile prevedere un voto disgiunto fra il leader della coalizione e una lista non collegata ad esso.

All'inizio di questa legislatura, proprio sulla scorta dell'esperienza fatta nella scorsa legislatura, allorquando la Giunta regionale propose verso la fine della legislatura stessa una proposta di modifica del sistema elettorale, avevo rappresentato al Presidente Grandi la necessità di riformare il sistema elettorale e di fare una proposta da subito al Consiglio regionale, perché in quel momento, cioè nella prima parte della legislatura, i tempi ed il clima erano e sarebbero stati assai più favorevoli, stemperati dall'emotività del clima di oggi, ebbene, questo non è stato fatto e da questo punto di vista è evidente un colpevole ritardo da parte della Giunta regionale, perché ritengo che le riforme strutturali e sostanziali dei sistemi elettorali, istituzionali e quant'altro debbono essere presentate nei primissimi mesi della legislatura, comunque nella prima parte, proprio perché il clima diversamente non si presta, man mano che la legislatura procede, ad una valutazione serena, obiettiva, in un certo senso distaccata dei relativi contenuti.

La Giunta regionale, dicevo, non l'ha avviato quando era opportuno farlo, soprattutto era opportuno andasse in porto, secondo me, per le maggiori probabilità ieri piuttosto che oggi, ciò nonostante, come prima ricordavo, si è riusciti anche con le richieste di convocazione straordinaria, di cui ho poc'anzi parlato e che abbiamo sottoscritto, quanto meno la prima, a portare in Aula il problema; allora almeno oggi se ne può discutere e se ne può affrontare, allora si faccia una riforma che se possibile tenga presente le esigenze oltre che della frammentazione anche della governabilità, ma comunque almeno come ipotesi minimale che si vada all'approvazione di una soglia, questa almeno porterebbe a semplificare lo schieramento politico e ad obbligare - mi riferisco in particolare alla Provincia di Trento - a ricercare intese quanti oggi temono, in un modo o nell'altro, con una soglia, se restassero da soli, di essere tagliati fuori.

Un'ultima considerazione peraltro sento di fare, colleghi. Vorrei anche che questo dibattito non enfatizzasse la necessità comunque e l'importanza soltanto della riforma elettorale, certamente - ripeto - è necessaria e abbiamo il dovere, secondo me, che non è soltanto istituzionale, di dare vita ad una riforma, ma la sola riforma elettorale non è la panacea di tutti i mali, è un contenitore, per quanto importante e allora o il contenitore è anche ricco di contenuti, oppure un contenitore vuoto serve ben a poco, certamente può servire per le esigenze che prima ricordavo, ma sicuramente si impone, sia sul versante regionale che sul versante provinciale, che il contenitore sia riempito di contenuti e quindi le proposte vengano avanti e nei Consigli rispettivi, Regione e Provincia, si arrivi a discutere di politiche scolastiche, di politiche sociali, di politiche sanitarie, in questo senso, su questi vari versanti le proposte le abbiamo fatte, allora che la riforma elettorale, che certamente va fatta, si faccia, ma che poi sia la stura per accelerare in quest'ultimo scorcio di legislatura tutto il possibile - naturalmente il possibile dentro le modalità temporali - dibattito e confronto sui contenuti proprio relativi a quello che deve riempire e qualificare il contenitore.

Un ultimissimo accenno, Presidente, non intendo utilizzare tutto il tempo che ho a disposizione in questa fase, sulla necessaria limitazione delle spese elettorali. Spero tanto, in questo senso qualche meccanismo forse si potrebbe introdurre, lo vedremo nel corso del dibattito, nel corso della discussione sugli articoli, penso che

bisogna trovare meccanismi che facciano davvero prevalere le idee e i progetti concreti sulle forme o su certo protagonismo di cui abbiamo visto sovente cattivi esempi e qualche volta vediamo ancora. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Dalbosco. Ne ha la facoltà.

DALBOSCO: Grazie, Presidente. Tocca constatare ancora una volta il sostanziale disinteresse della maggioranza, questo è un leitmotiv di questa legislatura, non abbiamo il Presidente, non abbiamo il Vicepresidente Pahl, non abbiamo il Vicepresidente Panizza, abbiamo qualche sparuto assessore, che però non mi sembra l'interlocutore più qualificato - senza voler offendere - per intervenire in materia di riforma elettorale, sulla base di quello che è successo in passato. Questo d'altronde non stupisce, è in perfetta coerenza, la Giunta regionale è coerente nel non voler assumere una posizione coerente e questo mi porta subito al primo punto che voglio sviluppare.

Non è vero che si confrontino due posizioni ideali, i sostenitori della soglia e i sostenitori del premio, su questo entrerò più in dettaglio nel seguito, è vero che c'è un'altra posizione, solo in piccola parte dichiarata e in larga parte invece praticata che è quella del 'do nothing', non fare nulla, tutto come prima, convergono su questa posizione di inerzia numerosi interessi, certi sono dichiarati, rispetto coloro che osteggiano una soglia di sbarramento perché ritengono che in questo caso si vada a ledere una rappresentanza significativa, penso al caso di Rifondazione, che peraltro gioca in modo scoperto e lo dice da sempre, è questione di vita o di morte, ma non di un interesse singolo, è questione di vita o di morte, tutto sommato, per una posizione radicata e significativa. Questo non mi porta a dire che non dobbiamo fare una soglia, perché non possiamo neanche sacrificare l'interesse collettivo a quello di una piccola parte, però è una posizione legittima, onestamente esposta e coerentemente portata sul terreno delle scelte politiche.

Quello che preoccupa è la posizione di quanti dicono di volere la soglia o di volere una riforma e poi non fanno nulla o fanno poco al riguardo, per esempio mi ha stupito che ieri alle ore 17.15, tre quarti d'ora prima della fine dei lavori il segretario questore della Lega, cons. Divina - ma in questo momento non c'è nessun consigliere della Lega presente - abbia chiesto in pratica l'interruzione dei lavori tre quarti d'ora prima; ma come, chiediamo le convocazioni straordinarie, ci facciamo fautori di raccolte di firme e poi non sfruttiamo il poco tempo che abbiamo? Sono piccoli indizi, Vicepresidente Tretter, anche per lei vale la stessa osservazione, ieri abbiamo perso un'ora e un quarto nella giornata di ieri: tre quarti d'ora alla fine quando c'era una procedura già stabilita che è stata in effetti confermata dal Presidente, abbiamo pochissimo tempo, 6 ore al giorno e cominciamo a sprecarne tre quarti d'ora, poi un'altra mezz'ora? Sono sintomi di quella non volontà di non fare nulla, o meglio volontà di non fare nulla che emerge in più contesti e ripetutamente.

D'altronde, dicevo prima, questa Giunta regionale o queste Giunte regionali che si sono succedute, sempre a medesima guida, sono state coerenti e sono coerenti nel non fare qualcosa di coerentemente positivo, da prima c'è il disegno di legge

Giovanazzi, della Giunta regionale, soglia al 5% in entrambi i collegi, poi si firma un patto di maggioranza nel luglio 1996 che chiaramente ha tra le righe la volontà di arrivare a formule che facilitino l'alternanza di governo e da che mondo è mondo, da quando c'è una democrazia basata su regole elettorali, le soglie non conducono mai all'alternanza, svolgono un'altra funzione, non quella di strumento a favore della governabilità e dell'alternanza, quindi si impaluda il 'chiodarellum', la proposta elaborata dall'assessore Chiodi e tra i miasmi di questa inerzia che ha condotto alla fine della vecchia Giunta la proposta di legge Chiodi è stata affossata dapprima tacitamente, se non fossimo intervenuti in modo chirurgico saremmo ancora lì, fino a giungere non allo sbaglio, Vicepresidente Panizza, ma allo sberleffo di ieri, perché avete ritirato 10 minuti dopo una cosa che non era proprio piccolina o di piccolo rilievo in questa legislatura, questo è stato aggiungere le beffe ai danni, perché è inammissibile, a meno che non siate incapaci di intendere e di volere, che abbiate letto quella relazione senza accorgervi di che cosa stavate leggendo e senza sapere che avreste potuto e dovuto ritirare, come avete fatto poi, quella proposta di legge.

D'altra parte il Presidente Grandi ha continuato a sostenere l'importanza della cosiddetta Bicamerale regionale e che cosa è successo? Anche questa è stata affossata, con continui rinvii, fino a che si è deciso di rimettere all'Aula non una proposta di sintesi, che permettesse a quest'Aula di arrivare ad un processo decisionale chiaro, ma tutto, quindi anche sulle procedure si è deciso costantemente di seguire questa linea del do nothing, non fare nulla, fingendo però di voler fare.

Arriviamo alle dichiarazioni di oggi, che sarebbero quasi esilaranti: 'l'importante è che si sia avviata la discussione sulla questione elettorale', Presidente Grandi - in sua assenza, perché è rarissimo vederla anche in questi momenti importanti - si è avviata la discussione, è da 4 anni che se ne parla, è da 2 anni che è all'ordine del giorno di una maggioranza, è da mezzo anno che lei dice che c'è un processo costituente con una Bicamerale e adesso è importante che si sia avviata la discussione quando manca un mese, tecnicamente un mese e poco più, per arrivare a combinare qualcosa in presenza di atteggiamenti ostruttivi, in presenza di non si sa quale inconveniente, che purtroppo, tra le lacrime dei coccodrilli trentino-tirolesi, ci porterà all'affossamento di questa proposta che è emersa coralmente da molte parti del Trentino. Ma questo è inaccettabile, va smascherato, perché il partito del non fare nulla alla fine è forte ed è quello che non si dichiara e va portato allo scoperto, non può avanzare solo con le narici da coccodrillo dalle acque stagnanti, bisogna portare a galla i coccodrilli trentino-tirolesi. Ma ammettiamo pure che invece, contrariamente a tutti i nostri timori, si arrivi a discutere nel merito in modo ordinato e concludente le proposte che si confrontano, che non sono quelle del non fare nulla dal punto di vista teorico e dichiarato, ma sono invece quelle in parte alternative della soglia, di una soglia e del premio, o di un premio, perché non esiste un solo tipo di soglia, così come non esiste un solo tipo di premio.

Le situazioni tra Trentino e Alto Adige-Sudtirolo sono estremamente differenti, come tutti sappiamo, in Trentino un sistema politico è deflagrato, in Alto Adige-Sudtirolo no, qui c'era e tuttora c'è un tipo di collante che tiene ancora, che permette ad un partito di avere la maggioranza relativa e forse ancora assoluta, in

Trentino il collante che era di natura diversa, che era di natura ideologica, al pari che nel resto d'Italia, si è sfatto e il sistema solare centrato sul partito della DC è deflagrato, come quando una stella muore, dopo alcuni miliardi di anni, qui sono bastati una cinquantina di anni, non come le stelle una decina di miliardi di anni, la stella esplode e schizza polveri nel cosmo della politica, in questo caso il risultato lo abbiamo visto ed è duplice: la frammentazione e la endemica crisi di governo, in Trentino abbiamo avuto più di 12 mesi - colleghi consiglieri dell'Alto Adige, perché ciascuno deve cercare di capire i problemi anche dell'altro, essendo nella stessa Regione - di formazione del primo governo o di crisi del secondo e terzo governo a guida autonomista con Andreotti, peraltro gli altri mesi ed anni non sono stati certo di governo chiaro su linee programmatiche chiaramente enunciate e realizzate. Quindi frammentazione e polverizzazione e, aspetto solo in parte collegato, assenza di capacità di governo, crisi di governabilità. C'è un intreccio fra le due cose, ma sono diverse e in questo senso chi sostiene che l'introduzione di una soglia di sbarramento, fosse anche al 5%, è un rimedio alla difficoltà di governo dice solo molto parzialmente una cosa vera, avere 7, 8 o 9 giocatori che superano la soglia di sbarramento non rende più facile il gioco delle intese, da un lato, ex post, dopo le elezioni, e comunque prima delle elezioni non contribuisce a quel processo di chiarezza verso gli elettori, perché tanto i partiti avrebbero le cambiali firmate in bianco dagli elettori e non avrebbero scelto con chiarezza in modo pressoché vincolante prima con chi allearsi.

Quindi né sul prima né sul dopo, dal punto di vista della chiarezza degli impegni, delle alleanze e poi della governabilità l'introduzione di una soglia anche se alta contribuisce in modo determinante, sfoltisce un poco i piccoli fili d'erba, i rametti, i cespugli, le piccole forze, ma non viene al dunque, che è quello di avere programmi comuni, uomini che coesistono in modo abbastanza pacifico in campagna elettorale e poi in sede di attuazione dei programmi di governo al governo e scelta di un leader, o di un capolista in termini elettorali, comune.

Questa è tecnica della politica su cui è difficile non essere d'accordo e quindi si fa un'operazione fuorviante verso i cittadini sostenendo che una soglia elettorale contribuisce a affrontare e risolvere il problema della governabilità. Sfoltisce un poco i giocatori, questo sì, quindi anche delle rissosità e dei personalismi, ma un poco, anche perché teniamo conto che anche se è vero che non si può aumentare il numero dei gruppi consiliari per regolamento, però la confluenza nel gruppo misto, che attualmente in Trentino è il gruppo politico più numeroso e se la legislatura proseguisse per due anni diventerebbe un gruppo con tanti consiglieri in grado di formare una maggioranza da soli dal punto di vista numerico, il regolamento consente il giorno dopo della proclamazione degli eletti di staccarsi e di andare nel gruppo misto e di fatto, politicamente, ci sono dei gruppi in soprannumero, siamo arrivati a 17 in Trentino per 35 consiglieri, anche se formalmente il gruppo misto tiene ridotto il numero dei gruppi.

Quindi anche l'introduzione di una soglia è un po' un pannicello che non svolge la funzione vera, è un espediente, è utile, in mancanza di meglio va assolutamente sostenuto, perché cambia pur sempre la logica esistente, impedisce a personaggi mossi da ambizione personalistica e basta di farsi avanti, taglia le speranze

di arrivare in Consiglio provinciale per 5 anni con soli 4.000 voti di amici e clienti e questo è positivo, in mancanza di meglio, per carità, una soglia è un qualcosa di positivo. Ma non va al dunque, non va al cuore del problema, che è quello della governabilità dopo le elezioni e della chiarezza di intenzioni prima delle elezioni davanti ai cittadini e per questo occorre invece un altro strumento, che è il premio.

Premio di maggioranza? Il termine non può essere usato, il premio di maggioranza è un premio di consiglieri in più rispetto al sistema proporzionale puro, tale da garantire comunque il raggiungimento di una maggioranza assoluta di consiglieri, nel nostro caso 18, ma il vincolo dello statuto ci impedisce di avere un premio di maggioranza, non possiamo dare a chi ha il 30% la garanzia di avere consiglieri come se avesse il 50, il 55 o il 60% dei voti, questa è una violazione del sistema proporzionale, il premio deve essere contenuto, per cui sarà meglio chiamarlo 'premio di coalizione', un premio dato alla coalizione vincente, che comunque portandola a 16 o 17 consiglieri di fatto determina una quasi sicurezza - purtroppo qui le sicurezze assolute non esistono - di governabilità.

Dunque il premio svolge una duplice funzione: prima e dopo, trasparenza degli impegni, formazione di una alleanza abbastanza sperabilmente coesa nel corso dei lunghi mesi di elaborazione del programma di campagna elettorale, impegno chiaro davanti agli elettori sulle idee e sugli uomini e donne che compongono la compagine e poi numeri, non lasciati alla contrattazione dopo le elezioni, sufficienti a coagulare una maggioranza in grado di governare.

Mi avvio a concludere questo intervento, perché mi riservo di intervenire brevemente in una fase successiva, anche per illustrare lo specifico del disegno di legge che abbiamo firmato in 4, i colleghi De Stefani, Benedetti, Delladio ed io, rubricato con il n. 106, l'ultimo presentato, e bisogna aggiungere qualcosa su chi non vuole il premio di maggioranza. Ho detto prima che molto probabilmente molti di coloro che a parole dicono di volere una soglia nei fatti si pongono nel partito dei nullafacenti, ma supponiamo pure di dare credito a tutti coloro che sostengono di volere una soglia che la vogliono davvero, ebbene dico che capisco la posizione della Lega: per sua natura la Lega è il terzo incomodo, ancora impedisce la maturazione del sistema politico italiano, di procedere verso l'auspicato, desiderato e utile bipolarismo, però questo è il suo ruolo e si comprende che la Lega sostenga la posizione di chi vuole la soglia e vede il premio di maggioranza veramente come delle manette ai polsi, come qualcosa che impedisce il dispiegarsi di un disegno politico che non condividiamo, ma che si può comprendere.

E' assolutamente inconcepibile, invece, che le forze di centro e autonomiste non sostengano, per il bene della gente, per i valori, eccetera, di cui tanto spesso parlano, una ipotesi basata sul premio. Si può dire che dal punto di vista numerico non conviene, non ce la farebbe in Trentino una coalizione, assessore Fedel, centro-destra, diciamo di centro, per non offendere nessuno, anche se secondo me sarebbe di centro-destra; una coalizione di centro non avrebbe i numeri per vincere nel caso ci fosse un sistema elettorale basato sul premio di maggioranza, ma come si può pensare questo in Trentino, una terra che ha espresso quasi sempre, tranne l'ultimo anno, giunte

assolutamente centriste, tranne una breve esperienza in cui una parte dell'Ulivo trentino è confluito in maggioranza per un anno.

P.P.T.A.A.: mi dicono che sia un nuovo partito, è nato, ha il simbolo, quindi è un nuovo partito trentino. PPTAA, PATT, CCD, CDU, FI, sono già tante le sigle e si suppone che non abbiano lo 0,3% e basta, sono sigle che effettivamente raccolgono gli spezzoni di quel sistema solare deflagrato, buona parte della DC, ma anche forze nazionali nate negli ultimi anni, come Forza Italia, è difficile pensare che davvero non possano raggiungere la maggioranza relativa coalizzandosi, poi si leggono cose come queste oggi sul giornale: 'già fin d'ora l'obiettivo della costituente di centro è non solo presentarsi compatti sotto un unico simbolo, ma rivolgere lo sguardo a Forza Italia, agli autonomisti per porre al governo del Trentino un forte governo, che faccia della stabilità e della chiarezza dei programmi il suo obiettivo primario', benissimo, cons. Conci, assessore Romano, cons. Giovanazzi - tutti assenti -, mi rivolgo a voi lo stesso, perché siete i rappresentanti di questo centro e di questo partito PPTAA, perfetto, volete andare al governo, volete farlo in modo chiaro, contate di avere le forze? Fatelo prima, assumetevi le responsabilità prima, ma il fatto è questo, assessore e Vicepresidente Panizza: non volete legarvi le mani, la vostra posizione è storica, ma gli elettori e i cittadini devono saperlo, non volete dire prima che cosa farete dopo e questa è chiarezza? Volete governare dopo senza avere scelto prima i partner di giunta e aver costruito un processo di governo, i risultati si vedono drammaticamente, sono quelli di questa legislatura, vi rivolgete ora a destra, ora a sinistra, ora al centro ed i risultati sono una scarsa governabilità o una malagovernabilità del Trentino, questo è il risultato del voler le mani libere, siate adulti come partito, finalmente crescete, eravate partito di opposizione, adesso volete essere giustamente partito di governo, dichiarate prima le vostre intenzioni assieme agli altri e votate un sistema elettorale che conduca e forzi anche i riluttanti a questo.

Credo che abbiamo bisogno in Trentino non solo di un Ulivo più maturo di quello che è, perché è ancora in divenire, immaturo e ha bisogno di un bel po' di cure di rinforzo, ma abbiamo bisogno anche di un centro che finalmente si dichiari non di volta in volta, con gli accomodamenti del caso, con gli aggiustamenti e le piccole e grandi furbizie, dichiaratevi prima, elaborate programmi comuni prima, non si può dire, cons. Conci, 'vogliamo governare nella chiarezza' e poi non fare nulla e essere così riottosi e ostili verso le proposte che comprendano un premio di maggioranza, siete incoerenti, altro che chiari, siete ancora in uno stadio adolescenziale della politica, in cui non volete assumervi responsabilità chiare per governare il Trentino. Il risultato è drammaticamente sotto gli occhi di tutti. Per intanto termino, grazie.

PRESIDENTE: Il collega Palermo mi faceva presente che voleva non essere interrotto ed avere la possibilità di utilizzare tutti i 30 minuti, chiedo se qualche collega prenotato, Ianieri, Divina, Klotz o Willeit, intende utilizzare questi 9 minuti. Nessuno ha intenzione di intervenire utilizzando questi 9 minuti?

Ritengo che alle ore 12.52 la richiesta del cons. Palermo sia accettabile.

Sospendo i lavori. Il Consiglio è convocato alle ore 15.00, il primo oratore prenotato è il collega Palermo, che prenderà la parole alle ore 15.00.

Buon appetito a tutti. La seduta è sospesa.

(ore 12.52)

(ore 15.12)

Presidenza del Vicepresidente Franco Tretter
Vorsitz Vizepräsident Franco Tretter

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego procedere con l'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Prego di prendere posto e di fare silenzio.

Riprendiamo i lavori.

Siamo in discussione generale.

Ha chiesto di intervenire il cons. Palermo. Ne ha facoltà.

PALERMO: Penso che in questa discussione generale abbiamo l'opportunità di svolgere alcune considerazioni di carattere preliminare su tutti i disegni di legge che però dovrebbero consentirci di constatare se è possibile o meno pervenire all'approvazione di una legge elettorale.

Credo che su questo punto si inseriranno ovviamente delle valutazioni di carattere politico, in quanto qualsiasi soluzione possa essere possibile se non esistono delle condizioni politiche per approvare questa legge, penso che anche la discussione che possiamo affrontare oggi e nelle prossime occasioni possa essere semplicemente superflua. Comunque, affrontando doverosamente la questione di carattere generale, penso che l'esame di tutti i disegni di legge evidenzia due problemi di carattere giuridico che dovrebbero anche indirizzarci verso le soluzioni possibili e, tra queste, verso quella che ci dovrebbe consentire di fare determinate scelte. I due problemi, che sono distinti, ma che comportano soluzioni ben precise, sono: il primo quello della possibile diversificazione tra il sistema elettorale di Trento e quello di Bolzano, quello delle due Province; il secondo problema è quello dell'introduzione di una eventuale soglia.

Per quanto riguarda il primo di questi due problemi, quello delle possibili diversificazioni, debbo in verità constatare di non essere assolutamente non dico soddisfatto, ma tanto meno appagato nelle minime valutazioni dalla relazione per la riforma elettorale compiuta dalla Commissione presieduta dal prof. Paladin. Dico questo perché forse determinate prospettazioni che sono state svolte da questa Commissione forse hanno anche risentito della impostazione formulata nei rispettivi quesiti, però di

certo da un esame che doverosamente dobbiamo effettuare nei confronti dei nostri atti fondamentali, che sono contenuti nella Costituzione e nello statuto, non ritengo possiamo arrivare a delle conclusioni diverse da quelle della necessaria osservanza di un criterio unico e unitario per entrambe le Province. Vorrei solo e semplicemente richiamarmi a quelle che sono le disposizioni essenziali e fondamentali, che a mio parere non consentono discriminazioni e non consentono discussioni su questo punto, perché a mio parere i presupposti sono talmente evidenti che qualsiasi nostra difformità ci porterebbe ad invalidare ogni nostra iniziativa legislativa. Vorrei richiamarmi innanzi tutto all'art. 2 dello statuto - e lo dico perché questa norma non è stata nemmeno citata, menzionata o richiamata dalla Commissione Paladin - che recita testualmente 'nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono'. In questa norma, che in fin dei conti ricalca un precetto costituzionale, però viene indicato come precetto fondamentale del nostro statuto, sono indicati a mio parere alcuni presupposti dai quali non si può prescindere, la Regione è unica, la Regione rappresenta un contesto unitario nel quale i cittadini hanno parità di diritti, i cittadini della Provincia di Trento e i cittadini della Provincia di Bolzano.

Se ci poniamo solo e semplicemente alcuni quesiti circa l'esplicazione di questa norma, ci accorgiamo di come aberranti, scorretti e in contrasto con questo principio sarebbero quelle norme che vorrebbero introdurre diversificazioni nelle regolamentazioni elettorali tra le due Province. Prendiamo in considerazione i diritti fondamentali del cittadino, le uniche e vere manifestazioni di democrazia diretta, i diritti di elettorato attivo e passivo; vogliamo prendere in considerazione il diritto di elettorato passivo, che consiste nel diritto di essere eletti. Diritto di essere eletti vuol dire, in base alla legge elettorale che dovremmo modificare, il diritto di essere nominati rappresentanti della Regione, si badi bene che in base all'art. 28 dello statuto i membri del Consiglio regionale rappresentano l'intera Regione, non rappresentano le Province.

Diritto di elettorato passivo sarebbe il diritto di rappresentanza e allora facciamo un esempio qualsiasi, che può valere per un qualsiasi soggetto che si presenti candidato alle elezioni. Carlo Palermo si presenta alle elezioni in Provincia di Trento e si presenta alle elezioni in Provincia di Bolzano per l'elezione del Consiglio regionale. In base all'art. 2 dello statuto non posso essere eletto in due maniere diverse. Diversificare il procedimento di elezione vuol dire introdurre un elemento differenziatore nei confronti dello stesso soggetto se si presenta a Trento e se si presenta a Bolzano e questo già indica i limiti invalicabili, perché non sono valicabili, di quello che può essere l'ambito delle norme che possiamo introdurre, perché il riflesso di questo difetto che verrebbe a verificarsi con violazione dei diritti di uguaglianza stabiliti dall'art. 2 dello statuto in relazione all'elettorato passivo, non possono non riflettersi nel momento in cui si consideri la composizione dell'organo del Consiglio regionale, il quale, sulla base delle norme dello statuto, è il primario organo istituzionale conseguente al procedimento di elezione, l'art. 48 dello statuto - ed è questa la terza norma che, a mio parere, non può non essere richiamata - prevede che ciascun Consiglio provinciale è composto dai membri del Consiglio regionale, non l'inverso, non è cioè il Consiglio regionale composto dai membri dei due Consigli provinciali.

Il precetto che oggi è in vigore prevede testualmente che ciascun Consiglio provinciale è composto dai membri del Consiglio regionale, questo vuol dire che fino al momento in cui non dovessero essere cambiate le norme statutarie, anche attraverso procedimenti che sono in corso, attualmente è il Consiglio regionale il contesto unitario nel quale si viene eletti in via primaria e quindi se come ho prima evidenziato il diritto di elettorato passivo risulta chiaramente violato nel suo principio di eguaglianza ove si prenda in esame la situazione che ho poco prima indicato, il riflesso di questa violazione si verrebbe a riscontrare nell'esame della situazione che si creerebbe nel Consiglio regionale ponendo accanto consiglieri regionali che rappresentano ognuno di essi l'intera Regione, non le due Province e la somma la Regione, che fossero invece eletti in maniera diversa, cioè un consigliere rappresentativo di determinati soggetti, un certo numero, un altro consigliere che non potrebbe essere rappresentativo di un pari numero di soggetti, perché eletto con criteri e metodologie differenti, sarebbe in tutti i casi violato l'art. 2 dello statuto, nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini.

Questo per quanto riguarda l'aspetto del diritto di elettorato passivo, cioè il diritto di rappresentanza, ma se esaminiamo anche la situazione che riguarda la violazione che si avrebbe dell'art. 2 anche per il diritto di elettorato attivo, non si può pervenire se non alle stesse considerazioni, si ricordi che il diritto di elettorato attivo consiste nel diritto di concorrere con la manifestazione della propria volontà esercitata nella forma del voto alla nomina dei rappresentanti del popolo. Se questa è la massima espressione del diritto del cittadino di fronte all'ente pubblico, alla Regione e allo Stato, in questo caso dinanzi alla Regione, veramente non si vede, visto e considerato che esiste un concetto unitario di Regione, come possa considerarsi egualmente tutelato dinanzi all'art. 2 dello statuto, dove è riconosciuta parità di diritti ai cittadini della Regione, come si possa considerarsi egualmente tutelato il cittadino che si trovi in una Provincia o nell'altra, quando si vogliano introdurre delle norme che sono diverse in una Provincia o nell'altra.

Non è materialmente possibile, ostano non motivazioni di carattere opinabile, ostano motivazioni di carattere tecnico, ostano le motivazioni che sono dettate dal nostro statuto, è vero che oggi esistono delle discussioni che vorrebbero invertire in qualche modo la impostazione che nel nostro statuto è riconosciuta ai tre istituti Regione e due Province, ma allo Stato, nella situazione attuale, il nostro statuto prevede un ente primario, che è quello della Regione, e due enti con pari dignità costituzionale, ma che comunque sono compresi e costituenti la Regione, ovvero le due Province e il Consiglio regionale è l'organo rappresentativo della Regione e non è la somma degli organi rappresentativi delle due Province, sono i due Consigli provinciali che sono figli del Consiglio regionale e non l'inverso.

Credo che questi argomenti non siano assolutamente superabili, perché entrano in contrasto ed in conflitto con precetti statutari e costituzionali, né mi pare che le argomentazioni che sono state svolte dalla Commissione possa condividersi, intanto perché questi argomenti non sono stati assolutamente affrontati, in secondo luogo perché sono stati presi in esame, come parametri di raffronto, dei sistemi che pur vengono riconosciuti completamente diversi, in quanto se il prof. Paladin prende in

esame il sistema vigente in Friuli-Venezia Giulia, pur riconosce in via primaria testualmente che il sistema istituzionale e statutario previsto per la nostra Regione non ha assolutamente riscontro con il sistema vigente in Friuli-Venezia Giulia, in quanto questo sistema trilatero della Regione e delle due Province autonome è presente solo ed esclusivamente in Trentino-Alto Adige e non già in Friuli-Venezia Giulia. Quindi ci dobbiamo richiamare solo a questi principi e quindi, a mio parere, la soluzione che dobbiamo trovare per poter esaminare la possibilità di modificare la nostra legge elettorale deve essere ricondotta nell'ambito di una modifica che riguardi contemporaneamente sia la Provincia di Trento, sia quella di Bolzano, ovviamente con quei temperamenti e quelle correzioni che sono possibili e che ci vengono indicate dallo stesso statuto e a questo proposito, senza voler approfondire l'argomento relativo a disegni di legge e proposte che introducono in qualche modo connotazioni di carattere maggioritario e che nemmeno mi sento di voler esaminare, in quanto palesemente contraddicono il precetto contenuto nell'art. 25 del nostro statuto, cioè quello per il quale nella nostra Regione è vigente il principio del sistema proporzionale, limitandomi a delle osservazioni che riguardano ciò che a mio parere è più realisticamente possibile e cioè l'introduzione di una soglia, vorrei anche su questo punto svolgere determinate considerazioni, in quanto a mio parere anche su questo punto esistono dei limiti previsti nel nostro statuto entro i quali ci possiamo muovere e dico subito che a mio parere è possibile trovare una soluzione per l'introduzione di una soglia sia in Trentino che in Alto Adige, tenendo conto e rispettando però determinati principi che ci sono indicati nello statuto. Li vorrei brevemente richiamare, in modo da poter pervenire a quelle che possono essere le soluzioni possibili.

I principi sono tratti dall'art. 25, cioè quello che indica la necessità comunque di osservare dei criteri conseguenti all'adozione del sistema proporzionale e badiamo bene che questa norma contenuta nell'art. 25 non si estrinseca solo nel precetto contenuto nel primo comma, perché anche qui forse molto spesso viene omesso e indicato, il prof. Paladin non ne fa nemmeno su questo punto alcun cenno nella sua relazione, al precetto contenuto nel secondo comma dell'art. 25, perché se la prima parte dell'art. 25 introduce la prescrizione secondo cui il Consiglio regionale è eletto con sistema proporzionale, il secondo comma aggiunge: 'la ripartizione dei seggi tra i collegi si effettua dividendo il numero degli abitanti, quale risulta dall'ultimo censimento, per 70 e distribuendo i seggi in proporzione alla popolazione di ogni collegio sulla base dei quozienti interi e dei più alti resti'. Anche nel secondo comma esiste una indicazione ancora più vincolante rispetto alla necessaria osservanza del principio proporzionale ed è questa una qualche cosa che non può essere dimenticata nel momento in cui ci si appresta a trovare una soluzione al problema relativo alla possibilità di modifica della legge elettorale.

Delle norme che però debbono essere tenute presenti e che mi pare non siano state considerate in nessuno dei disegni di legge che sono stati depositati e al nostro esame riguardano la necessità di rispettare il rapporto tra i gruppi linguistici protetti e le loro rappresentanze. Questo mi pare che sia il punto centrale sul quale si deve discutere nel momento in cui si passa ad esaminare le possibilità concrete di

modifica della legge elettorale senza diversificare i due sistemi, perché è evidente che nello statuto sono presenti numerose norme, le quali, in considerazione delle peculiarità specifiche che sono presenti nella Provincia di Bolzano, vengono introdotte nello statuto stesso numerose norme che tutelano e garantiscono il rapporto tra i gruppi linguistici protetti e le loro rappresentanze. Esistono determinate norme, ed è inutile che le ricordi, che riguardano le garanzie di alternanza e le garanzie di composizione negli organi regionali, negli organi di Giunta provinciale e così via di seguito, esistono delle norme che introducono e prescrivono il principio fondamentale della proporzionalità etnica e quindi oltre delle norme specifiche che garantiscono la partecipazione e la presenza nel Consiglio regionale al gruppo ladino.

Queste sono delle disposizioni che non possono essere ignorate e quindi nel momento in cui ci si pone come obiettivo quello di introdurre una soglia, è evidente che in Provincia di Bolzano non può ritenersi tollerabile che avvengano delle violazioni rispetto alla necessità di rispettare questo rapporto tra gruppi linguistici, cioè non è possibile che introducendo delle soglie sia consentito attraverso i resti che determinati voti da un gruppo linguistico vadano ad un altro gruppo linguistico e più concretamente dal gruppo linguistico italiano possano transitare al gruppo linguistico tedesco. Questo problema, che non è stato considerato, sarebbe sempre più vistoso nel momento in cui si alza la soglia, perché se può essere tollerabile nel sistema attuale che già consente un minimo di travaso, diventa molto più consistente con l'introduzione di una soglia naturale, diventa ancora molto più massiccia se si introduce una soglia del 4 o 5 %.

Questi sono dei principi che sono contenuti nello statuto, allora le soluzioni non è che non possano trovarsi, perché se ci muoviamo nell'ambito di questi che sono i limiti e le indicazioni tassative e obbligatorie che sono contenute nello statuto a mio parere è possibile trovare le soluzioni adeguate, intanto osservando il principio dell'introduzione di norme in tutta la Regione, in secondo luogo introducendo una soglia con correttivi, dico questo senza riferimenti a quelle che possono essere entificazioni numeriche circa la soglia, perché può essere del 2,8, può essere del 3, del 4, del 5%, qualsiasi soglia può essere introdotta, ritengo per motivi di opportunità personalmente non dovrebbe superare il 4%, con la necessità però di rispettare il rapporto tra i gruppi linguistici protetti e le loro rappresentanze. Come potrebbe essere fatto questo? Potrebbe essere fatto - e concretamente può essere fatto anche emendando il progetto della Giunta - introducendo una dichiarazione nelle liste che consenta il collegamento per il recupero dei resti, in questo modo, a mio parere, sarebbe possibile consentire da una parte l'introduzione della soglia, dall'altra impedire che venga non rispettato il rapporto tra i gruppi linguistici protetti e le loro rappresentanze, in questo modo credo sarebbe possibile introdurre la soglia naturale e anche eventualmente delle soglie più elevate.

Rimane il problema per i ladini, in quanto esiste l'art. 62, secondo il quale nello statuto è prescritto che le leggi sulle elezioni debbano garantire la rappresentanza del gruppo linguistico ladino, questo è un altro problema che non può essere ignorato, perché, così come il problema che ho indicato poc'anzi, che è quello riguardante il rapporto tra il gruppo linguistico italiano e il gruppo linguistico tedesco è presente nello

statuto e quindi non può essere travalicato, parimenti il precetto contenuto nell'art. 62 non può essere ignorato, in quanto l'introduzione di una qualsiasi soglia, anche minima, anche quella naturale, in una legge elettorale produrrebbe una violazione macroscopica dell'art. 62, in quanto comporterebbe l'esclusione di fatto della possibilità per il gruppo ladino di presentarsi autonomamente, perché non avrebbe quasi materialmente la possibilità di raggiungere numericamente la soglia e conseguentemente sarebbe costretto a presentarsi in un'altra lista con violazione dei principi di elettorato attivo e con violazione dei principi di elettorato passivo, oltre che con violazione, a mio parere, anche dell'art. 62, in quanto l'essere costretti a presentarsi in un'altra lista non garantirebbe quell'autonomia di rappresentanza che invece il legislatore costituzionale, attraverso l'art. 62, ha inteso garantire con una norma statutaria, che non è nemmeno presente per gli italiani - badiamo bene - perché per gli italiani non si parla di norme di garanzia di partecipazione, perché viene dato per pacifico che gli italiani sono numerosi, sono date norme di garanzia per stabilire l'alternanza, la partecipazione e quindi, ripeto, come ho detto prima, è necessario che noi le rispettiamo, ma non può certamente ignorarsi che l'art. 62 introduce questa prescrizione che viene tassativamente indicata e che verrebbe violata con l'introduzione di una qualsiasi soglia. La soluzione è semplice: qualsiasi soglia dovrebbe trovare l'esclusione per il gruppo ladino, punto e basta, quindi la soluzione anche in questo caso non è complicata, perché in questo modo sarebbe garantita la possibilità per il gruppo linguistico ladino di espressione e di rappresentanza libera e quindi con tutela totale sia dei diritti di elettorato attivo, sia dei diritti di elettorato passivo.

A questo punto a me pare che da un esame obiettivo delle norme costituzionali, è possibile - senza voler dilungarsi troppo - trovare determinate soluzioni che possono ritenersi accettabili nella Regione Trentino-Alto Adige, salvaguardando i principi unitari della Regione ed osservando anche e tutelando tutti i diritti delle minoranze sia degli italiani dell'Alto Adige, sia dei ladini, sia dei diritti di tutti i cittadini, è chiaro che a fronte di queste che sono delle soluzioni tecniche e che possono trovare espressione attraverso il dialogo e non certo nella discussione di una decina di disegni di legge, quindi è possibile approvare per venire all'approvazione di una legge solo se si raggiunge un accordo la maggior parte delle forze politiche presenti in Consiglio, non attraverso colpi di forza - e concludo -, al di là di questo rimane indubbiamente l'aspetto politico, in quanto al di là di tutte queste discussioni, che pur sarebbero importanti, di carattere giuridico, però l'attuale situazione politica fa molto dubitare che di questo si parli e non già di ragioni politiche presenti in talune forze della maggioranza e che fanno ritenere esistente una volontà di cambiare queste norme solo in cambio di qualche altra cosa e cioè dello sfascio della Regione e così via di seguito e questo non è chiaramente accettabile.

Riservando quindi al seguito l'indicazione delle mie valutazioni politiche, allo stato mi dichiaro disponibile per la proposizione di eventuali emendamenti rappresentativi delle motivazioni che ho indicato e quindi rappresentativi di quelle correzioni a tutela delle minoranze della introduzione di una soglia che potrebbe essere quella del 2,8 fino al 4%.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Ianieri. Ne ha la facoltà.

IANIERI: Grazie, signor Presidente. Colleghi, mia accingo ad intervenire richiamando per un attimo l'attenzione del Presidente del Consiglio, perché voglio fare presente che a questa discussione in Aula manca il Presidente della Giunta regionale, che ha avvocato a sé le competenze di riforma elettorale e che è il grande assente in questa occasione, il Presidente della Giunta regionale è stato assente anche se è fisicamente presente, è stato assente durante i lavori che si sono svolti in Commissione, perché mai ha risposto alle varie interrogazioni che i commissari gli avevano rivolto ad alle varie domande di chiarimento che volevano in merito agli effettivi intendimenti della Giunta. Mi rivolgo pertanto, rivolgendomi alla Giunta, al Vicepresidente Panizza, che è stato suo malgrado obbligato a leggere una relazione di un disegno di legge che era della ex assessore Chiodi e che dopo la lettura della relazione di questo disegno di legge si è sentito dire dal suo Presidente che era un disegno di legge ritirato, almeno questo è stato detto...

(interruzione)

IANIERI: Ma è stato detto dopo la lettura che il disegno di legge è stato ritirato, allora a questo punto vorremmo avere anche dei chiarimenti se questo disegno di legge è ancora in piedi o meno, anche perché c'è il disegno di legge n. 103, che è la riproposizione del n. 88, presentato dalla collega Chiodi, ma di cui non ha dato lettura, anche giustamente, per una questione di protesta verso quello che è stato l'operato da parte del Presidente della Giunta regionale.

Signori colleghi, Presidente della Giunta e Presidente del Consiglio, ci accingiamo ad esaminare una riforma elettorale che in questo momento, a mio avviso, è sicuramente fuori luogo, perché è fuori luogo andare ad esaminare una riforma elettorale, non tanto perché siamo ormai alla fine di una legislatura e mancano pochi mesi per le prossime elezioni, ma proprio perché da parte del Governo si sta elaborando una modifica all'art. 57 della Carta costituzionale dove prevede un nuovo assetto all'istituto regionale, pertanto è stato già anticipato che vi sono delle proposte di modifica e in questo momento esattamente non sappiamo che cosa questo art. 57 andrà a prevedere.

Sarebbe opportuno, a mio avviso, in questo momento sospendere i lavori sui disegni di legge di riforma elettorale, perché molto probabilmente all'inizio della prossima legislatura, se i lavori della Bicamerale e i lavori del Parlamento dovessero effettivamente portare a una riformulazione dell'istituto della Regione e di conseguenza anche a dare un indirizzo dei vari sistemi elettorali, che potrebbero prevedere, come mi auspico, e proprio per questo ho presentato anche un ordine del giorno in merito, che dovrà essere discusso, un'elezione separata dei due Consigli provinciali e un'elezione a collegio uninominale unico regionale del Consiglio regionale che non sia rappresentato dalla costituzione dei due Consigli provinciali. Se questo effettivamente dovesse verificarsi, e credo che molto probabilmente si verificherà, perlomeno da quello che la

stampa ha riportato e da quello che i mass media dicono, rischieremo nei primi mesi della prossima legislatura di dover rimettere di nuovo mano alla riforma della legge elettorale, se non addirittura a far decadere il Consiglio per costituire, in base alla nuova Carta costituzionale, un Consiglio regionale e Consigli provinciali diversi.

Fatta questa breve parentesi, signor Presidente del Consiglio, lei ha dato, attraverso una interpretazione dell'Ufficio di Presidenza, un tempo limite di 30 minuti per poter discutere sui vari disegni di legge che sono stati presentati: possono essere pochi, ma possono essere anche tanti, come lei giustamente ha detto, l'importante sarebbe non ripetersi oppure intervenire toccando argomenti che da altri non sono stati toccati, però, vede, sicuramente vi sarà, come già vi è stata, una ripetizione sugli argomenti da parte di tutti gli intervenuti, perché ognuno ha un proprio modo di vedere, ognuno ha una propria sensibilità, ognuno rappresenta delle particolarità diverse e di conseguenza inevitabilmente si è portati anche a ripetersi e allora i 30 minuti in questo caso effettivamente sono pochi, perché se volessimo andare ad affrontare e a discutere tutti i disegni di legge, che sono 11 in proposito, e dovessimo dividere i 30 minuti per 11 sono meno di 3 minuti per ogni disegno di legge.

Allora questo certamente non è possibile e bisogna fare un intervento così, abbracciando un pochino tutto quello che è stato riportato, con una semplificazione che a volte non va bene, perché le semplificazioni non sempre danno degli ottimi risultati, ma a questo punto bisogna fare una scelta ed allora vediamo un attimo qual è la posizione del partito che rappresento in questo Consiglio regionale: sicuramente è quella di non accettare a priori una riforma della legge elettorale che possa andare a penalizzare la rappresentanza politica in Alto Adige, ma la rappresentanza politica che va vista sotto l'aspetto etnico-linguistico, oggi abbiamo in Provincia di Bolzano una governabilità che non c'è nella Provincia di Trento e su questo sono perfettamente d'accordo che bisogna intervenire e trovare dei correttivi per quello che riguarda la Provincia di Trento, ma la Provincia di Bolzano non ha i problemi che oggi ha la Provincia di Trento e gli stessi problemi che ha la Provincia di Trento non sono dovuti, a mio avviso, al sistema elettorale che è attualmente in corso, ma a tutta un'altra serie di fattori, che oggi non voglio ricordare, perché già più volte è stato ricordato in quest'Aula.

Allora mi voglio soffermare solo ed esclusivamente in questo momento per quanto riguarda la Provincia di Bolzano. Intanto mi rivolgo ai colleghi di Trento che hanno presentato una serie di riforme elettorali e prendo atto che da parte della maggioranza dei colleghi trentini i vari disegni di legge prevedono una riforma solo ed esclusivamente per la Provincia di Trento, indipendentemente dalla soglia che si vuole affrontare, sia essa il 3, il 4 o il 5%, con premio di maggioranza o senza premio di maggioranza e questo vuol dire che la sensibilità di questi colleghi porta a riconoscere che a portare delle modifiche all'attuale sistema elettorale in Provincia di Bolzano vuol dire creare sicuramente dei problemi alle minoranze linguistiche che sono presenti in questa Provincia. Quali sono le minoranze linguistiche presenti in questa Provincia? Sono la minoranza italiana e la minoranza ladina, ma non provoca soltanto dei problemi alle minoranze linguistiche, alla stessa minoranza politica di lingua tedesca questo disegno di legge potrebbe apportare dei gravi problemi, potrebbe far sparire una

minoranza politica del gruppo linguistico tedesco per favorire il partito di maggioranza assoluta, e non di maggioranza relativa. Facendo una piccola proiezione in merito alla composizione dell'attuale Consiglio provinciale, vado a vedere che se solo apportiamo al sistema che è stato seguito e che è attualmente in vigore dei piccoli correttivi - e mi fermo al correttivo della soglia naturale, senza andare oltre e senza l'applicazione del metodo d'Hondt - se mi fermo alla soglia naturale e anche con il recupero dei resti, cosa che invece il partito di maggioranza assoluta, il SVP, che governa non solo la Provincia di Bolzano, ma addirittura, a mio avviso, condiziona anche la politica nella Provincia di Trento, perchè purtroppo la condiziona per l'apporto che dà all'ambito regionale, prendendo la soglia naturale del 2,86% vediamo che il SVP passa da 19 consiglieri a 21, la ex DC, attuale PPI, da 2 consiglieri andrebbe a 1, sparirebbe l'Unione di Centro, oggi Liberali, i Verdi andrebbero a guadagnare probabilmente un seggio, sparirebbero i Ladini, pertanto una rappresentanza, quella ladina, non avrebbe più nessun rappresentante in Consiglio provinciale e in Consiglio regionale e questo è un fatto, se si dovesse verificare, veramente molto grave.

Ma se passiamo già la soglia dal 2,86% alla semplice soglia del 3% il problema diventa ancora più grave, perché il SVP passerebbe da 19 consiglieri a 23, non voglio andare a fare le altre proiezioni, ma voglio solo fare riflettere un attimo i colleghi della Provincia di Trento: un SVP così forte, che già oggi condiziona fortemente la politica regionale, voi che siete presenti, cari colleghi, vedo qui tre assessori, tutti e tre di lingua italiana, voi che siete presenti in Giunta regionale, sapete bene e non potete che confermarci che oggi le decisioni in Giunta regionale non vengono prese da voi, ma sono fortemente condizionate dall'iniziativa dell'assessore Pahl, che è il Vicepresidente della Giunta. Ma un domani, dove la rappresentanza di lingua tedesca, la rappresentanza del SPV, ha addirittura 4 consiglieri in più, che cosa succederà a questa Regione, sempre che questa Regione esista e ci sia ancora? Vi dovete porre questo problema, oggi una riforma della legge elettorale così come viene proposta non va a penalizzare esclusivamente e solo la Provincia di Bolzano, ma sicuramente condiziona anche la politica trentina nei prossimi anni. Quando dico la politica trentina parlo della politica del Consiglio provinciale di Trento, perché oggi l'attuale composizione anche del Consiglio provinciale di Trento è potuta avvenire solo perché è stata data la certezza e la garanzia che sarebbero stati messi a disposizione di quelli che sostenevano la Giunta provinciale i vari seggi di assessorato o di rappresentanza nel Consiglio anche della Regione, a scapito, in questo caso, della Provincia di Bolzano, perché la Giunta regionale trentina doveva riservare 4 posti di assessore alla Provincia di Bolzano, vi sono solo 2 assessorati della Provincia di Bolzano e sono tutti e due appartenenti al gruppo linguistico tedesco, non vi è una rappresentanza del gruppo linguistico italiano. E' vero che siamo sostituiti da una rappresentanza dei colleghi trentini, per carità, ma se i colleghi trentini avessero preso a cuore o prendessero a cuore effettivamente i problemi della Provincia di Bolzano, ci potrebbe anche stare bene, questo purtroppo, lo sapete meglio di me e di tutti noi, non avviene e non andiamo a vedere per quali cause questo non avviene, ecco perché a suo tempo avevamo rivendicato fortemente una presenza italiana nella sede della Giunta regionale. E in questo momento dove si va a parlare di

riforma della legge elettorale sicuramente una nostra presenza in seno alla Giunta forse avrebbe portato a vedere le cose in un modo diverso, forse, non lo so, ma credo che qualche cosa di diverso forse ci sarebbe stato, purtroppo non è.

Allora vediamo un po': il collega Palermo prima ha affrontato varie tematiche legate all'art. 2 dello statuto ed ha ricordato anche gli artt. 25 e 62 del medesimo, nel mio intervento avevo già preparato un accenno anche all'art. 2 dello Statuto, per tanto ecco il motivo per cui prima accennavo che una ripetizione probabilmente vi potrebbe essere e quando è stato ricordato che l'art. 2 recita: 'nella Regione è riconosciuta parità di diritto ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali' il collega Palermo ha detto la sacrosanta verità, non ha fatto altro che dire quello che il testo sacro - perché in questo caso lo statuto va considerato un testo sacro - recita. Ciò vuol dire che una riforma elettorale che non tenga conto del rispetto dell'art. 2 dello statuto è una riforma elettorale che va contro lo statuto, allora mi chiedo: 'è possibile poter fare una riforma elettorale a statuto invariato?' A mio avviso credo proprio di no, se poi andiamo a toccare l'art. 25, dove parla di rappresentanza proporzionale: 'La ripartizione dei seggi tra i collegi si effettua dividendo il numero degli abitanti della regione, quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione, per 70 e distribuendo i seggi' eccetera ed è garantita la rappresentanza proporzionale. La rappresentanza proporzionale per la Provincia di Bolzano vuol dire che in base alla consistenza della popolazione che è stata dichiarata a censimento, ma che a mio avviso dovrebbe invece essere analizzata in base alla costituzione della popolazione al momento in cui si va al voto, cioè fare un'analisi di quanti sono i cittadini di madre lingua tedesca, quanti sono i cittadini che si sono dichiarati del gruppo linguistico italiano, quanti sono i cittadini che si sono dichiarati del gruppo linguistico ladino, fare la proporzione in base al numero dei seggi, 35, diviso questi rapporti, allora se venisse effettivamente garantita la rappresentanza in Consiglio per ogni gruppo linguistico di un numero di consiglieri rapportato al numero della popolazione diviso il numero del consiglio stesso, allora potrebbe andare bene anche uno sbarramento, potrebbe andare bene anche una soglia, perché si verrebbe comunque a garantire la rappresentanza di tutti i gruppi etnici e linguistici che sono presenti nell'ambito della Provincia.

Resta però sempre il nodo politico, al di là della rappresentanza del gruppo linguistico, che, come ho accennato prima nell'ambito del gruppo di lingua tedesca, le minoranze politiche, quelle rappresentanze politiche che non si identificano nel partito di raccolta, potrebbero essere fortemente penalizzate per il sistema che si vuole introdurre. Introdurre anche un sistema di semplice sbarramento naturale del 2,86% con l'applicazione del metodo d'Hondt, senza la possibilità di collegamento, con il divieto del recupero dei resti, questo vorrebbe dire solo fare una legge di maggioranza che va ad avvantaggiare solo ed esclusivamente il partito di maggioranza, il partito che già oggi detiene il potere in assoluto nell'ambito di questa Provincia e che condiziona fortemente il potere nell'ambito della Provincia di Trento, l'ho detto e lo ribadisco, perché effettivamente così è.

Allora dico: vogliamo certamente dare una mano agli amici di Trento, se effettivamente gli amici di Trento ritengono che questa riforma per poter garantire la governabilità nel Trentino si deve fare, però, stiamo attenti che questa riforma, così come viene portata avanti un domani non si ritorca anche a vostro danno, il problema - ripeto - è politico, non è tanto delle leggi vigenti. Queste leggi hanno consentito nel passato di governare, di governare anche bene, ci hanno fatto fare dei grandi progressi sia nell'ambito della Regione che nell'ambito della Provincia, allora pensiamoci bene, sono comunque per mantenere almeno per la Provincia di Bolzano l'attuale sistema, però ho un dubbio. Il dubbio è: si può procedere ad una riforma della legge elettorale con sistemi invariati? Secondo me ho dei grossi problemi, penso che probabilmente questo non possa essere accettato e che la legge possa non essere vistata da Roma, non so dare una risposta precisa, ma ho questo dubbio, perché verrebbe a cadere proprio quello che dice l'art. 2 dello statuto, non vi sarebbe più da parte di tutti i cittadini lo stesso trattamento e mi pare che il collega Palermo nel suo intervento abbia ampiamente illustrato questo concetto.

Allora se non si può procedere ad una valutazione differente mi pare di aver captato che probabilmente si arriverà ad una soglia di sbarramento naturale, sia per la Provincia di Trento che per la Provincia di Bolzano, come ritorsione verso le richieste che sono state fatte dalla Provincia di Trento per la mancanza della discussione del disegno di legge che prevedeva le deleghe alle Province di Trento e di Bolzano sulle competenze che attualmente ha la Regione. Non so esattamente che cosa poi i colleghi di Trento decideranno e non so a quale risultato sia arrivato l'incontro che si è tenuto tra i rappresentanti del SVP e i rappresentanti della Giunta regionale in merito al problema di ripresentare un'ulteriore richiesta di anticipazione del disegno di legge sulle competenze, vorrei che non cadeste in questo tranello, questo ricatto è una condizione che a mio avviso non potete accettare, perché perdereste di dignità. Sono d'accordo che un domani che si va a riformare la Regione, ma prima bisogna andare a vedere a questa Regione quale nuovo vestito diamo, quali competenze andiamo a dare, allora in questo caso possiamo condividere che tutte quelle che sono le competenze di carattere amministrativo possano essere delegate alle Province, perché la parte amministrativa è giusto che la facciano le Province, però dobbiamo individuare prima quale ruolo, quale vestito e quali competenze dovrà avere questa Regione. A mio avviso la Regione dovrà essere una Regione che abbia delle funzioni di controllo, che sia una Regione di autorità, che opera al di sopra delle parti, nell'interesse del rispetto delle norme dello statuto a favore delle popolazioni di tutte e due le Province, ecco lo scopo per cui ho presentato quel disegno di legge che in questo momento non trovo, ma non ha molta importanza. Questo disegno di legge che ho presentato e che dovremmo andare a discutere porta proprio a questo: a vedere di individuare quali compiti dare alla Regione e come questa Regione deve eventualmente essere chiamata e come deve essere impostato tutto il suo organigramma, ho dato un nome che potrebbe essere 'Autorità generale dell'autonomia', un istituto al di sopra delle parti, che ha dei compiti ben precisi, pochi, con un organico ristretto, con una Giunta esecutiva limitata come numero, dove vi possono partecipare oltre ai membri dell'esecutivo anche i Presidenti

delle due Province autonome di Bolzano e di Trento e dei sindaci dei due capoluoghi delle due Province di Bolzano e di Trento per andare ad esaminare quelli che sono effettivamente i compiti che devono essere esercitati dalle due Province e che le due Province a loro volta si attengono al rispetto delle norme dello statuto di autonomia, nell'interesse di tutti i cittadini.

Solo in subordine, eventualmente, potremmo essere disponibili ad accettare una soglia di sbarramento che potrebbe essere la soglia naturale, ma in subordine a due condizioni: che non vi sia l'applicazione del sistema d'Hondt e che comunque siano consentiti i collegamenti ed il recupero dei resti tra le forze politiche che hanno deciso di collegarsi e non che i voti o i resti, per esempio, di forze politiche del gruppo di lingua tedesca possano andare a vantaggio di quelle del gruppo linguistico italiano o viceversa, a queste condizioni potremmo anche essere disponibili a dare il nostro appoggio per una riforma elettorale che preveda una soglia di sbarramento.

Dico sinceramente che nel frattempo ho incaricato alcuni parlamentari di farsi carico di portare queste nostre richieste in Parlamento, dove in questo momento - come dicevo prima - si sta discutendo sull'art. 57, il nuovo assetto da dare alla Regione, abbiamo dato incarico come rappresentanza politica dei liberali ai nostri parlamentari affinché tengano presenti queste difficoltà e queste problematiche, ma non solo nell'interesse del gruppo linguistico italiano di appartenenza, ma anche delle minoranze politiche che vivono in questa terra, perché solo una maggiore rappresentatività anche politica dà ampia garanzia e favorisce la democrazia nell'ambito del Consiglio; pensate un attimo, ho fatto per assurdo un'ipotesi che si arrivasse un domani ad una soglia di sbarramento del 5% o del 7%, ma se mi fermo ad una soglia di sbarramento del 5% nella Provincia di Bolzano il gruppo linguistico italiano avrebbe 6 rappresentanti, fermo restando il numero degli elettori del 1993, con la soglia del 7% avremmo solo 2 presenze politiche in Consiglio, il SVP con 29 seggi, il MSI ieri e AN oggi con 6 seggi, a me non dispiace che AN aumenti di seggi, se avessi la garanzia che tutti i seggi e tutte le rappresentanze che spettano al gruppo linguistico italiano potessero andare, pur di non perdere, solo ad AN mi starebbe anche bene, ma solo due partiti non garantirebbero una possibilità di avere democrazia, ma nemmeno la presenza di 3 o solo 4 partiti, la pluralità di partiti che oggi è presente in questo Consiglio, almeno per la Provincia di Bolzano, è un indice di democrazia, di una pluralità linguistica e di una pluralità di argomenti tali che consente anche a chi deve governare di poter avere dei suggerimenti, dei supporti e degli aiuti, questo è quello che deve avvenire, tutti quanti siamo stati eletti, chi con più e chi non meno voti, comunque a dover rappresentare una parte della popolazione e anche chi rappresenta solo una piccola parte della popolazione ha il diritto di poter essere presente dove le decisioni politiche vengono prese, perché poi un altro aspetto, colleghi di Trento, vorrei che voi teneste presente: una diminuzione nell'ambito del Consiglio provinciale di Bolzano dei consiglieri di lingua italiana, pensate solo alla perdita di posti per persone appartenenti al gruppo linguistico italiano che si ripercuoterebbe solo nell'ambito della Provincia con i suoi 12.000 dipendenti, 2 consiglieri di meno vorrebbe dire quanti posti di lavoro in meno, per non parlare dei contributi, del diritto alla casa e di tante altre cose. Insomma, gli aspetti negativi sono

sicuramente superiori a quelli che possono essere gli aspetti positivi di una riforma della legge elettorale.

Allora mi accingo a concludere e ripeto rivolgendomi al Vicepresidente Panizza di voler fare presente al Presidente Grandi che in una discussione di riforma della legge elettorale dove egli si è fatto garante all'esterno dicendo che aveva avvocato a sé queste competenze ed aveva rivendicato il vanto di dire 'ho costituito una Bicamerale', perché tale l'aveva chiamata quella delle due Commissioni congiunte della I^a e della II^a che potesse andare a discutere le riforme della legge elettorale per poter eventualmente partorire un unico testo, egli è sempre stato assente e questo certamente non gli fa onore. Il Presidente Grandi anche quando è presente è comunque assente, ma almeno la presenza fisica la doveva garantire durante un dibattito in Aula, anche se quando è qui è sempre al telefono e pertanto non segue le discussioni nell'ambito del Consiglio, lo ha dimostrato sempre, in Commissione e lo ha dimostrato altre volte, ma almeno la presenza fisica qui ci doveva essere.

Mancano 3 minuti, e me li voglio conservare per un eventuale ulteriore intervento. Grazie.

Assume la Presidenza il Presidente Peterlini **Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**

PRÄSIDENT: Vizepräsident Panizza möchte eine Erklärung in persönlichem Namen, in persönlicher Angelegenheit, abgeben. Bitte schön.

PANIZZA: Solo un momento, signori consiglieri e signor Presidente, per chiarire un po' quello che è accaduto in merito al disegno di legge che ho letto sulla riforma elettorale, disegno di legge che era stato approvato dalla Giunta regionale con i voti favorevoli del Presidente Grandi, dell'assessore Holzer e della cons. Chiodi, allora assessore, e con l'astensione dei consiglieri del PATT, quindi dell'assessore Casagrande e del sottoscritto, degli assessori del SVP Pahl e Berger.

Ieri ho dovuto leggere il disegno di legge in assenza del Presidente della Giunta regionale e del Vicepresidente Pahl, perché se fosse stato presente il Vicepresidente sostituto credo avrebbe dovuto leggerlo lui, ero presente solo io e quindi ho dovuto leggerlo, perché il disegno di legge non era ancora stato ritirato, è stato ritirato successivamente alla lettura, quindi ho dovuto assolvere al mio compito istituzionale, rispettoso anche, naturalmente, di quelle che sono le regole e le norme e ho cercato di leggere questo disegno di legge correttamente, nel rispetto di chi l'aveva curato ed elaborato, quindi mi spiace dell'inconveniente, che ha suscitato commenti un po' ironici anche sulla stampa, pazienza, fa lo stesso, comunque ho assolto al mio dovere ed al mio compito, altro non è successo, purtroppo è stato ritirato successivamente alla lettura.

PRÄSIDENT: Danke. Die Erklärung ist damit erfolgt. Der nächste Redner in der Rednerliste ist der Abg. Divina. Bitte Abg. Divina.

DIVINA: Tra gli interventi che abbiamo sentito, quello che mi ha fatto specie ed anche un po' di dispiacere è l'ultimo che ho sentito, quello del cons. Ianieri, per la contrapposizione che la sua formazione politica vede tra il gruppo di lingua tedesca e il gruppo di madrelingua italiana. Ho sentito parlare di resti e di resti che dovrebbero ripartirsi secondo un criterio etnico, mi auguro - e chiudo velocemente questa parentesi - che ci siano emendamenti in tal senso del cons. Ianieri, perchè egli dice: 'a queste condizioni accetterei', perché se non ha preparato emendamenti in questo senso vuole dire che le sue sono parole vuote, pronunciate soltanto per riempire mezz'ora, se non troveremo emendamenti in tal senso del cons. Ianieri chiederemo conto al consigliere a che cosa è servita tutta la sua elucubrazione, per dire niente, che non è d'accordo. Allora queste sono operazioni farisaiche un po' ipocrite, per dirsi d'accordo a regole nuove, nei fatti non volendo alcuna regola nuova, è più onesto il cons. Gasperotti, che dice che fa la lotta per la sopravvivenza e vivaddio chi ha il coraggio delle proprie azioni e che ha almeno l'onestà politica.

Volevo sgombrare un altro piccolo equivoco: ho sentito due consiglieri interpretare in modo personalissimo l'art. 25 dello Statuto, attribuendo al secondo comma valore di legge elettorale, cosa che non è, perché sia il cons. Benedikter che il cons. Palermo hanno interpretato, secondo me, erroneamente il modo con cui si attribuiscono i seggi all'interno della Regione tra i due collegi, quello di Trento e quello di Bolzano, che si attribuiscono con un sistema garantito e specificato dallo statuto con, viceversa, il sistema elettorale che lo stesso statuto fissa come suffragio universale diretto e segreto, ma poi rimanda a legge regionale, fissandone gli altri criteri e io dico ai due consiglieri...

(interruzione)

DIVINA: Potrà rispondermi, però quando si legge che i consiglieri sono 70, che sono ripartiti fra i due collegi secondo questo sistema non si può dire che quel sistema va bene per l'elezione dei 35 più gli eventuali 35.

Non nascondiamo il dubbio che anche noi come Lega di fronte ad un sistema differenziato tra un collegio e l'altro qualche perplessità l'abbiamo avuta. Abbiamo letto la relazione dell'insigne costituzionalista Paladin, che sosteneva che non solo si potevano dividere i due sistemi, ma addirittura che si poteva minare il concetto base del proporzionalismo introducendo un premio che farebbe un po' a pugno con il sistema proporzionale puro. Ho letto anche la proposta di legge dei cons. Benedetti, Bondi e Leveghi, che addirittura divideva in 11 collegi la Provincia di Trento, attribuendo seggi sia a livello di collegio che di Provincia nel suo insieme con un sistema uninominale in ogni collegio, sposando in teoria un sistema misto. Se un sistema misto dove vengono eletti consiglieri con un sistema puro maggioritario, perché unico collegio con unico candidato vuol dire sistema maggioritario abbinato alla circoscrizione provinciale con un sistema proporzionale, avremmo un sistema misto, se anche un sistema misto può essere contemplato rispondente del requisito dell'art. 25,

vuol dire che le potestà - comprendo la contrarietà, anch'io ho qualche perplessità, caro collega Benedikter - se però il sistema Chiodi e il sistema Benedetti-Bondi-Leveghi reggono al confronto proporzionalistico, probabilmente possiamo metterci quello che vogliamo, pur dicendo 'il sistema si mantiene costituzionale'.

Quello che intendo dire è che ci vuole un tantino di lungimiranza: qual è il ruolo che rivestirà la Regione o qual è il corso della storia che farà mutare inevitabilmente la funzione e il ruolo della nostra Regione? Vediamo quello che sta succedendo in sede romana: la Bicamerale sta prendendo un orientamento completamente opposto a quello che è stato inquadrato il tripolarismo dell'autonomia fino adesso, il dire che la Regione si compone o che la Regione è costituita dalle due Province rispetto al 'si articola', una piccola differenza terminologica, però sta a significare il concetto di Regione, la funzione di Regione rispetto al sistema delle nostre due autonomie, vediamola nel contesto dinamico: il ruolo della Regione sta mutando, lo si vuole fare mutare, assistiamo ad una Regione sempre più impantanata, sempre più in difficoltà a recitare il proprio ruolo storico, abbiamo il SVP, che è il partito che non possiamo dimenticare per ruolo storico e per importanza politica, di rappresentanza istituzionale che era presente in questa Regione, che richiede e richiama le competenze amministrative dalla Regione alle due Province. Che cosa resterebbe in questo contesto di Bicamerale che affida le competenze primarie alle Province ed un ruolo di coordinamento federato di Regione e il depauperamento delle residuali competenze amministrative, vorrebbe dire avere una Regione con compiti regolamentari, possiamo dire ordinamentali.

Quali saranno i compiti che dovrà avere la nostra Regione? Se riusciamo a partire da questo concetto riusciremo a costruire anche un sistema elettorale confacente alle due funzioni che avranno i due enti di cui stiamo parlando. Dico quali compiti? Abbiamo assistito come consiglieri di questa XI^a legislatura ad un'assemblea importante, quella di Riva del Garda, dove assemblee elette sicuramente con modi diversi, addirittura appartenenti a sistemi e ordinamenti giuridici diversi, hanno stabilito assieme di fare qualche percorso, a Riva del Garda la Provincia autonoma di Trento, la Provincia autonoma di Bolzano, il Land Tirolo, il Vorarlberg - per quel poco che ha partecipato - si sono dati appuntamento, ma non solo un appuntamento istituzionale - si sono dati un percorso comune in alcune tematiche, sappiamo che l'arco alpino ha una conformazione abbastanza omogenea, che le nostre Province ed i Länder di cui ho parlato potrebbero ritagliarsi delle specificità tali - pensiamo ai trasporti interconfine, interland - che potrebbero essere attribuite a questo ente sovraordinato, che per adesso è soltanto di cooperazione, perché non ha attribuzioni proprie, ecco che la nostra Regione di domani potrebbe avvicinarsi ad un sistema assembleare come quello che attualmente recitano i '4 cantoni', intendendo le nostre due Province per 'cantoni'.

Perché noi cerchiamo di vedere in chiave dinamica questa nuova Regione? E' indubbio che siamo di fronte ad un'altra grande realtà che sta mutando, che è l'assetto europeo. Avrà ancora senso parlare di stati nazionali una volta costituita la realtà europea, una volta partita la terza fase europea? Sappiamo quanto sono stati importanti gli stati-nazione nel XIX^o secolo, ma quanto sono stati anche deleteri le

nazioni ed i nazionalismi nel XIX° secolo, ricordiamo che fascismo, nazismo e due guerre mondiali sono stati provocati da esasperate concezioni di nazionalismo. Supponiamo che l'Italia entri a maggio nel contesto dei primi paesi che formeranno l'unione europea, a questo punto la prima cosa che noi già fino adesso possiamo conoscere è che non esisteranno o andranno ad esaurirsi i ruoli delle banche centrali e vi sarà soltanto una banca europea, che si farà carico anche dell'emissione del debito di ogni stato europeo, ecco le problematiche per il fatto che ho espresso qualche perplessità, supponiamo che accettino l'Italia con il suo mostruoso debito, che aumenta al 50% del complesso del debito di tutti gli altri 11 paesi che andranno a formare la prima tranche di Europa. Non ci sarà più Banca d'Italia che autorizzerà l'emissione di debito italiano, vi sarà un'autorizzazione della Banca europea, perché quando il debito italiano sarà debito in euro qualcuno dovrà garantire quel debito e la banca che lo emette, la Banca europea, dovrà garantire quel debito, supponiamo che l'Italia o un paese dell'Europa decida, come adesso si sta delineando uno scacchiere mondiale sotto questo aspetto interessante, di entrare o meno in un conflitto o di entrare in guerra, se uno stato entra in guerra avrà probabilmente bisogno di risorse straordinarie, ma se quello stato non ha più nemmeno la facoltà di emettere debito, e supponiamo che l'Europa sia contraria ad un'emissione del debito di un qualsiasi paese, ditemi voi che senso ha parlare di autonomia sotto il profilo della politica estera. Questo è un futuro che abbiamo già davanti agli occhi, che non possiamo non vedere o fare finta di non notare. Se gli stati nazione, e questo sta nelle cose, perderanno il loro ruolo che cosa nascerà al posto delle nazioni? Secondo noi nasceranno delle patrie, non quelle artificialmente uscite dai trattati post-bellici, dai trattati di pace, dove i confini si facevano in funzione del risultato del conflitto che le ha precedute, ma si aggregeranno popoli che hanno una comunanza di storia, che hanno una comunanza di tradizioni culturali, che hanno ambiti abbastanza omogenei o comunque dei sistemi economici o socio-economici simili per poter avere questo minimo di collante ed ecco che potranno partire la Padania, come la Lega auspica, l'Euroregione, come auspicate voi tirolesi, ma comunque aggregazioni spontanee che saranno i nuovi popoli che formeranno le nuove realtà che aggregeranno la prossima Europa.

Soglia elettorale. La soglia elettorale sta nelle cose, innanzi tutto stabilire che un sistema è proporzionale, vuol dire che in proporzione alla rappresentanza, al consenso politico, si avranno seggi nelle rispettive assemblee legislative, ma nessuno oserebbe mai dire che democrazia vorrebbe una rappresentanza la più larga possibile, ma che uno che dica: 'io rappresento me stesso, in qualità di interesse disgiunto e differente da tutti gli altri interessi, ho diritto di essere anch'io rappresentato', questo è una accezione e una esasperazione del concetto di democrazia, ma che ci porta fuori dal concetto di democrazia o di governabilità.

Noi guardiamo le realtà più vicine e che hanno storie ed assetti istituzionali simili ai nostri e vediamo che il Friuli-Venezia Giulia, regione di confine, regione a statuto speciale, ha una soglia elettorale, vediamo che la Valle d'Aosta, regione di confine, regione autonoma, di più: regione con le stesse problematiche della Regione Trentino-Alto Adige per far rispecchiare proporzionali e minoranze etniche e

linguistiche, ha una proporzionale, mi pare che ha una cifra un po' strana, il 4,5%. Se una forza politica rappresenta numericamente un trentacinquesimo di elettorato ha diritto di essere qui, se una forza politica è sotto questa soglia e qui basta essere sotto di un voto come essere sotto fino ad arrivare ad un voto, è sotto quella soglia minima che dobbiamo dire necessaria per avere diritto, in un sistema democratico, alla rappresentatività, cioè la soglia sta nelle cose che sposa il sistema proporzionale senza alterarlo minimamente.

Il problema ce lo dobbiamo porre semmai quando la soglia va oltre quello che è il sistema del quoziente puro, del quoziente naturale, ma questo non contravviene il sistema proporzionale, non contravviene pertanto norme statutarie, non rischierebbe di essere interpretato come antistatutario o anticostituzionale perché sappiamo che, tutto sommato, i sistemi elettorali hanno questa duplice funzione: garantire rappresentatività - ed è una delle funzioni -, ma garantire la governabilità, che è altrettanto importante e questa è la seconda funzione, e noi abbiamo visto che per aver toccato con mano se non arriviamo ad un sistema che, oltre ad essere rappresentativo, dà anche la possibilità di essere stabile sotto il profilo governativo, Regione Trentino-Alto Adige e Provincia di Trento subiranno per un altro quinquennio un'impassa e una crisi istituzionale che è imperdonabile, perché le sorti di questa crisi dell'ingovernabilità non le paga il sistema politico, ma le pagano il sistema sociale e il sistema economico, le paga chi non ha possibilità di uscire, tra il resto, da questa situazione.

La Lega pertanto è favorevole alla soglia elettorale ed è anche convinta che innanzi tutto la soglia sinteticamente vuol dire governabilità e in questo momento tutti noi abbiamo l'obbligo di dare governabilità alle nostre istituzioni, vuol dire uscire da questo grande'impassa in cui ci siamo trovati, che tra il resto era il prezzo inevitabile per non aver pagato in altre formule lo stato o la rivoluzione politica che abbiamo subito. I due maggiori partiti di questo Paese e di questa Provincia non esistono più, questa è una rivoluzione politica, sappiamo che le rivoluzioni vogliono sangue, necessitano di sacrifici, noi abbiamo fatto una rivoluzione senza sangue e senza sacrifici, ma un prezzo si ha da pagare ed il prezzo è l'instabilità, una fase transitoria. Pensiamo che con 5 anni di fase transitoria abbiamo pagato il prezzo sufficiente ed adesso dobbiamo per forza uscirne.

La soglia ci garantisce una democrazia vera e duratura, perché l'alternativa se non riusciamo a portare a casa una soglia o facciamo i giochetti del tira indietro, del voler mettere dentro un po' tutto, perché abbiamo visto che ci sono dei disegni che contemplano delle cose quasi impossibili o sicuramente impossibili in questo momento, perché se ci fossero 5 anni davanti si potrebbero affrontare anche questioni più complesse, vorrebbe dire arrivare ad un caos totale, ad una democrazia paragonabile a quella della Repubblica di Weimar e sappiamo come si esce da quelle soluzioni di'impassa istituzionale, ci sono richieste di uomini forti, di grandi ordini e sappiamo quali sono i prezzi che si pagano di queste scelte.

Un richiamo poi ai presentatori dei vari disegni di legge. Ho notato che vi è più di un disegno di legge presentato dagli stessi consiglieri, inizino anche questi a fare chiarezza, per poi concentrarsi sulle discussioni, chi ha presentato due, tre o più disegni

di legge decida qual è il suo disegno di legge, la sua proposta, sostenga un disegno o una proposta di riforma e ritiri le altre, altrimenti produrrebbe anche un danno economico, nel senso di danno per l'economia dei lavori di quest'aula.

PRÄSIDENT: Ich möchte nur, bevor ich in der Diskussion weitergehe, nachdem ich als Präsident ein paarmal über die Verfassungswidrigkeit von gewissen Vorschlägen angesprochen worden bin, Ihnen zum Artikel 25 etwas sagen, zum Artikel 25 des Autonomiestatutes, in dem die Wahl des Regionalrates festgehalten ist. Ich bitte Sie auch aufzupassen, weil es nicht so einfach ist, es vielleicht schnell gelesen werden könnte. Der Artikel 25 sieht im ersten Absatz vor, daß der Regionalrat nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wird, in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl. Das ist durch Gesetz so geregelt und das ist so und muß so bleiben, muß also ein Proporzsystem bleiben. Ein Verhältniswahlssystem.

Der zweite Absatz sieht vor, wie sich die Sitze zwischen Bozen und Trient verteilen sollen. Insgesamt sind es 70 und es gibt zwei Wahlkreise. Dann stellt sich die Frage: wie verteile ich diese zwei Wahlkreise zwischen Bozen und Trient? Und dann steht geschrieben: Man nimmt die Zahl der Bevölkerung, dividiert durch 70, errechnet den Quotienten, schaut wie oft der Quotient entsprechend der Volkszählung in der Zahl der Bevölkerung der Provinz Bozen Platz hat und kriegt eine Ziffer heraus, schaut wie oft er in der Provinz Trient Platz hat und kriegt eine Ziffer heraus, es bleiben Reste übrig, volle Reste und weist den Restsitz jener Provinz zu, die den höheren Rest hat. Das ist der zweite Absatz. Jetzt ist aber hypotisiert worden - und deswegen sage ich es - verschiedene Redner haben gemeint, dieser zweite Absatz würde praktisch vorschreiben, daß das Wahlsystem nach den vollen Quotienten und den höchsten Resten erfolgen müsse. Das ist nicht vorgesehen.

Die genaue Kalkulation geht so: die Volkszählung 1990 hat 890.000 Einwohner der Provinz Bozen und Trient zusammen ergeben, gebrochen durch 70 ergibt 12.700, runde Ziffern sage ich. Provinz Bozen hat 440.000 rund, gebrochen durch 12.700 circa gibt 34, Provinz Trient hat 449.000 gehabt circa, gebrochen durch 12.700 gibt 35. Die Reste sind „quozienti interi“, volle Reste: 4672 in der Provinz Trient, 8047 in der Provinz Bozen, d.h. aufgrund dieser Regelung der vollen Quotienten und der höchsten Restzahlen wird dieser 35. Sitz dem Wahlkreis der Provinz Bozen zugewiesen. Das steht auch schwarz auf weiß geschrieben: „si divide per 70 distribuendo i seggi in proporzione alla popolazione di ogni collegio sulla base dei quozienti interi e dei piu alti resti“, d.h. wenn man das Wahlsystem damit gemeint hätte, dann dürfte nicht stehen: „in proporzione alla popolazione“, sondern dann müßte stehen: „in proporzione ai voti di ogni collegio“, aber da steht: „della popolazione“. Somit ist eindeutig, daß dieser zweite Absatz des Art. 25 sich nicht auf das Wahlsystem und die Verteilung innerhalb der Parteien bezieht, sondern er bezieht sich auf die Aufteilung der 70 Sitze zwischen Bozen und Trient. Eindeutig klar, ich habe das Rechtsamt der Region nochmals dazu befragt, weil ich zwar meiner Materie sicher bin, aber doch auch andere Meinungen hören wollte, auch den Generalsekretär. Es gibt keine andere Auslegung zu dieser Form.

Abg. Benedikter, man kann in diesem Saal alles behaupten und auf Verfassungsurteile verweisen, die Sie nicht in der Hand haben und den anderen etwas vormachen. Es gibt keine andere Auslegung des 2. Absatzes des Artikels 25 und wenn Sie glauben, daran etwas anknüpfen zu wollen, können Sie ruhig bei Ihrer Meinung bleiben, dann muß ich Sie aber gegenfragen: warum hat denn die Regierung die bisherigen Gesetze, die nicht „quozienti interi“ und „più alti resti“ sind, sondern korrigierte Quotienten sind, 35 plus 2, ohne Einwände genehmigt? Weil es ja ganz eindeutig ist, sehr eindeutig. Wenn Sie es dann ableiten auf Art. 61 und diese Geschichten, dann können Sie darüber theoretisieren wieviel Sie wollen, aber den Art. 25 des Autonomiestatutes und den 2. Absatz brauchen Sie nur zu lesen, rechnen und dividieren. Danke, Abg. Benedikter hat nicht das Wort. Ich wollte dies nur sagen, weil ich den Hinweis auf Verfassungswidrigkeit nicht akzeptiere.

Die nächste Rednerin ist die Frau Abg. Klotz.

KLOTZ: Danke. Kolleginnen und Kollegen. Das vierte Mal wird im Regionalrat kurz vor Ende der Legislatur über die Änderung der Wahlgesetze gesprochen. Bisher ist es noch nie bis in die Generaldebatte gekommen, weil man aufgrund des massiven Widerstandes nicht nur von seiten Südtiroler Abgeordneter, sondern auch von seiten der Trentiner Abgeordneten bis zum Schluß die Finger davon gelassen hat und also von einer Änderung dieser Wahlgesetze für den Regionalrat bzw. die Landtage abgesehen hat. Es stellt sich also die Frage, warum man diesmal offensichtlich diese Gesetze ändern will, warum man jetzt tatsächlich mit einemal die Regeln, die bisher offenbar für alle gutgegangen sind, in Ordnung waren, ändern will. Früher, so konnte man feststellen, hatte bis zum Schluß die Südtiroler Volkspartei kein Interesse mehr, sie hat nicht mehr gezogen. Aus dem Trentino wollte man zwar, aber bis zum Schluß hat die Südtiroler Volkspartei dann gesagt: nein, sosehr interessiert es uns doch nicht, wir lassen die Finger davon. Bisher also drei Mal.

Was hat sich geändert? Es muß sich etwas geändert haben, wenn plötzlich hier im Entwurf, in Bericht des Ausschusses, steht: Die Reform des Wahlsystems der Region ist zu einem erstrangigen Ziel für den Regionalausschuß geworden, der den Anforderungen, die von der Gesellschaft ausgehen und gleichzeitig von den Politikern gestellt werden, gerecht zu werden gedenkt, da es sich hierbei sowohl um eine politisch als auch kulturell bedeutende Angelegenheit handelt. Wie kommt es, daß mit einemal die Änderung des Wahlsystems in der Region zu einem erstrangigen Ziel für den Regionalausschuß wird. Es gibt hier eine einfache Erklärung, nämlich folgende, daß diesmal auch die Südtiroler Volkspartei ein vitales Interesse daran hat, und zwar weil, so wie man nicht offiziell, aber inoffiziell weiß, eine Meinungsumfrage ein Ergebnis erbracht hat, das die Südtiroler Volkspartei in ziemlichen Schreck und in ziemliche Panik versetzt hat. Es zeichnet sich also ab, daß man das Wahlsystem ändern will, weil man glaubt, nur durch eine entsprechende Manipulation bei wahrscheinlich weniger Stimmen entweder gleich viel Mandate halten zu können oder vielleicht noch ein oder zwei Mandate dazugeben zu können. Das ist der Hintergrund. Im Grunde genommen also parteipolitischer Egoismus, nicht Weitsichtigkeit, wie wir hier gehört haben, nicht

Weitsichtigkeit. In erster Linie auch nicht die Sorge um das Trentino, das so zersplittert und gespalten ist, weil sich der Bürger nicht mehr auskennt mit den Gruppierungen, Parteien und Parteichen. Das ist ein Vorwand und ich werde dann erklären warum das eine Ausrede ist und warum hier eigentlich der Bürger beleidigt wird. Der Bürger kennt sich sehr genau aus. Die Politiker machen einen ganz großen Fehler. Sie glauben der Bürger habe keinen Hausverstand, der Bürger hat mehr Hausverstand, als es sich die Politiker wünschen und als es sehr sehr viele glauben möchten, und ich werde noch darauf zurückkommen.

Herr Präsident, darf ich Sie ersuchen zu fragen, ob hier Fenster offen sind, es ist so viel Zugluft. Bitte sind Sie so gut, es stört unheimlich, schon wenn man sitzt, stört es, aber noch mehr wenn man steht. Irgendwo ist hier etwas offen.

Ich setze inzwischen fort. Herr Präsident, vielleicht kann ich das gleich sagen. In einem der Begleitberichte steht, man müsse das Wahlsystem abändern, weil der Bürger sich nicht mehr auskennt, weil es eine so große Verwirrung gibt, beim Bürger, der sich mit den vielen Grüppchen, Parteichen und Parteien nicht mehr auskennt. Dazu ist folgendes zu sagen: Wenn man glaubt, daß man die Grüppchen-, Parteien- und Parteichenbildung verhindert, durch Maßnahmen wie sie hier vorgesehen sind, dann irrt man sich gewaltig. Man will die Seilschaften anpeilen, man sagt hier, man wolle die Parteien zwingen, solche Bündnisse einzugehen, weil sonst verschiedene Gruppen Angst haben müßten, nicht mehr gewählt zu werden. Ja und nachher, wenn sie mit der Seilschaft drin sind, ja glaubt ihr, daß dann nicht auch noch die Idee kommen kann, sich selbständig zu machen und wieder eine eigene Fraktion zu bilden. Und dann haben wir wieder Grüppchen, Parteichen und Parteien. Wer glaubt durch den Zwang von Seilschaften zu verhindern, daß es nachher zur Aufsplitterung kommt, der kennt den Opportunismus nicht, der sich auch nie auseinandersetzt mit der Grundfrage nach der politischen Moral. Und ich komme dann später noch einmal darauf zurück.

Dann meint man, daß man mit nur noch zwei Vorzugsstimmen, mit allen möglichen Verbindung das verhindern kann. In keiner Weise kann man das verhindern, denn ist eine Seilschaft oder eine Wahlplattform einmal drin, dann kann niemand verhindern, daß sie sich auch wieder aufteilt. Und dann ist das Problem wieder gegeben. Das also sind entweder naive Hoffnungen oder man versucht hier irgendwo Modelle zu konstruieren, die ganz einfach mit dem Hausverstand nicht mehr vereinbar sind, denn der Bürger hat das durchschaut und ich würde einfach sagen, der Bürger wird sich schon genau gemerkt haben, wen er in welcher Partei gewählt hat und wen er bei der nächsten Wahl in welcher Partei wiederfindet. Der Bürger soll ja entscheiden, der Wähler entscheidet, wer seinem ursprünglichen Ziel, seinen schönen Wahlreden treu geblieben ist und wer sich dann innerhalb der fünf Jahr anders verhalten hat, als er ursprünglich in seinen schönen Zielsetzungen und in seinen Broschüren und Seilschaften kundgetan hat. Das zum einen.

Dann wird hier gesagt, daß es für das friedliche Zusammenleben notwendig wäre und daß es insgesamt auch jetzt plötzlich in Südtirol notwendig wäre und dergleichen mehr. Warum denn? In Südtirol ist genau das Gegenteil der Fall. Hier kann man nicht reden von zu viel Demokratie und von Zersplitterung, im Gegenteil, in

Südtirol bräuchte es Pluralismus und bräuchte es endlich eine echte Alternanz, endlich eine echte Möglichkeit, einmal den Wettbewerb richtig anzuregen. Bisher gibt es im Südtiroler Landtag und was die Südtiroler Komponente im Regionalrat anbelangt ja überhaupt keinen Wettbewerb. Ja wo denn, wenn von einer einzigen Partei 19 Abgeordnete sind, wenn die entsprechend fleißig sind, genügt das Handaufheben, die brauchen und wissen zu einem Teil ja gar nicht einmal worüber sie jeweils abstimmen. Das ist die ganze Güte der Demokratie bei uns, wenn wir ehrlich sind.

Ich setze mich jetzt besonders auseinander mit dem Begleitbericht und dem Entwurf des Regionalausschusses, für den es ja ein primäres, ein erstrangiges Ziel ist, diese Änderung des Wahlsystems durchzubringen. Da ist die Rede dann eben auf Seite 2, daß die Reform ohne weiteres vorgenommen werden kann, welche die Bildung einer stabilen Mehrheit sowie einer stabilen Regierung ermöglichen wird, indem eine allzu große Zersplitterung eingegrenzt und so die Voraussetzungen für die Entwicklung einer Demokratie der Alternanz im Trentino geschaffen werden. Also, das ist ein regelrechter Unsinn. Wir haben immer gehört, daß es eben im Trentino zu viel Gruppen gibt und zu viel Alternanz gibt und hier steht auf einmal man müsse das machen um gleichzeitig die Voraussetzungen zu schaffen für die Entwicklung einer Demokratie der Alternanz im Trentino. Ja, was haben wir denn hier im Regionalrat in den letzten fünf Jahren erlebt? Dreimal haben wir Alternanz erlebt. Ja, das wird wohl genug sein, dreimal Alternanz in einer Legislaturperiode. Wenn das noch nicht genug ist, dann frage ich mich, was man hier noch darunter versteht unter Qualität der Politik oder unter Handlungsfähigkeit der Regierung. Hier gibt es meines Erachtens genügend Alternanz.

In der Provinz Bozen nimmt statt dessen das nicht immer leicht zu gestaltende Verhältnis zwischen den Sprachgruppen erstrangige Bedeutung ein. Kollege Benedikter hat bei mehrfacher Gelegenheit ausgerechnet, wieviele Gemeinderäte aus Nicht-SVP-Parteizugehörigkeit in den Gemeinden nicht vertreten wären und auch wieviele italienische bzw. ladinische Gemeinderäte nicht vertreten wären. Also, auch das hier stimmt nicht. Das stimmt ganz und gar nicht und ich bin überzeugt, Kollege Benedikter wird diese Rechnung dann hier wieder kommentieren und darlegen.

Dann kommt man auf die Gutachten und das ist interessant, wenn man hier schaut wie diese Rechtswissenschaftler, Verfassungsrechtler, zitiert werden. Man sollte vorsichtig herangehen, aber es könnte noch verfassungskonform sein, es wäre zu erwarten, daß im Grunde genommen hier keine Einwände kommen könnten, aber ganz deutlich wird nirgends gesagt: das ist verfassungswidrig oder das ist verfassungskonform. Wenn sich der Regionalrat und vor allen Dingen die Mehrheit nicht bis auf die Knochen blamieren will, dann muß sie zuerst diese Überlegungen anstellen: was ist Verhältniswahlsystem und was ist nicht mehr Verhältniswahlsystem, sonst kann es tatsächlich passieren, daß wir vielleicht im Mai, Juni mit diesem Gesetz fertig werden, die Regierung es wegen Verfassungswidrigkeit zurückweist, der Regionalrat vielleicht einen Beharrungsbeschluß faßt, im Verfassungsgerichtshof landet und dann dort etwas herauskommt, was vor allen Dingen die Mehrheit hier bloßstellen würde. Dann hat die Mehrheit nicht nur kein geändertes Wahlgesetz, also keine Änderung des Wahlsystems, sondern sie hat insgesamt sich auch mit diesen

Verfassungsrechtlern und

-wissenschaftlern bis auf die Knochen blamiert. Also eine doppelte Blamage. Offensichtlich geht man das Risiko ein, d.h. der Preis der hier auf dem Spiel steht, muß sehr hoch sein und es müssen hier schon politische Hintergründe gegeben sein, die sehr schwerwiegen, ansonsten würde man so etwas ja nicht in Kauf nehmen.

Dann lese ich hier auf Seite 3, das ist besonders interessant, immer im Bericht zum Gesetzentwurf Nr. 88. Hier werden die Verfassungsrechtler und diese Wissenschaftler Paladin usw. zitiert. „Die Reform des Wahlsystems, bei der das Statut unangetastet bleiben soll, zieht einige Folgen nach sich.“. Ja, das möchte ich meinen. „Erstens ist die Möglichkeit - steht hier weiter - zu überprüfen, ob ein in den beiden Wahlkreisen der Region teilweise verschiedenartig gegliedertes System für die Wahl des Regionalrates mit Grundsätzen der Verfassung übereinstimmt und zweitens ob eventuelle Änderungen zugunsten der Bildung von stabilen und homogenen Mehrheiten in der Provinz Trient sowie zur Begrenzung der Zersplitterung unter den politischen Parteien in der Provinz Bozen der im Art. 35 des Statutes enthaltenen Bestimmung entspricht, nach der die Verhältniswahl anzuwenden ist.“

Also, hier entweder wußten Paladin und seine Leute nicht, was wo jetzt politisch los ist, denn sonst könnten sie nicht sagen: die Bildung von stabilen und homogenen Mehrheiten in der Provinz Trient. Was sind homogene Mehrheiten? Was sind homogene Mehrheiten? Will man im Trentino überhaupt homogene Mehrheiten. Ich habe bis jetzt noch nichts von diesem Willen gespürt, von Absichten einer homogenen Mehrheit. „sowie zur Begrenzung der Zersplitterung unter den politischen Parteien in der Provinz Bozen.“ Gerade umgekehrt ist es, gerade umgekehrt. Im Trentino will man ja, wenn schon, die Zersplitterung verhindern. So habe ich bisher immer geglaubt es verstanden zu haben. Also geht hier etwas durcheinander.

Dann aber kommt das Interessanteste, auf Seite 4. „Was die Möglichkeit anbelangt, im Wahlsystem Änderungen einzuführen, welche die Bildung stabiler Mehrheiten fördern, ohne dabei dem im Statut enthaltenen Grundsatz der Verhältniswahl für die Wahl des Regionalrats zu widersprechen, geht die Kommission davon aus, daß mehrere verschiedenen Möglichkeiten für die Gestaltung des Wahlsystems in Betracht gezogen werden können... - Herr Präsident, gilt das für mich, weil ich sehe nicht so gut auf lange Sicht, aber nur mit den Augen - ...und daß das Verhältniswahlsystem, jetzt wörtlich: ein sehr breites Spektrum von Möglichkeiten einschließt, und zwar von der Wahl auf reiner proporzionaler Basis bis hin zu Wahlsystemen, durch die dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf keinen Fall Rechnung getragen wird und die sich somit als weniger repräsentativ als die Mehrheitswahlsysteme und als die gemischten, auf einem Kompromiß zwischen den beiden Möglichkeiten beruhenden Systeme erweisen.“ Also, ich kann einer solchen Bandbreite nicht mehr folgen.

Demnach würde jetzt bedeuten, daß es ein normales, dem allgemeinen Verständnis entsprechendes Verhältniswahlsystem gibt, auf proporzionaler Basis, bis hin zu Wahlsystemen, durch die dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf keinen Fall Rechnung getragen wird. Also, ich frage mich was man sich bei einer solchen

Auslegung überhaupt gedacht hat. Jetzt müssen wir uns einmal vor Augen halten, daß dieses Autonomiestatut - und diese Regelung gilt ja seit 48, nehme ich an, der Art. 25 gilt ja seit dem Jahr 1948 - daß er damals so festgelegt wurde und bis heute so angewandt worden ist und hier steht, Art. 25 erster Absatz: „Der Regionalrat wird nach dem Verhältniswahlssystem in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den durch Regionalgesetz festgesetzten Bestimmung gewählt.“ Nach dem Verhältniswahlssystem. Man hat also in diesen genau 50 Jahren genau gewußt, was ist Verhältniswahlssystem und jetzt auf einmal könnte das Verhältniswahlssystem sogar so ausgelegt werden, daß dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf keinen Fall Rechnung getragen wird. Ja, was ist das dann für ein Verhältniswahlrecht? Bisher hat das als Verhältniswahlrecht gegolten, bisher ist genau das darunter verstanden worden, bisher hat es keine Zweifel an dieser Interpretation gegeben und jetzt auf einmal soll es Zweifel an der Interpretation geben? Das ist für den logischen Verstand, für den Hausverstand, nicht nachvollziehbar und es ist auch politisch nicht nachvollziehbar und ich wäre nur gespannt, was der Verfassungsgerichtshof zu einer solchen Auslegung dann letzten Endes sagen würde, jetzt plötzlich auf einmal. Also, das Ganze ist nicht nur plump konstruiert, sondern es ist pseudowissenschaftlich aufgemacht.

Dann die Koalitionsprämie. Das heißt also, man will durch die Prämie auch wieder erreichen, daß es zu soliden Mehrheitsverhältnissen kommt, daß es zu mehr Regierbarkeit kommt. Ja, wer garantiert denn, daß wenn es zu einer solchen Parteienseilschaft, Koalition, durch ein entsprechendes Regierungsbündnis vor den Wahlen kommt, wer garantiert, daß wenn diese Leute auch noch die Mehrheitsprämie haben und vier oder sechs Sitze dazu bekommen, daß nachher nicht vier oder sechs oder auch mehr sich sagen: sehr fein, wir haben eine neue Zielsetzung, wir trennen uns und wir sind es unserem Gewissen schuldig, daß wir jetzt wieder auf eine andere Linie umschwenken. Das Ganze hält einer echten Überprüfung mit Hausverstand nicht stand.

Ihr könnt Sperrklauseln einführen wieviel ihr wollt, ihr könnt Mehrheitsprämien einführen wieviel ihr wollt, ihr könnt Vorzugsstimmen reduzieren, wie ihr wollt, das alles kann nicht verhindern, daß bis zum Schluß, wenn einmal die Regionalräte und Landtagsabgeordneten gewählt sind, ganz andere Konstellationen sich ergeben und wieder ganz andere Seilschaften sich zusammmentun.

Wo ist also anzusetzen und ich habe es bereits vorhin angekündigt, wo anzusetzen ist. Nicht durch die Einführung der festen Prämie werden die Parteien dazu geführt sich zusammenzuschließen, nicht dadurch, denn nachher können sie sich ja sowieso wieder trennen, sondern durch eine andere politische Moral. In dem Moment, in dem Abgeordnetersein finanziell weniger attraktiv ist, kommt automatisch der Idealismus ins Spiel. In dem Moment, wo Leute sich sagen müssen: mein Gott so großartig ist das auch nicht und wenn man doch eventuell wiedergewählt werden will, dann muß man schon etwas tun, dann muß man schon Einsatz bringen, dann wird das finanziell weniger attraktiv und dann werden sich zunehmend Leute, Kandidaten, für die Wahl melden, die ein echtes Anliegen haben, die zumindest eine Portion Idealismus mitbringen und die also tatsächlich etwas gestalten wollen und nicht hinten herum politischen Spielchen betreiben wollen, Seilschaften zusammenstellen, um entsprechend

mehr abzukassieren. Das ist es. Mehr Gewicht legen auf politische Moral, überhaupt auf Moral. Senkt die Gehälter, koppelt die Gehälter der Abgeordneten von jenen der Parlamentarier und Richter ab, halbiert sie von mir aus, dann wird eine ganz andere Situation entstehen, eine ganz andere Situation, dann braucht ihr keine Prämien mehr, dann braucht ihr keine Sperrklausel mehr, dann braucht ihr keine Reduzierung der Vorzugsstimmen mehr, dann braucht ihr keinen Bonus mehr, sondern dann wird endlich wieder zumindest ein Quentchen Idealismus in die Politik einkehren und dann werden Prioritäten gesetzt nach Anliegen und nach Überzeugung und nicht mehr nach Änderungen von Systemen, um wieder eine Mehrheit zu haben, auch wenn man Stimmen verliert und Abgeordnetenmandate verliert.

Das ist der eigentliche Hintergrund, der eigentliche Hintergedanke, und deswegen habe ich auch hier eine Tagesordnung eingebracht, in der vorgeschlagen wird, daß gleichzeitig mit den Wahlen die Wähler entscheiden sollen, innerhalb einer Ober- und Untergrenze, wieviel die Abgeordneten verdienen sollen. Dann werdet ihr sehen, dann erledigen sich alle diese Probleme, wenn das nicht mehr so attraktiv ist, dann erledigt sich sehr sehr vieles und dann wird auch wieder anders gearbeitet werden, dann kann man echte Prioritäten erarbeiten und dann wird wahrscheinlich auch das Regieren wieder leichter sein, wenn es weniger attraktiv ist und wenn ein gewisser Opportunismus von vornherein ausgeschaltet wird.

Meine Zeit ist langsam um, ich möchte deshalb nur sagen, es zeichnet sich eh ab, das hört man hinter den Kulissen, daß wahrscheinlich nur ein einziger Gesetzentwurf durchgeht, nämlich jener, wo es um die Einführung einer Sperrklausel für Trentino und Südtirol geht. So weit hat man schon den Braten gerochen, sozusagen und daß man versucht das Ganze schnell über die Bühne zu bringen. Da muß man aber folgendes dagegenhalten. Zumindest was Südtirol betrifft, ist das ein unredliches Spiel, weil in Südtirol eine Regierungsbildung und eine solche Mehrheit, die das Regieren ermöglicht, noch nicht in Frage steht.

Was das Trentino anbelangt, also wenn man sonst immer sagt, die Region muß erhalten bleiben, die Region ist als gemeinsames Dach wichtig und auf der anderen Seite dann eben doch wieder sagt, aber das Wahlsystem soll geändert werden, dann muß man sich schon fragen: ja braucht es dann die Region, wenn es schon so gravierende Unterschiede gibt, daß das Trentino sogar jetzt ein eigenes Wahlsystem, ein eigenes Grundgesetz, braucht und die Wahlgesetze sind Grundgesetze. Darauf baut das Arbeiten in den Kommissionen und in den Landtagen auf. Also, ihr tut euch selber Lügen strafen, alle diese Argumente erweisen sich bis zum Schluß als Sand, der immer mehr durch den Rost fällt. Danke, Herr Präsident für die Großzügigkeit und für die Aufmerksamkeit.

PRÄSIDENT: Ja, Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben gesehen, ich habe Ihnen zugewinkt, daß die Zeit vorbei ist, weil Sie aufgrund Ihrer Jugend und damit Nichtweitsichtigkeit die Uhr natürlicherweise nicht verfolgen konnten. Fein. Der nächst Redner ist der Abg. Carlo Willeit.

WILLEIT: Signor Presidente, egregi consiglieri, stamattina mi ero prenotato fra i primi, ma poi ho deciso di posticipare il mio intervento ed ora vedo che ho fatto bene, perché ho sentito delle cose abbastanza egregie e fondate anche per quanto riguarda la minoranza ladina.

E' stato detto più volte che questo è un momento estremamente inopportuno per apportare modifiche alla legge elettorale, lo confermo anche da parte mia, ci troviamo in prossimità delle elezioni, non predomina più l'interesse dell'istituzione, ma l'interesse del partito o dei partiti o la convenienza elettorale. Versiamo dunque in un grave momento di conflittualità, direi di incompatibilità nel trattare una materia costituzionale a pochi mesi di distanza dalle elezioni. In secondo luogo questa riforma, che sia grande o che sia piccola, precede la riforma istituzionale e costituzionale in atto, ogni buon senso consiglierebbe di attendere l'esito, come è stato più volte detto dai miei predecessori, consiglierebbe di attendere la revisione della Costituzione e dello statuto prima di procedere alla modifica delle regole elettorali, bisogna pure sapere quale Consiglio deve essere eletto, si deve pur sapere per quale ente, per quale funzione deve essere eletto. Deve essere eletto per una Regione che domani non esiste più? Per due Province-Regioni? O per una Regione riformata completamente? Proprio non mi sembra ammissibile che nel mentre si parla di costituente provinciale si vada a riformare le regole della costituzione, il diritto elettorale, mi sembra più coerente ciò che si fa in sede nazionale, ove la legge elettorale è associata alla riforma della Costituzione, è uno dei punti più importanti, mi sembra più consono il procedere in sede romana che non in sede regionale. Lo stesso rapporto fra Stato, Regione, Province e comuni, cioè la stessa forma di Stato che scaturirà un domani dalle riforme costituzionali incide fortemente sulla composizione, sulla funzione e sul funzionamento stesso del futuro o dei futuri Consigli regionale e provinciale.

Dunque confermo anche da parte mia l'assoluta intempestività di questa riforma che si vuole attuare. Fatemi dire però anche dal punto di vista mio personale che ritengo questa riforma assolutamente inutile e lasciatemi dire che la governabilità, secondo quanto mi è consentito capire e valutare, non si conquista attraverso le maggioranze elettorali precostituite, garantite o favorite, ma un ente diventa ingovernabile soltanto quando di esso se ne fa uno strumento di potere, di preferenze, di tangenti, di arricchimenti o quello che volete e soltanto quando gli amministratori si dimenticano della loro funzione pubblica, questa è la ingovernabilità, non quella delle maggioranze o delle leggi elettorali, senza le tentazioni - diciamo pure così - e le inclinazioni al malgoverno, a malapena servirebbero i partiti per governare. E' stato già detto, credo, alle ultime elezioni sono fuoriusciti 13 partiti o movimenti nel Trentino e 10 nel collegio di Bolzano che hanno raggiunto seggi, bene, nel Trentino avevamo 4 raggruppamenti con 26 seggi - mica male -, in quel di Bolzano avevamo un solo partito con la maggioranza assoluta, ma allora la legge elettorale di prima ha prodotto un frazionamento? No, non ha prodotto nessun frazionamento, il frazionamento è avvenuto dopo. Mi sembra chiaro che l'unione politica - per non parlare di governabilità - e la convergenza politica non avvengono attraverso una legge, perché allora basta applicare i sistemi dittatoriali, basta proibire i partiti, non avviene attraverso la legge, ma attraverso

la convergenza delle idee, dei programmi, della disponibilità alla collaborazione attraverso la democrazia sostanziale e non solo attraverso quella dei numeri.

Abbiamo visto il contenuto dei disegni di legge di cui stiamo parlando alcuni molto elaborati, direi che i presentatori sono da ammirare e da ringraziare per il lavoro che hanno svolto, sono anche abbastanza innovativi, il meno innovativo e il meno elaborato mi sembra quello della Giunta, dunque quello della maggioranza, che contiene un articolo, un emendamento ad hoc, il quale suppergiù recita, in base alla nostra maggioranza: 'i grandi dovranno un domani assorbire i piccoli indistintamente, così o colà', mi sembra una regola enormemente semplicistica, ancora prima che ingiusta, un disegno di legge che dimentica qual è il fine della Regione, qual è il fine dell'autonomia, qual è la composizione sociale della Regione e delle Province, qual è il proprio ordinamento, qual è la funzione delle Province.

Le riassumo in poche parole: il fine primario dell'autonomia è la tutela delle minoranze, la composizione sociale della Regione è fatta di minoranze, il diritto, l'ordinamento, è costruito sulla partecipazione delle minoranze ed infine, una cosa forse nuova, le funzioni delle Regioni, di queste Province che vogliono essere Regioni e che per un buon verso sono Regioni, non sono solo politiche, ma sono altissimamente amministrative, la Regione è fatta di due grandi comuni e non di due Province, se si guarda quello che fanno. Ebbene, l'amministrazione, ancora una volta, postula la partecipazione delle minoranze e non delle maggioranze politiche, che interessano per nulla.

Voglio anch'io entrare brevissimamente sull'argomento di quali effetti avrebbe la proposta della Giunta, mi riferisco a quell'articolo unico, non so se bisogna tener conto a questo punto anche degli emendamenti presentati in Commissione, ho presentato questa domanda due o tre volte, ma non ho avuto risposta, perché i testi sono molto differenti, sempre un solo articolo, ma la sostanza è molto differente. Stando all'emendamento vedo che la soglia del 5% per Trento dovrebbe aggirarsi, per Bolzano è lo stesso, perché riferito al 1993 avevamo 307.000 voti validi, il 5% dovrebbe aggirarsi sui 16.000 e il quoziente naturale sui 9.000, se corretto sugli 8.600, il metodo d'Hondt, che pure era dentro in questo progetto, nell'emendamento della Giunta favorisce chiaramente, come è stato sottolineato, la maggioranza e ingiustamente, senza senso e esclude l'utilità del quoziente naturale, dello sbarramento, perché contiene già lo sbarramento; non ho capito nulla dell'abbinamento di queste due garanzie per la maggioranza. Ma quali sono gli effetti?

Egredi consiglieri - mi riferisco alla Provincia di Bolzano - in Provincia di Bolzano abbiamo un consigliere su 12.000 abitanti, perché la popolazione che va rappresentata, per quanto riguarda il gruppo linguistico tedesco e per quanto riguarda quello italiano, oggi sono 12.000 abitanti rappresentati da un consigliere in quest'Aula.

Per quanto riguarda il gruppo linguistico ladino, che doveva essere quello più protetto, ce n'è uno per 19.000, questa è la protezione delle minoranze, dunque una sottorappresentazione della popolazione del 40% e oltre rispetto agli altri gruppi. La variante prospettata dal governo comporterebbe ovviamente uno spostamento delle

proporzioni in Consiglio e nelle Commissioni consiliari, nonché nella Giunta provinciale, questo è chiaro, non riporto i numeri, perché mi porta via del tempo.

Vengo alla parte che ovviamente sta e deve stare più a cuore al sottoscritto: l'incidenza di questa riforma elettorale sulla minoranza linguistica ladina. E' stato detto più volte ed ognuno di voi lo sa, che la minoranza linguistica ladina non fa parte dell'accordo Degasperi-Gruber, ma già nel primo statuto e ancora più nella sua seconda edizione, nel Pacchetto, il gruppo linguistico ladino trova un collocamento politico proprio, almeno in Provincia di Bolzano. Questa collocazione propria significa diritto alla rappresentanza politica propria e questa rappresentanza politica propria, che è stata più volte - debbo dire - rammentata oggi da altri colleghi, e mi è piaciuta la sottigliezza dell'osservazione, questa propria rappresentanza è garantita dall'art. 62 dello Statuto ed è stata più volte confermata dalla Corte costituzionale. Che cosa significa rappresentanza propria? Significa che la minoranza linguistica ladina deve poter esprimere la propria rappresentanza politica in condizioni di effettiva parità, così si esprime la Corte costituzionale. Si parte dal principio che i gruppi linguistici sono identità distinte - ed è chiarissimo - con interessi distinti, con bisogni e rappresentanze distinte. Il concetto dunque di rappresentanza propria presuppone che gli interessi della minoranza possano essere effettivamente rappresentati solo da un ente esponenziale della minoranza stessa. La disciplina di partito, gli interessi predominanti di partito su quelli del gruppo rappresentato fanno sì che non è possibile attribuire la qualità di rappresentante della minoranza ad una persona eletta in un partito non appartenente alla minoranza stessa, la Corte costituzionale qui dice: 'il consigliere di lingua ladina peraltro rappresenta anche i ladini della Regione', dunque anche quelli della Valle di Fassa e non è opinabile che un partito della Provincia di Bolzano rappresenti anche quella minoranza.

Farsi rappresentare attraverso una persona inserita in un altro partito, di un'altra componente etnica significa negare la specificità dell'interesse e della tutela ed avviare, volere o non volere, un processo di assimilazione del gruppo minoritario. Purtroppo più di uno dei progetti presentati non tiene affatto conto di questa realtà, l'attuale garanzia per il gruppo linguistico ladino della Provincia di Bolzano, nel collegio di Bolzano, è una garanzia fittizia, quella cioè prevista dalla legge elettorale, perché è riferita soltanto al caso che nessun ladino riuscisse ad essere eletto con il sistema normale, ed è riferita soltanto alle maggiori preferenze fra i candidati ladini, ma questa garanzia, questo salvagente esistente di oggi, che peraltro non è mai stato utilizzato, per quanto ne sappia io, non è mai stato necessario ricorrere a questa garanzia in Provincia di Bolzano, anche perché i ladini sono parecchi, questa fittizia garanzia lascia però sempre aperta la possibilità di auto-organizzarsi politicamente, non la vieta in partenza, mentre la riforma che si sta trattando adesso comporterebbe indubbiamente una preclusione all'auto-organizzazione politica proprio attraverso la soglia di qualunque tipo, anche dell'1%, proprio attraverso i metodi particolari di ripartizione dei seggi.

Ritorno un attimo sulla distinzione degli interessi che richiedono una rappresentanza diretta della minoranza. Nessuno oserà dubitare che è nell'interesse della

minoranza avere una rappresentanza diretta, nel mentre la maggioranza non fa questa proposta, ecco il primo e più immediato esempio di interessi che non sono uguali, ma come farebbe, o come fa, il rappresentante ladino non espressione diretta e non espressione autonoma della minoranza ad esercitare il potere-dovere di controllo sulla maggioranza, come fa ad impugnare le leggi, come fa ad impugnare i provvedimenti amministrativi della maggioranza, come fa, dunque, a sottrarsi alla disciplina di partito, come fa a formare la sua frazione in questo Consiglio ed in altri Consigli e porsi contro la frazione del proprio partito? Anche nei vari settori dell'amministrazione gli interessi talvolta non sono soltanto distinti, ma sono anche contrapposti, pensate soltanto alla materia della proporzionale, che di per sé è un confronto continuo fra i diritti e le prerogative di questo e di quel gruppo.

Abbiamo la possibilità oggi di fare un largo confronto con gli strumenti di tutela elettorale delle minoranze etniche. Trattasi quasi sempre di discipline derogative o di discipline ad hoc, che favoriscono la rappresentanza della minoranza in senso attivo e in senso passivo, indico soltanto alcuni di questi strumenti, a prescindere da quelli prettamente federalisti come li troviamo in Svizzera, in Belgio e in Canada, ma alcuni strumenti che attengono strettamente alla legge elettorale li indico, perché hanno trovato luogo in un prospetto che già ho voluto consegnare come proposte di emendamento, ma che ovviamente sono in buona parte alternative e non cumulative. Vi sono strumenti di tutela della rappresentanza diretta che vengono espressi con un voto cumulativo, il che significa con due voti in capo all'appartenente alla minoranza che vengono espressi con la giusta preferenza o anche con la doppia preferenza, ciò vale soprattutto all'interno del partito. Vi sono le riserve di seggi, vi sono i collegi o i distretti volontari, cioè etnici, vi sono le correzioni di metodi di assegnazione, vi sono i particolare metodi, ben conosciuti, di assegnazione, ove anch'io ho proposto e proporrò, se si arriverà ad una simile disciplina, non di parlare del metodo d'Hondt, che favorisce solo la maggioranza, ma di prendere in considerazione piuttosto il metodo Saint Legus - se si chiama così, credo sia stato già accennato oggi a questo - il quale garantisce la minoranza almeno per un rappresentante e nello stesso tempo favorisce anche l'assembramento dei partiti.

Ovviamente uno degli strumenti più facili e più ricorrenti è la liberazione delle minoranze dalle soglie e questa liberazione l'abbiamo in Germania, in Polonia e in vari Länder della Germania stessa, la legge federale elettorale tedesca prevede che: 'alla distribuzione dei seggi tra le liste regionali partecipano solo quei partiti che abbiano ottenuto il 5%. La disposizione precedente non si applica alle liste costituite da partiti di minoranze nazionali.', nient'altro prevede questa norma ed è una legge elettorale come quella che stiamo varando.

Dunque eccezione per la soglia. Ritengo che i metodi tradizionali che conosciamo, quelli della proporzionale, magari corretta, in favore della minoranza, o quello maggioritario con la giusta mappa dei collegi siano quelli preferibili, ciò vale anche per i ladini. La strada intrapresa dalla Commissione Affari Costituzionali per il collegio ladino nel Trentino è indubbiamente quella giusta, ma se questa è quella giusta per la Provincia di Trento non può che essere la stessa giusta per la Provincia di Bolzano, ove ancora una volta vi è un territorio continuo ladino, ovviamente si tratta in

Bolzano di fare rientrare in questo collegio, se di collegio si sta parlando, anche quanti al di fuori del territorio hanno dichiarato la loro appartenenza al gruppo linguistico ladino, perché voi sapete che in Provincia di Bolzano ognuno ha dichiarato la sua appartenenza linguistica.

Mi avvio alla fine. Non ho il tempo, ma voglio soltanto avvertire che anche l'ordinamento italiano, anche la legge elettorale del Senato, in particolare modo, prevede una garanzia molto incisiva per la tutela delle minoranze, basti il solo esempio che proprio nel Trentino in un collegio vi sono solo 100.000 elettori a confronto dei 250.000 a livello nazionale e ciò significa veramente un fortissimo adeguamento della regola elettorale.

Concludo, perché non mi resta più tempo. Purtroppo oggi non si sa ancora che cosa veramente andremo a votare, quale riforma andremo a votare. Fino a tutt'oggi la maggioranza ed il governo regionale non si sono espressi, vi sono molte soluzioni per garantire la presenza diretta e la rappresentanza diretta delle minoranze, non accettabili sono quelle che dividono le minoranze, sono quelle che legano le minoranze subordinandole ad altre formazioni politiche ed etniche e non accettabili sono quelle che non consentono la libera organizzazione politica delle minoranze medesime.

Contrasterò ogni forma non accettabile, come detto sopra, con il mio voto e, se necessario, dopo anche con il ricorso alla Corte costituzionale.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Si è prenotato il collega Giorgio Holzmann. Ne ha la facoltà.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Cercherò di utilizzare questo tempo per alcune considerazioni di carattere preliminare, riservandomi poi di completare il mio intervento in occasione della prossima seduta.

Debbo dire, per quanto riguarda il nostro gruppo, che siamo lieti che la discussione sulla riforma elettorale sia finalmente arrivata all'attenzione dell'Aula, perché dopo un gran parlare dei mesi scorsi, dopo un intrecciarsi di disegni di legge diversi, molti dei quali portano anche la firma degli stessi consiglieri, si comincia ad arrivare a considerare la possibilità di dover fare questa legge prima che si rasenti il ridicolo e prima che i tempi tecnici si dilatino in modo tale da rendere praticamente impossibile il varo di una nuova legge elettorale.

Rispetto ai vari progetti che sono stati presentati, AN ha sostenuto immediatamente l'opportunità, anzi, per meglio dire la necessità, di una riforma elettorale che fosse sostanzialmente uguale per il collegio di Bolzano e per il collegio di Trento, questo perché da parte della nostra forza politica si ritiene che la difesa della Regione sia anche la difesa di una identità comune e quindi la differenziazione di un sistema elettorale oltre a un certo limite, quanto meno, avrebbe comportato una sostanziale riduzione del significato unitario unificante della cornice regionale nell'ambito della quale si sono sviluppate, come sappiamo, le autonomie provinciali.

Rispetto alle varie ipotesi che sono state formulate, ovviamente le forze politiche hanno espresso considerazioni diverse, in parte sono disquisizioni di carattere ideologico o di carattere generale, in parte, invece, sono dettate da interessi propri e questo è perfettamente comprensibile, anche se non sempre giustificabile, ma la posizione più strana, a mio modo di vedere, è proprio quella del SVP, perché da un lato pretendeva che prima di iniziare una discussione sulla legge elettorale si passasse alla delega delle competenze regionali e poi avrebbe consentito la discussione sulla legge elettorale, ma di una legge elettorale che sostanzialmente andava bene a lui, e quindi questo partito mirava a conseguire due risultati favorevoli per i propri interessi e per i propri scopi, ovviamente questa impostazione non ci trova assolutamente d'accordo, anche perché mentre il Trentino ha oggi come oggi un problema di governabilità che viene riconosciuto, ma che deriva non tanto dalla legge elettorale attuale di tipo proporzionale, quanto invece dalla frammentazione delle forze politiche, dalla Lega, per esempio, sono nate addirittura 3 forze politiche, 4 anzi in Consiglio regionale, ma 3 nella Provincia di Trento, lo stesso dicasi per quello che è accaduto alla DC, quindi ovviamente il problema non è tanto di legge elettorale in questo momento, per lo meno in questa legislatura, quanto invece di distacco di pezzi di partiti che si sono autocostituiti e rinnovati in formazioni totalmente diverse, anzi spesso addirittura contrapposte.

Ora, comunque, se anche si vuole dare governabilità al Trentino non si può pensare che una legge elettorale non abbia dei contraccolpi e degli effetti diversi sulla Provincia di Bolzano, dove esistono tre gruppi linguistici e dove esiste quindi un problema di dare rappresentanza, di non indebolire le minoranze, mi riferisco a quella ladina e a quella italiana, che sono le vere minoranze della Provincia autonoma di Bolzano, e dove quindi la legge elettorale deve essere calibrata tenendo conto di questa differenza che oggettivamente c'è, nel Trentino non esiste oggi un problema di minoranze linguistiche, esiste invece a Bolzano.

E' chiaro che la legge elettorale per quanto riguarda Bolzano non può essere certamente vista come una legge che modifichi sostanzialmente l'impostazione proporzionale che è stata giustamente inserita nello statuto di autonomia proprio al fine di salvaguardare la rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici, ogni forzatura in questo senso sarebbe a nostro avviso una forzatura che rischierebbe di essere dichiarata incostituzionale. Quindi la riforma possibile per la Provincia di Bolzano è quella che potrà introdurre una soglia minima che noi individuiamo nel quoziente naturale, una soglia maggiore, ovviamente, semplificherebbe certamente il panorama politico, ma darebbe una maggioranza assoluta imperitura al partito che già oggi la detiene e che mostra i primi segnali di cedimento.

La soglia però del quoziente naturale se anche impone delle aggregazioni, peraltro auspicabili, dall'altro rende difficile la collocazione degli eventuali resti, se non si utilizza il metodo d'Hondt, che è stato invece indicato dal SVP. Il metodo d'Hondt è sicuramente un sistema che avvantaggia indubbiamente il partito di Atz e non crediamo che un partito che oggi detiene la maggioranza assoluta debba con la legge elettorale arrivare a conseguire dei risultati solamente in forza di quello anziché del consenso ottenuto dalle urne. Non c'è un problema di governabilità in Alto Adige, perché da 50

anni c'è un partito di maggioranza assoluta e proprio questo, a nostro avviso, non ha consentito una reale maturazione dei rapporti democratici all'interno del Consiglio provinciale, in Provincia di Bolzano accade che i partiti di lingua italiana che vincono le elezioni sono costretti a stare all'opposizione e i partiti di lingua italiana che perdono le elezioni vengono cooptati nel governo provinciale.

Questo paradosso della politica altoatesina può e deve, a nostro avviso, essere corretto attraverso la riduzione e la semplificazione del panorama politico nel gruppo di lingua italiana, ritengo che alle prossime elezioni, se non si dovesse fare alcuna legge, ci saranno perlomeno una dozzina di liste che cercheranno, nell'ambito del gruppo linguistico italiano, di conquistare perlomeno un seggio, ovviamente molte aspettative e molte speranze andranno deluse, ma ci saranno dei resti vaganti che potranno finire di qua o di là a forze politiche diametralmente opposte o addirittura a forze politiche espressione di altri gruppi linguistici. Ecco perché fin dall'inizio AN aveva indicato come una soluzione possibile, ma soprattutto necessaria, l'adozione della soglia quoziente naturale con i collegamenti per lo sfruttamento dei resti. Non è un sistema nuovo, esiste già per quanto riguarda le elezioni comunali, ma in questo modo, attraverso un accordo ufficiale e pubblico prima delle elezioni, si potevano collegare le varie liste che condividevano più o meno una certa impostazione di carattere politico fra di loro affinché questi voti rimanessero in aree politicamente omogenee, non vedo perché un sistema del genere non possa essere indicato anche per la Provincia di Trento, in fin dei conti, per quale motivo il resto dell'Ulivo dovrebbe finire ad AN o viceversa, visto che parliamo di elettorato profondamente diverso, perché invece questi resti non possano essere compresi in un'area, attraverso un accordo, politicamente omogenea. Per carità, non voglio insegnare ai trentini il loro mestiere, ma certamente in Alto Adige questo diventa una scelta obbligatoria se vogliamo tutelare la consistenza elettorale dei rappresentanti del gruppo linguistico italiano. Viceversa, l'adozione della soglia con il metodo d'Hondt oppure l'adozione della soglia su una quota di quoziente naturale implicherebbe un rafforzamento del SVP e un indebolimento del gruppo linguistico italiano, ovviamente AN non può essere d'accordo con una siffatta impostazione e quindi assume maggiore importanza la nostra proposta originaria, quella della soglia elettorale al quoziente naturale con collegamento di lista per i resti e noi a questa proposta rimaniamo fermi, ci piacerebbe che anche i colleghi trentini riflettessero su questa eventualità anche per quanto riguarda i loro stessi interessi. Quello che si deve evitare è che i velleitarismi, i campanilismi, gli antagonismi e i personalismi prendano piede e si costituiscano in partito e come tali sconvolgano certi equilibri che sono già oggi abbastanza delicati e abbastanza difficili.

Credo di aver concluso queste prime osservazioni che mi sono ripromesso di fare in occasione della seduta odierna, per rimandare ad un ulteriore approfondimento alla prossima seduta del Consiglio regionale, considerato che il tempo a mia disposizione per questa sera è praticamente terminato.

PRESIDENTE: Mi pare di aver capito che i minuti che le rimangono li vuole occupare. Sono le ore 17.57, chiudiamo qui i lavori.

A tutti un buon rientro a casa.
La seduta è tolta.

(ore 17.57)

INDICE

Trattazione ed esame dei seguenti disegni di legge concernenti la riforma elettorale del Consiglio regionale in considerazione di quanto espresso nella relazione datata 16 gennaio 1998 del Presidente della Commissione legislativa congiunta - (su richiesta dei Consiglieri regionali Divina, Binelli, Delladio, Holzer, Morandini, Atz, Giovanazzi, Fedel, Conci-Vicini, Giordani, Ianieri, Benedikter, Leitner, Zanoni e Valduga) (su richiesta dei Consiglieri regionali Dalbosco, Passerini, De Stefani, Benedetti, Levegghi, Vecchi, Muraro, Taverna, Holzmann, Benussi, Minniti, Zendron, Kury, Pinter, Conci-Vicini):

Disegno di legge n. 4:

Limitazioni alla propaganda elettorale per l'elezione del Consiglio regionale - modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Peterlini, Brugger e Pahl);

Disegno di legge n. 60:

Modifiche alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dal Consigliere regionale Delladio);

Disegno di legge n. 61:

Testo Unico per la elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Benedetti, Bondi e Levegghi);

Disegno di legge n. 65:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dalla Giunta regionale);

Disegno di legge n. 71:

Modificazioni alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 (Testo unico delle leggi regionali

INHALTSANGABE

Behandlung und Beratung folgender Gesetzentwürfe betreffend die Wahlreform des Regionalrats in Kenntnisnahme des Berichts des Präsidenten der vereinigten Gesetzgebungscommission vom 16.01.98 auf Antrag der Abgeordneten Divina, Tosadori, Boldrini, Delladio, Morandini, Binelli, Pallaoro Panizza, Casagranda, Grandi, Chiodi, Alessandrini, Romano, Giordani, Giovanazzi, Holzer und Zanoni sowie auf Antrag der Abgeordneten Dalbosco, Passerini, De Stefani, Benedetti, Levegghi, Vecchi, Muraro, Taverna, Holzmann, Benussi, Minniti, Zendron, Kury, Pinter, Conci-Vicini):

Gesetzentwurf Nr. 4:

Beschränkungen der Wahlwerbung bei Regionalratswahlen - Änderung des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983 in geltender Fassung über die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Brugger und Pahl);

Gesetzentwurf Nr. 60:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 auf dem Sachgebiet der Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Delladio);

Gesetzentwurf Nr. 61:

Einheitstext für die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Bondi und Levegghi);

Gesetzentwurf Nr. 65:

Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7 betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalausschuß);

Gesetzentwurf Nr. 71:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der

per l'elezione del Consiglio regionale), in materia di assegnazione dei seggi nel collegio provinciale di Trento: formula dei divisori successivi con intervallo di un quarto di unità (presentato dal Consigliere regionale De Stefani);

Disegno di legge n. 72:

Modificazioni alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 (Testo unico delle leggi regionali per l'elezione del Consiglio regionale), in materia di assegnazione dei seggi nel collegio provinciale di Trento: introduzione del premio di maggioranza (presentato dal Consigliere regionale De Stefani);

Disegno di legge n. 90:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni (presentato dai Consiglieri regionali Morandini e Delladio);

Disegno di legge n. 93:

Modifica alla legislazione regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dal Consigliere regionale Fedel);

Disegno di legge n. 103:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dalla Consigliera regionale Chiodi);

Disegno di legge n. 106:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, e successive modificazioni, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Dalbosco, De Stefani, Delladio e Benedetti).

Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates) in bezug auf die Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Methode der fortlaufenden Division mit einem Abstand von einem Viertel zwischen den Nennern (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);

Gesetzentwurf Nr. 72:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates) im Bereich der Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Einführung der Mehrheitsprämie (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);

Gesetzentwurf Nr. 90:

Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, in geltender Fassung (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini und Delladio);

Gesetzentwurf Nr. 93:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Fedel);

Gesetzentwurf Nr. 103:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrats (eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi);

Gesetzentwurf Nr. 106:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Dalbosco, De Stefani, Delladio und Benedetti).

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

DIVINA Sergio <i>(Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)</i>	pag.	1-49
CHIODI-WINKLER Wanda <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	3
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	3-54
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)</i>	"	4-60
LEVEGHI Mauro <i>(Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	6
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	13
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	19
MORANDINI Pino <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	25
DALBOSCO Marco <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	30
PALERMO Carlo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	36
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	41
PANIZZA Luigi <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	48
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	64